



Türkischer Staat plant neue Massaker in Kurdistan

** Der Ministerrat verabschiedete unter Vorsitz des Staatspräsidenten Özal und unter dem Druck der Armée und des Nationalen Sicherheitsrates einige neue Erlasse mit Gesetzeskraft, die im Kern auf die Vernichtung des kurdischen Volkes und die Unterdrückung des Kampfes für Demokratie und Freiheit in der gesamten Türkei zielen.*

** Während die Herrschenden in Türkei-Kurdistan neue Massaker vom Ausmaß in Halabja planen, erfahren linke Zeitschriften in der gesamten Türkei massive Repressalien: Nicht nur, daß sie verboten und beschlagnahmt werden, ihre Veröffentlichung überhaupt wird verhindert, da durch die neuen Erlasse das Innenministerium befugt ist, Druckereien zu schließen, wenn sie diese drucken.*

Ein Heer von Spitzeln und Denunzianten

Zum Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts ("Schäuble" entwarf)

"Neues Ausländergesetz? Was für ein neues Ausländergesetz? Das betrifft uns doch nicht." Diesen Satz kann man von nahezu jedem/r Deutschen hören, den/die man nach dem "Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts" fragt.

Abgesehen davon, daß sich zumindest jede/ deutsch DemokratIn davon betroffen fühlen sollte, wenn er/sie in einem Staat lebt, der Rassismus per Gesetz festschreibt, wenn

durch die Spaltung in rechtlose AusländerInnen und Deutsche mit demokratischen Grundrechten die Arbeiterklasse geschwächt wird, wenn durch die staatlich festgelegte Sündenbockfunktion der ImmigrantInnen und Flüchtlinge von den Verantwortlichen für Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit abgelenkt wird und so der Kampf gegen diese erfolglos bleibt, wenn der durch das Ausländergesetz noch verstärkte Nationalismus und Rassismus die ganze Welt in Angst versetzt... Abgesehen von all

Weiter auf Seite 14

Südostanatolienprojekt (GAP): Türkische Regierung plant "das größte und ehrgeizigste Entwicklungsprojekt der Welt" in Kurdistan. Internationales Kapital investiert für Spitzenprofitrate. Was bringt es dem kurdischen Volk?

Seite 11



Augenzeugenbericht aus Kurdistan

Seite 9

Die Ideologie der Scharia in den 80er Jahren

Es vergeht kaum eine Woche in der Türkei, in der nicht mindestens eine größere Demonstration/Kundgebung der islamischen Fundamentalisten stattfindet, sei es für die Aufhebung des Verschleierungsverbotes an Universitäten, sei es für die "Türken" in Aserbeidschan. Immer häufiger auch sind auf diesen Kundgebungen die Fahnen der faschistischen Grauen Wölfe zu sehen. Auf der anderen Seite wird von offizieller Seite immer noch der von Atatürk eingeführte Laizismus (Trennung von Religion und Staat) vertreten, was jedoch bei genauerem Hinsehen ein reines Lippenbekenntnis ist.

Auch in Europa, v.a. Großbritannien und Bundesrepublik, gewinnen die Fundamentalisten unter den Einwanderern zusehends an

Stärke. Nicht zuletzt, weil sie es geschafft haben, sich mit der Behauptung, der Islam vertrete Toleranz und Demokratie und sei antiimperialistisch eingestellt, unter Liberalen bis hin zu den Linken gesellschaftsfähig zu machen. Da wird von deutschen Linken islamischer Religionsunterricht an den allgemeinbildenden Schulen gefordert, mit der Begründung, so die Diskriminierung der Minderheiten in Bezug auf freie Religionsausübung aufzuheben. Es werden islamische Grundschulen gegründet (in Berlin). Die Zahl der Moscheen wächst und diese bekommen starken Zulauf...

Ein Teil der Linken (deutsche und türkische/kurdische) hat offensichtlich auch keine Probleme mehr damit, mit den Fundamentalisten

der "Millî Görüş" (Nationale Sicht, in der Türkei Refah Partisi unter Erbakan) und der DİTB (ein Zusammenschluß verschiedener Moscheen unter dem Dach des türkischen Ministeriums für Religionsangelegenheiten, in denen auch Moscheen der Grauen Wölfe vertreten sind) Aktionsbündnisse einzugehen. So bei den Demonstrationen gegen das Ausländergesetz, organisiert durch die in Form einer türkischen Lobby zusammengeschlossene "Vatandas Girisimi" (Bürgerinitiative), in der neben Sozialdemokraten, TKP-Anhängern und linken Einwandererzusammenschlüssen eben diese religiösen Gruppen vertreten sind.

Artikel Seite 15

Feministischer Frühling in der Türkei
Seite 5

Auf dem Weg zur kurdischen Intifada
Seite 8

Militärausgaben in Kurdistan
Seite 8

Massenprozeß gegen Dev-Sol
Seite 10

I
N
H
A
L
T

Am 9. April 1990 hielt das türkische Regierungskabinett eine Sitzung unter Vorsitz des Staatspräsidenten ab, auf der folgende Entscheidungen gefaßt und am nächsten Tag mit Gesetzeskraft verkündet wurden:

1- Die Befugnisse des Sondergouverneurs für Türkei-Kurdistan und des türkischen Innenministers sind dahingehend zu erweitern, daß sie Publikationen verhindern und Druckereien schließen können, in denen diese gedruckt werden, wenn sie dies im Interesse des terroristischen Krieges gegen das kurdische Volk für notwendig halten.

2- Personen und Gruppen, die sich gegen die Politik des türkischen Staates in Kurdistan richten und "so die Sicherheit der Staatsordnung gefährden", sollen verbannt und zwangsumgesiedelt werden.

3- Jegliche gewerkschaftliche Aktivität vom Streik über Willensbildungsprozesse oder Abstimmungen in den Betrieben müssen vom Innenministerium oder dem Sondergouverneur ausdrücklich erlaubt werden, d.h. jederzeit untersagbar sein. Jegliche Form des Protests wird verboten.

4- Wegen der Ausführung dieser Erlasse in dieser oder jener Form darf gegen das Innenministerium und die Gouverneure bei Gerichten nicht prozessiert werden.

5- Gegen diejenigen, die oben erwähnte Straftaten begehen, wird das Strafmaß um das Doppelte erhöht. Wer Fotos oder Schriften veröffentlicht und Nachrichten verbreitet, die den Sicherheitskräften ihre Operationen zur Sicherung von "Ruhe und Ordnung" erschweren, bekommen zusätzlich zu den hierfür vorgesehenen Strafen eine Geldstrafe zwischen 30 und 100 Millionen Türkische Lira. Die Nachrichten, die das Gebiet des Ausnahmezustandes (also die meisten Provinzen in Türkei Kurdistan) betreffen, müssen mit dem Innenministerium und dem Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates koordiniert werden.

- Die Staatsbediensteten im Sicherheits- und Zivilsektor im Gebiet des Ausnahmezustandes können vom Innenministerium und dem Sondergouverneur zu jeder Zeit hierarchisch reorganisiert werden. Solche, die ihre Pflichten nicht gemäß

den Bestimmungen ausführen, werden suspendiert oder verbannt.

7- Das Staatsbedienstetenapparat kann um 25% erhöht werden. Bis zu 40.000 ArbeiterInnen können vom Innenministerium im Gebiet des Ausnahmezustandes beweglich eingesetzt und zu jeder Zeit umgesiedelt werden.

Diesen neuen Beschlüsse, die die Gesetze zu den Befugnissen des Innenministeriums und des Ausnahmezustandsgouverneurs verschärfend ergänzen, ging eine außerordentliche Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 23.2.1990 zuvor, auf der "ähnliche Empfehlungen" an die Regierung gerichtet wurden.

Die Erklärung Özals ein Tag vor der Verkündung dieser Erlasse, wonach "die türkische Armee von nun an modernere Waffen" in Türkei-Kurdistan einsetzen werde, die Massakrierung von 21 Kurden am selben Tag, die Tatsache, daß die türkische Armee eine großangelegte Operation in Türkei-Kurdistan plante, zeigen deutlich, daß die Herrschenden Türkei-Kurdistan zu einem Meer aus Blut machen wollen. In der Tat soll die Kurdische Frage auf dem Wege

von neuen Halabjas gelöst, die wachsende revolutionäre und demokratische Opposition des Volkes gewaltsam niedergemacht werden.

Diese Erlasse haben politisch in einer Zeit, in der die faschistische Terror- und Unterdrückungspolitik nach dem Putsch vom 12. September zunehmend an Effektivität verloren haben und die gesetzten Ziele zur Unterdrückung jeglicher Opposition nicht mehr erfüllen konnten, die Bedeutung der Wiederbelebung dieser faschistischen Politik und eines "neuen halb-verdeckten Putsches".

Mit den neuen Erlassen ist die Türkei innen- und außenpolitisch in einen neuen Prozeß eingetreten. Innenpolitisch wird auf die Errichtung der politischen Stabilität auf dem Wege der Unterdrückung und Disziplinierung der nationalen und gesellschaftlichen Opposition gezielt; außenpolitisch soll die Rolle der Türkei bei der Bildung neuer Gleichgewichte im Mittleren Osten im Interesse der USA gestärkt werden.

Die Krise des Regimes des 12. September in verschiedenen Bereichen, zwingt die Oligarchie und den

Die Krise in den Institutionen und Strukturen des 12. September, die Abnutzung einiger politischer Maßnahmen, die mit dem Putsch praktiziert wurden, und ähnliche Ereignisse beschäftigen seit geraumer Zeit das Monopolkapital und die Staatsmacht. Die Schwächung der Massenbasis der ANAP-Regierung, die zunehmende Krise und Bedeutungsverlust dieser Partei, die Frage der Illegitimität des Staatspräsidenten Özal sowie die neue Ebene, die der nationale Befreiungskampf durch den massenhaften Aufstand der Kurden erreicht, aber auch der wachsende Widerstand der Arbeiter, Jugendlichen, Tabakanbauer usw. zwingen die Herrschenden zu neuen Lösungen und politischen Maßnahmen.

Worin diese neuen Maßnahmen bestehen würden, war zuerst in der Erklärung des obersten Generals der türkischen Armee, Necip Torumtay, erkennbar. Er sagte vor der Presse, daß die Armee von nun an "den Feind neu definieren und nicht nur die bewaffnet kämpfenden Separatisten, sondern alle als Feinde der türkischen Nation einstufen werde, die in irgend einer Form diese unterstützen. Die Mittel zur Bekämpfung des Feindes hingegen sind be-

Türkischer Staat plant neue Massaker in Kurdistan

zur Schaffung einer "Nationalen Allianz" gegen den "Terror" instrumentalisiert wurden.

Kurz darauf kamen die Vorsitzenden der Oppositionsparteien und der Ministerpräsident unter Vorsitz des Staatspräsidenten Özal zu einem Spitzentreffen zusammen und machten den entscheidenden Schritt in Richtung der Politik der nationalen Allianz. Zu diesem sogenannten Gipfeltreffen hatte das Militär die Oppositionsparteien, den Staats- und Ministerpräsidenten gedrängt. Nach diesem Gipfeltreffen erklärten die Oppositionsparteien der Presse, "die Situation sei ernst, der Staat sei gefährdet, daher hätten sie beschlossen, den Krieg der Regierung gegen den Terror" zu unterstützen. Die Spannungspolitik der Oligarchie und Staatsmacht, die von diesen seit Monaten verfolgt wurde, führte maßgeblich zur erneuten Terrorisierung der Gesellschaft und zur Unterstützung der Staatspolitik durch die DYP, SHP.

So konnte der türkische Staat eine breite Unterstützung für seine Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden finden. Und genau in dieser günstigen Situation beschlossen der Nationale Sicherheitsrat, das Militär und der Staatspräsident die im Eingang des Textes erwähnten Erlasse mit Gesetzeskraft -und zwar über das Parlament hinweg. Diese Entwicklung hatte praktisch die Bedeutung der Verhängung eines halb-offenen Kriegsrechts über das gesamte Land.

Diese Erlasse signalisieren, wie schon erwähnt, Pläne des herrschenden faschistischen Regimes zur Massakrierung des kurdischen Volkes und jeglicher gesellschaftlicher Oppositionsbewegung in der gesamten Türkei. So nahmen auch die Repressionsmaßnahmen schon am Tag der Verkündung der gesamten Erlasse zu: Nachrichten über großangelegte Militäroperationen in Türkei Kurdistan, über Verbote von Zeitschriften, über Verhaftungen, über Zwangsumsiedlungen füllten die Zeitungsspalten.

Die Drohung Özals, in Kurdistan "werde die Armee von nun an modernere Waffen einsetzen", kann wohl kaum anders interpretiert werden, als daß die türkische Armee, die aus Kurdistan eine regelrechte militärische Besatzungszone machte, von nun auch Giftgas und derartige Massenvernichtungswaffen einsetzen wird. Denn bisher waren alle möglichen konventionellen Waffen von den von GSG-9 ausgebildeten Spezialkommandos ohnehin eingesetzt worden.

Die Tatsache, daß das kurdische Volk von massenhafter Massakrierung unmittelbar bedroht ist, stellt vor alle fortschrittlichen, linken und demokratischen Kräfte in der BRD und den anderen europäischen Ländern, den politischen Druck auf das Regime in der Türkei zu verstärken und die Vernichtung des kurdischen Volkes zu verhindern.



Die kurdische Intifada wurde auf verschiedenen Unis von StudentInnen durch unterschiedliche Aktionen begrüßt. Die schnellen Eingreiftruppen greifen die Uni in Istanbul an...

Staat in der Türkei zur "Politik der nationalen Allianz." Um die Gesellschaft und die Parteien auf die Linie dieser Politik zu bringen, setzt die Staatsmacht alle Methoden ein - auch Terror, Morde und Provokationen. Auf diese Weise soll eine nationale Kampfbegeisterung speziell gegen den nationalen Befreiungskampf der Kurden und im allgemeinen zur Unterdrückung des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Sozialismus in der Türkei erzeugt werden.

kannt." Nach dieser Erklärung, die praktisch eine Kriegsansage an die ganze kurdische Bevölkerung bedeutete, wurden in der Türkei der Professor Muammer Aksoy und der Journalist Cetin Emec Opfer hinterhältiger Mordanschläge (die in der ganzen Gesellschaft die Wirkung eines Schocks hatten und mit großer Wahrscheinlichkeit aufs Konto der Contra-Guerilla zurückgehen), die von den Herrschenden für ihre Politik

ICH MÖCHTE DIE TÜRKIE INFORMATION ABONNIEREN!

ganzjährig.....

Name:.....

Anschrift:.....

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 53
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
Postgirokonto Hannover
Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-

Gemeinsame Verteidigungsschrift der AnwältInnen im Devrimci Yol- Hauptprozess Ankara

Es kann beim Türkei Informationsbüro, Postfach 91 08 43, D-3000 Hannover 91, gegen Überweisung von 5,-DM (oder Briefmarken) auf folgendes Konto bestellt werden:

Postgirokonto Hannover
Nr.: 5697 25 - 304

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D-3000 Hannover 91

V.i.S.d.P.:
U. Hassenbring
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91

Neu!
Telefon: 0511 - 31 86 54
Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:
2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

Begegnung mit Sirin Tekeli auf der Bremer Frauenwoche

Die 8. Bremer Frauenwoche die vom 26.-30. März stattfand, stand unter dem Motto "Rassismus/Sexismus, Frauen und Fremde". Die Veranstalterinnen, eine bunte Gruppe aus Frauen mit verschiedenen Hintergründen, versuchten, das Thema von verschiedenen Seiten auszugehen. Dies drückte sich in dem geplanten umfangreichen Programm aus, an dessen Gestaltung Frauen aus unterschiedlichen Ländern mitwirken sollten. Doch schon am ersten Tag machte sich unter den Teilnehmerinnen Unmut breit, da eine Reihe von Veranstaltungen kurzfristig abgesagt wurden. Die Referentinnen konnten aus persönlichen, technischen, gesundheitlichen ... Gründen nicht kommen, einige blieben sogar ohne Entschuldigung fern. Nichtsdestotrotz kam es zu zahlreichen Diskussionen, die deutlich machten, wie wichtig die Auseinandersetzung mit diesem Thema für die hiesige FRAUENBEWEGUNG ist. Es bildeten sich doch immer wieder mehr oder weniger klare Fronten zwi-

schen den "weißen" Frauen und den Immigrantinnen, die nicht so ohne weiteres überwindbar sind. Es kam nicht, wie geplant zu gemeinsamen politischen Strategien. Für die Veranstalterinnen steht das Thema der nächsten Frauenwoche schon fest. Es wird wieder das gleiche wie dieses Jahr sein, und zwar solange, bis für alle befriedigende Lösungen gefunden werden.

Aus der Türkei waren drei Frauen zur Frauenwoche eingeladen. Sirin Tekeli und Sedef Öztürk, beide in Istanbul aktiv in der Frauenbewegung, konnten teilnehmen. Saliha Sener, einer kurdischen Mutter von politischen Gefangenen aus Diyarbakir, wurde kein Visum erteilt, so daß sie nicht aus der Türkei ausreisen konnte und ihre Veranstaltung abgesagt werden mußte.

Sirin Tekeli wurde 1944 geboren, studierte in der Schweiz, arbeitete bis 1981 an der Politischen Fakultät der Universität Istanbul als Politikwissen-



Sirin Tekeli: "Wahrscheinlich bin ich nicht die erste Feministin in der Türkei. Die Männer beschlagnahmten bei uns die Arbeitskraft, den Körper und die Identität der Frauen..."

schaftlerin, wo sie aufgrund der für sie unerträglichen Arbeitssituation unter dem neugegründeten YÖK, kündigte. Heute arbeitet sie hauptsächlich als freiberufliche Übersetzerin. Eigene Werke sind u.a. "Frauen und das politisch-gesellschaftliche Leben" und "Für Frauen".

Im Folgenden veröffentlichen wir

das ins Deutsche übersetzte und gekürzte Interview, das eine Mitarbeiterin der Türkei Information am Rande der Bremer Frauenwoche mit ihr geführt hatte.

T.I.: Sirin Tekeli, Sie gehören zur "1. Generation" der Frauenbewegung, die sich nach 1980 in der Türkei entwickelte. Sie sind sogar die erste Frau in der Türkei, die sich als "Feministin" bezeichnete. Welche Verantwortlichkeiten und Probleme brachte Ihnen dies ein?

Sirin Tekeli: Wahrscheinlich bin ich nicht die erste Feministin, das wäre ungerecht. Mir fällt dazu gleich eine Anmerkung ein, die ich in meinem Artikel in der "Birlikim" gemacht hatte. Dort wies ich z.B. darauf hin, daß der Payel Verlag schon Ende der 70er Jahre begonnen hatte, moderne feministische Klassiker ins Türkische zu übersetzen. Hinter den Übersetzungsarbeiten stand Semsa Yegin, die sich sehr viel früher als ich als Feministin bezeichnete. Doch Semsa Yegin hat sich als Übersetzerin nicht viel an den Kämpfen draußen beteiligt.

Aber die Konjunktur wollte es, daß YAZKO mir nach 1980, als ich die Universität verlassen hatte, den Vorschlag machte, eine Serie für Frauen zu organisieren. Ich rief mir nahstehende Freundinnen zusammen. Wir sechs Frauen gründeten dann das erste Verlagsskolektiv. Eigentlich sind diese sechs Frauen die ersten, die sich als Feministinnen bezeichneten. Nun, was bringt das für Verantwortungen und Folgen mit sich? Ich möchte mit den Folgen beginnen. Wir haben eine sehr schwere Zeit hinter uns, da wir aus der alten linken Bewegung kamen. Ich war zwar nie Mitglied einer Partei, aber der demokratischen Massenbewegung TÜMAS. Die Massenbewegungen waren alle linke Organisationen, folglich hatten wir alle eine eigene linke Vergangenheit. Und Sie wissen, daß die Linke auf den Feminismus einen negativen Blick wirft, daß sie ihn als eine Bewegung sieht, die von bürgerlichen Frauen mit reaktionären Reden vorangetrieben wird, um die Klassenbewegung zu spalten. Folglich mußten wir diese Verantwortung auf uns nehmen. Ich verabscheue den Faschismus ungeheuerlich, er ist etwas, was ich absolut nicht ertragen kann. Ich wurde aber, weil ich Feministin bin, Faschi-

NACHRICHTEN AUS CUMHURİYET

15.2.90

- Zweistündige Arbeitsniederlegung der Bergbauarbeiter aus Protest gegen das Bergwerksglück in Yeniceftek und gegen die nicht vorhandenen Sicherheitsbestimmungen
- Protestaktionen der Tabakarbeiter gegen die niedrigen Tabakpreise
- Bericht der Economist Intelligence Unit: Der Ministerpräsident kann die wirtschaftlichen Probleme nicht bewältigen
- Follterwürfe in Zonguldak: 5 Schüler, die des Diebstahls beschuldigt waren, wurden vom stellvertretenden Schuldirektor mit Strom gefoltert.
- Studenten in Istanbul demonstrieren wegen des Grubenunglücks von Yeniceftek
- 7 Studenten wegen Protestes gegen das Grubenunglück in Yeniceftek festgenommen
- Ehemalige und linke SHP-Mitglieder wollen neue Partei gründen: Historische Chance?

17.2.90

- Preiserhöhungen: Nach Flug- und Zugpreisen steigen die Preise für Zucker, Zigaretten und alkoholische Getränke.
- 35 000 Arbeiter der Stadtverwaltung in Istanbul haben aus Protest gegen Yeniceftek für eine Stunde die Arbeit niedergelegt.
- Reaktion gegen Sünde aus dem All? Bürgermeister von Izmit ließ Antenne, mit der europäisches Fernsehen empfangen werden kann, abmontieren.
- Tabakpreise sind Opfer der innenpolitischen Auseinandersetzung: Um Schmuggel zu verhindern wurden ausländische Konzerne ins Land geholt. Diese diktierten die Tabakpreise.
- 8 000 Arbeiter der Fluggesellschaften protestieren gegen die Ablehnung des Inflationsausgleichs für die Löhne.

18.2.90

- Finanzprobleme: Staatliche Finanzen benötigen 38 Trillionen Inlandskredit. Staatliche Betriebe wollen die Preise um 20 Trillionen erhöhen, um aus den roten Zahlen zu kommen.
- Bewaffnete Auseinandersetzungen mit PKK: 1 Soldat getötet
- Proteste gegen die Tabakpreise dauern an: 35 Verhaftungen, 28 Festnahmen. Ein Bauer verübte aus Protest Selbstmord.
- Bauern bereiten große Aktion gegen Landwirtschaftspolitik vor.
- Lehrorganisation Egit-Dev wird drei Jahre alt
- Ein weiterer Bauer wollte sich aus Protest das Leben nehmen.
- Auswirkung des Prostituiertengesetzes: Arbeitgeber, der seine Sekretärin vergewaltigt hatte, versuchte mit Schmiergeldern Beweise zu erbringen, daß die Sekretärin eine Prostituierte ist, damit seine Strafe um 2/3 gesenkt wird.
- Türkische Industrie- und Handelskammer beschrieb die Lage der Wirtschaft pessimistisch.

19.2.90

- Bürgermeisterwahlen in Kirsehir wieder von SHP gewonnen
- Große Demonstration der Tabakbauern
- 2 PKK'ler bei Auseinandersetzungen getötet, 3 geflüchtet
- Kommunen sind wegen des finanziellen Drucks durch die Regierung in Finanzkrise (In den Kommunalwahlen waren viele Bürgermeister der SHP gewählt worden.- d.U.)
- Volkshäuser feiern ihren 58. Geburtstag
- Lehramangel im Südosten (Kurdistan,- d.U.) wird zusätzlich durch Stellvertretende Lehrer gelöst.
- Da die ANAP die Bürgermeisterwahlen in Kirsehir nicht gewinnen hat, werden die 600 versprochenen Einstellungen in einer Fabrik nicht durchgeführt.
- Prozeß gegen Follterpolizisten, der 1980 ein Dev-Sol-Mitglied bei der Follter ermordet hat, geht weiter.
- Zeitschrift Emek Dünyasi wegen Artikel zur Kurdenfrage beschlagnahmt.
- Die meisten Steuern zahlte wieder die arbeitende Bevölkerung.
- In Istanbul sind die Schulen überfüllt: Statt 40 Schüler pro Klasse bis zu 120 Schüler

IN EUROPA LEBENDE FRAUEN AUS DER TÜRKIE UND T.-KURDISTAN ORGANISIEREN SICH

Zwischen dem 14. und 16.4.90 kamen in Essen über 200 Frauen aus der Türkei und Türkei-Kurdistan zusammen, um sich über ihre gemeinsamen Probleme auszutauschen. Themen auf diesem 3.Treffen waren in der Hauptsache Gewalt an Frauen, Sexualität, Unantastbarkeit der Familie und die Situation als Immigrantinnen und Flüchtlingsfrauen.

Einen weiteren wichtigen Teil der Diskussion nahm die aktuelle Situation in Kurdistan ein. Als Ergebnis dieser Diskussion wurde ein Offener Brief verfaßt (siehe unten). Um ihrem Protest gegen den Völkermord in Kurdistan Ausdruck zu geben, beschlossen die Teilnehmerinnen, am letzten Tag ihres Treffens am Ostermarsch in Dortmund teilzunehmen, wo sie ihre Erklärung verlasen.

Desweiteren ist geplant, aller Voraussicht nach am 5.5.90, in Bonn eine Frauendemonstration gegen das rassistische, diskriminierende Ausländergesetz durchzuführen.

OFFENER BRIEF

Wir Frauen aus der Türkei und Kurdistan, die seit Jahren in Europa leben und sowohl Gewalt als auch Diskriminierung erleben, protestieren hiermit gegen die letzten getroffenen Entscheidungen des türkischen Staates in Bezug auf Kurdistan und die Repressalien über der Presse.

Das kurdische Volk hat in den letzten Monaten seinen Widerstand gegen die jahrzehntelange Unterdrückung, gegen den Terror und den schleichenden Völkermord verstärkt.

In Cilze, Nusaybin, Diyarbakir, Lice und in vielen anderen kurdischen Städten werden die Geschäfte geschlossen gehalten, die Schulen boykottiert, jeden Tag finden Demonstrationen statt; das kurdische Volk führt einen nationalen Befreiungskampf gegen den türkischen Staat.

Der türkische Staat hat es bisher nicht geschafft, den gerechten Kampf des kurdischen Volkes zu unterdrücken. Mit den letzten Entscheidungen werden die Befug-

nisse der Ausnahmezustandsgouvernator erweitert. Die Entscheidung über das Vorgehen bei Streiks, Demonstrationen u.ä. liegt bei der Präfektur. Die Präfektur hat die Befugnis, ohne Urteil o.ä. Menschen zu evakuieren oder zu verbannen. Die Strafen für politische "Vergehen", die in Kurdistan begangen wurden, sind verdoppelt worden. Sämtliche Nachrichten und Berichte über Kurdistan unterliegen der Aufsicht der Präfektur. Daraufhin wurden in Istanbul die Büros verschiedener Zeitschriften durchsucht, der Druck dieser Zeitschriften verhindert, Chefredakteure und Herausgeber verhaftet.

Die neuen Bücher des türkischen Wissenschaftlers Ismail Besikci wurden beschlagnahmt, er selbst verhaftet. Der türkische Staat plant mir diesen Entscheidungen den Völkermord in Kurdistan in aller Ruhe und Verschwiegenheit durchzuführen. Mit der Pressezensur wird versucht, das Entstehen einer sensiblen demokratischen

Öffentlichkeit zu verhindern. Während in Kurdistan mit immer härteren Mitteln vorgegangen wird, findet gleichzeitig der Versuch statt, auch in der Türkei die Entstehung oppositioneller Bewegungen, vor allem im Vorfeld des 1.Mai die Arbeiterbewegung zu verhindern. Aber auch die Presse in Europa hüllt sich in Bezug auf Kurdistan in Schweigen.

Wir, in Europa lebende Frauen aus der Türkei und aus Kurdistan rufen die Presse auf, den Nachrichten aus Kurdistan gegenüber aufmerksam zu sein.

Wir protestieren gegen den Völkermord in Kurdistan und unterstützen den gerechten Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit.

3. Versammlung der Frauen aus der Türkei und aus Kurdistan in Europa

stin genannt. Ich bin seit 25 Jahren verheiratet und habe heterosexuelle Beziehungen bewußt gewählt. Darum sehe ich es nicht als Beleidigung, sondern als Unrecht an, wenn man mich Lesbe nennt, denn es spiegelt nicht die Wirklichkeit wider. Aber ich wurde Lesbe genannt, denn Feministinnen sind laut Definition alle Lesben: Dies ist vor allen in der Türkei ein wichtiges Thema, denn bisher wurde hier noch nicht offen darüber diskutiert, keiner weiß, wie verbreitet sich Lesben in der Frauenbewegung befinden. Um uns zu beleidigen, wurden wir aber alle so benannt. Wir wurden reaktionär genannt, Klassenfeinde genannt. Eine zeitlang wurden wir "Septemberistinnen" genannt, wurde von der "Septemberbewegung" gesprochen, da wir die schlechten Bedingungen nach dem 12. September und das Schweigen der Linken ausgenützt hätten. Wir mußten uns praktisch diesen ganzen Anschuldigungen, die im Grunde haltlos waren, stellen. Es waren traumatische Erfahrungen, denen wir die Stirn bieten mußten. Eine Handvoll Frauen hatten schon in den Jahren 1980 in der demokratischen Massenbewegung TÜMAS begonnen, ihre nach sexistischen Prinzipien diskriminierte Rolle als Frauen zu analysieren. Wir hatten in TÜMAS eine kleine Frauengruppe gegründet. Viele Frauen, die später bei "Kaktüs" oder anderen Presseorganen mitwirkten, hatten ihre Wurzeln hier. Der Putsch 1980 hatte alles zerstört, alles beendet, aber unsere neuen Entdeckungen konnte er nicht aufhalten. Im Gegenteil, wir haben noch viel klarer zu denken begonnen. Nicht der 12. September war der Grund, wir überlegten uns vielmehr, wie war unsere Lage vor dem 12. September, wie ist sie unter den gegenwärtigen Bedingungen, und wie kommen wir da heraus? Was ist die Unterdrückung der Frau, was ist der Grund dafür? Kann der Marxismus dies zufriedenstellend erklären? Genügt der antifaschistische Kampf der Linken, um die Befreiung der Frauen zu erreichen? Dies alles begannen wir zu diskutieren. Nachdem wir einmal erkannt hatten, daß es für die Befreiung der Frau in der Türkei notwendig ist, Feministin zu sein, blieb uns keine andere Wahl, als Feministinnen zu werden, egal mit welcher Art von Beleidigungen wir auch konfrontiert werden würden.

T.I.: Wenn die feministische Bewegung eine oppositionelle gesellschaftliche Bewegung darstellt, müßte sie vom Staat aus Unterdrückungsmechanismen ausgeliefert sein. Wie äußern sich diese? Unterscheiden sie sich von Unterdrückungsmethoden, die Oppositionsgruppen erfahren, in denen auch Männer organisiert sind. Wenn ja, wie erklären Sie sich das?

S. T.: Wenn wir die Unterdrückung als Maß nehmen, die allen voran gegen die linken Organisationen, aber im allgemeinen auf dem politischen Feld ausgeübt wurde, haben wir absolut keine Unterdrückung erfahren. Dies muß zugegeben werden. Es gibt Situationen, die als Repression bezeichnet werden können. Da wäre z.B. die vor kurzem unerlaubt durchgeführte "Schwarze Frauen Aktion" zu nennen, die als Solidaritätsaktion mit den politischen Gefangenen organisiert wurde. Eine Gruppe von Frauen, die an dieser Aktion teilgenommen hatte, wurde festgenommen und blieben ca. einen Monat in Polizeigewahrsam. Der Prozeß dauert noch an, sie können ihn als Freigängerinnen bewohnen. Dies wäre eine Form von Repression, von der Sie sprechen. Eine zweite Form wäre, hier fällt es mir schwer von Repression zu sprechen, verglichen mit dem, was anderen widerfährt, aber die eine oder andere Kundgebung, die wir beantragt hatten, wurde abgelehnt. Vor allem in der letzten Zeit mehrten sich die Ablehnungen oder Verbote. Aber abgesehen davon muß zugegeben werden, daß wir als Frauenbewegung der Art von Staatsgewalt und Staatsterror, wie sie die linken

Frauen
in
der Türkei
feiern
den 8. März
auf
ihre Weise...



Organisationen erfahren haben, nicht ausgesetzt waren. Warum nicht? Soweit ich das überblicken kann, sind die feministischen Bewegungen nirgends in der Welt solcher Art von Repression ausgesetzt gewesen: Eine Erklärung der englischen Feministin Juliet Mitchell lautet z.B., daß die Staaten die feministischen Bewegungen nie ernst genommen haben. Sie ist eine sichtbare Bewegung, sie stellt keine Bedrohung dar, es wird sich vor ihr nicht gefürchtet, darum wird sie auch nicht ernst genommen. Dies ist eher meine Erklärung. Ich kann dem nicht beipflichten, wenn einige z.B. einer sehr einfachen und mechanischen Logik folgend sagen: Gegen Euch ist keine Gewalt angewendet worden, folglich habt Ihr den Staat als Unterstützer hinter Euch, Ihr seid keine oppositionelle Bewegung, Ihr führt die bürgerliche Linie fort... Sie denken, daß wir für den Staat und die Ordnung keine ausreichende Bedrohung darstel-

überall, wo uns diese Herrschaftsformen entgegenstehen. Wir kämpfen in der Familie - wir lehnen Gewalt in der Familie ab. Wir haben diese zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gebracht und haben erreicht, daß sie als solche anerkannt wird, was vorher nicht so war. Selbst an Universitäten werden heute Untersuchungen dazu gemacht. Es wurde ermittelt, daß in der Türkei 45% der Männer es als ihr Recht ansehen, ihre Frauen zu schlagen. Auf unserem feministischen Kongreß vor zwei Jahren haben wir eine Äußerung gefunden, die zusammenfassend alles beschreibt: In der Türkei beschlagnahmen die Männer die Arbeitskraft, den Körper und die Identität der Frauen. Wir protestieren gegen dies alles und zwar überall: Zu Hause, in der Wirtschaft, in der Politik, auf der Straße, Tag und Nacht.

T.I.: Mit welchen Kräften können sie dabei zusammenarbeiten oder



Studentin auf der Newroz-Demo in Istanbul

len. Meiner Meinung nach täuschen sie sich. Denn wir als feministische Bewegung stellen die gesellschaftlichen Beziehungen in sehr radikaler Weise in Frage.

T.I.: Sie sagten gerade, daß die Frauenbewegung eine radikale Bewegung ist, radikale Veränderungen anstrebt. Was sind die gesellschaftlichen und politischen Forderungen der Frauenbewegung?

S.T.: Wenn Sie wollen, können wir das in einem Satz zusammenfassen. In der Türkei herrscht bis heute ein patriarchales System. Ein System, in dem das männliche Geschlecht über das weibliche Geschlecht herrscht und alle Mittel in seiner Hand hält, um die Herrschaft fortzuführen. Wir wollen diese Ordnung radikal ändern. Wir führen unseren Kampf

sich solidarisieren?

S.T.: Vermutlich sind wir zur Zeit sehr allein. Wir solidarisieren uns mit Frauen. Was mit den Männern ist, die uns unterstützen, werde ich oft gefragt. Es gibt sie nur sehr vereinzelt, denke ich, und auch ihnen schenke ich nicht viel Vertrauen. Denn, wenn sie begriffen haben um was es geht, beginnen sie mit ihren verinnerlichten patriarchalen Verhaltensweisen und vorzuschreiben, was wir wie zu tun hätten. Darum ist es jetzt für mich wichtig, mit Frauen Solidarität aufzubauen. Zur Zeit interessiert mich ein Bündnis mit Frauen überhaupt nicht. Was nicht heißen soll, daß dies in der Zukunft nicht mit Männern möglich wäre, die bereit sind, Selbstkritik zu üben und sich selbst zu verändern. Kurzgesagt, einen Kampf wie ihn heute viele

linke Organisationen in der Türkei vertreten "Frauen und Männer - Hand in Hand" gibt es im Feminismus nicht.

T.I.: Obwohl die Türkei ein Vielvölkerstaat ist, wird offiziell nur von Türken gesprochen. Bezieht die Frauenbewegung dazu Stellung?

S.T.: Ich nehme nicht an, daß die Frauenbewegung als solche eine Meinung dazu gebildet hat, da die Entwicklungen neu und zu rasant sind. Da die Frauenbewegung beabsichtigt, die ganze Welt und alle Probleme vom Blickwinkel der Frauen her zu analysieren, sich unsere Bewegung allerdings auf eine geringe Zahl von Aktiven stützt, kann sowieso nicht die Rede davon sein, alle Probleme in ihrer Tiefe analysieren zu können. Was ich jetzt sage, ist meine eigene Meinung. Die Frauenbewegung wehrt sich dagegen, daß andere, seien es Marxisten, Linke, Fortschrittliche, die Situation der Frauen analysieren und ihnen Lösungsvorschläge servieren. Wir Frauen wollen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Unter dieser Prämisse haben die türkischen Frauen nicht das Recht, über die, wir wollen das Kind beim Namen nennen, kurdischen Frauen zu sprechen. Das bedeutet nicht, daß wir sie ausgrenzen oder uns ihnen entfremden. Sie müssen beschreiben und uns beibringen, was es bedeutet, eine kurdische Frau zu sein. Wir können nicht in ihren Namen sprechen. Ich meine, daß diese Ansicht zur Zeit viele Frauen mit mir teilen.

T.I.: Bedeutet das, daß sich bisher in der Frauenbewegung keine Frau als Kurdin bekannt hat?

S.T.: Nein, nein. In Istanbul gibt es kurdische Frauen, die auf verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen das Wort ergreifen und die türkischen Frauen als Mitglieder der herrschenden Gruppe kritisieren. Die Frauenbewegung ist sowieso eine kleine Bewegung, es gibt darin nicht noch eine eigene kurdische Frauenbewegung. Aber wie gesagt, das ist meine Meinung. Was die kurdischen Frauen dazu sagen, weiß ich nicht, da müßten Sie diese selbst fragen.

Sie erläutern mit einer Leichtigkeit wissenschaftliche Themen, vertreten sehr selbstbewußt feministische Forderungen. Woher nehmen Sie dieses Selbstvertrauen? Haben demokratische, fortschrittliche Gedanken Tradition in ihrer Familie?

Ich bin keine Frau mit Selbstbewußtsein. Und ich glaube, das ist eine Eigenschaft, die ich mit vielen Frauen teile. Ich würde das die psychologische Seite des patriarchalen Systems nennen. Es gibt natürlich auch Ausnahmen, doch ich gehöre nicht dazu, obwohl ich, wenn ich an meine Familie zurück-

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

- 21.2.90.
 - Molotovcocktails gegen das Gebäude des Gewerkschaftsverbandes Türk-İs aus Protest gegen Yenicelek.
 - Preiserhöhungen zwischen 5 und 80 % für Produkte der staatlichen Monopolbetriebe (Grundnahrungsmittel, Strom, Benzin, Zigaretten, alk. Getränke...)
 - Außenminister Mesut Yilmaz tritt zurück
- 22.2.90
 - Regierung unter Druck: Sowohl innerparteiliche Opposition als auch Opposition greift Regierungsführung an.
 - Neue Preiserhöhungen für Zigaretten, Zucker, alk. Getränke erwartet
 - Türk-İs Vorsitzender Yilmaz fordert Neuwahlen der Regierung
 - 100 000 Unterschriften von Arbeitern gegen Privatisierung der staatlichen Betriebe
- 23.2.90
 - Schülerzahlen der staatlichen Koranschulen haben sich explosionsartig erhöht: 1979: 68 000 Schüler, 1989: 155 000 Schüler
 - Preiserhöhung für Benzin erwartet
 - Aufruf von 805 Wissenschaftlern zum Dialog um die Änderung des Hochschulgesetzes YÖK
 - Bei bewaffneten Auseinandersetzungen 7 PKK'ler getötet
 - Direktor der Zentralbank behauptet, daß Inflation unter 54 % gefährlich sei.
 - Protest der Angestellten des staatlichen Statistikamtes gegen die staatlichen Manipulationen, mit denen die Inflation kleiner dargestellt wird.
- 24.2.90
 - Religionsunterricht im Fernsehen eingeführt
 - Streik der Petroleum-Transportarbeiter wegen niedriger Löhne
 - 2 PKK'ler getötet
 - Prozeß gegen 2 Polizeibeamte, die wegen Folter zwei Jahre Strafe erhalten hatten, wird neu aufgerollt
 - Ein 64-jähriger und ein 57-jähriger Angeklagter aus dem PKK-Prozeß freigelassen
- 25.2.90
 - Tausende von Demonstranten wegen des Grubenunglücks von Yenicelek in Zonguldak. Obwohl die Fabrikarbeiter nicht freigestellt wurden und die gewerkschaften nicht zustimmten, war es eine der größten Demonstrationen in Zonguldak. Motto: Respekt vor dem Menschenleben?
 - Protest der SHP gegen den Religionsunterricht im Fernsehen
- 26.2.90
 - Ehemaliger CIA-Fachmann Fuller sieht die Aufgabe der Türkei verstärkt im Nahen Osten
 - Bewaffnete Auseinandersetzungen in Lice: 1 PKK'ler und 1 Soldat tot
 - Hungerstreik der 5 Dev-Yol Gefangenen in Buca/Izmir geht im Krankenhaus weiter
 - Richard Schiffer (Stellvertreter der Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des US-Außenministeriums: Nirgendwo in Europa sind die Menschenrechtsverletzungen so drastisch wie in der Türkei.
- 27.2.90
 - Islamische Fundamentalisten schnitten einem Arbeiter Finger ab, weil er Alkohol trank.
 - PKK'ler haben in einem Dorf die Schrift glücklich, wer sagen kann ich bin ein Türke? übermalt und Türke durch Kurde ersetzt
- 28.2.90
 - Blutige Auseinandersetzungen in Silopi: 5 Tote, davon ein Soldat
 - Preiserhöhung für Strom 15 %
 - Hungerstreik von 30 Studenten wegen Entlassung von fünf Kommilitonen aus dem Studentenwohnheim
 - Sentepe Dev-Yol Prozeß beendet: 3 Todesstrafen, 3 Lebenslänglich, unterschiedliche Haftstrafen
 - Verteidigung der Rechtsanwälte im Dev-Sol Hauptprozeß beendet
- 1.3.90
 - Ein Inhaftierter, der erst zwei Stunden nach einem Herzinfarkt ins Krankenhaus gebracht wurde, ist wegen dieser Nachlässigkeit gestorben.
 - Freilassung der wegen einer unangemeldeten Demonstration angeklagten Islamanhänger
 - Bei dem Prozeß gegen 6 Personen, die der Mitgliedschaft bei Dev-Genc angeklagt sind, wurden die Polizisten als Zeugen angehört, die beschuldigt wurden, diese 6 Personen gefoltert zu haben.
 - 2 wegen Mitgliedschaft in der TBKP angeklagte Personen wurden freigelassen



8. März 1990:

Feministischer Frühling in der Türkei

In allen Teilen der Türkei wurde der Internationale Frauentag am 8. März in einen bisher nicht gekannten Umfang gefeiert. Überall wurden Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen, Feste usw. veranstaltet. Seit Jahren zum ersten Mal wurde in einer Fabrik – Tabakfabrik in Istanbul/Cevizli – der Internationale Frauentag gefeiert. In den Mittagsstunden versammelten sich die Frauen in der Kantine. Sie hielten

Reden, in denen das Ende der Unterscheidung Mann/Frau und die Lösung der Probleme der Frauen am Arbeitsplatz gefordert wurden. Auch in den städtischen Einrichtungen und in der Pasabahce Raki Fabrik wurde der Tag gefeiert.

Veranstaltungen zum 8. März

Begegnung mit Sirin Tekeli...

denke dazugehören müßte. Z.B. ist meine Mutter eine Feministin, sie ist heute 81 Jahre alt. Sie hat die Bedingungen ihrer Zeit verinnerlicht und ihr Leben danach ausgerichtet, wo es hieß, daß die Frau auf zwei Beinen stehen, ihr Brot selbst verdienen, die Schule besuchen und einen Beruf lernen muß. Sie kommt aus einer gewöhnlichen Beamtenfamilie, keiner privilegierten, heiratete meinen Vater, der aus den gleichen Verhältnisse kommt, beide waren PhilosophielehrerInnen. Meine Mutter wollte unbedingt eine Tochter, was, wie Sie wissen, mit den in der Türkei üblichen Erwartungen an das erste und womöglich einzige Kind im Widerspruch steht. Aber sie wollte eine Tochter, die sie wie einen Sohn erziehen wollte. Doch dann kam ich, die nach außen sehr sicher wirkt, es im Inneren aber nicht ist.

T.I.: Sie engagieren sich sehr stark in der Frauenbewegung, immer wieder treffen wir auf die Referentin, Rednerin Sirin Tekeli. Aber Sie arbeiten nicht in einer bestimmten Gruppe mit. Geben Ihnen die bestehenden Gruppen nicht ausreichende Antworten auf Ihre Fragen? Oder sehen Sie sich eher als neutrale Wissenschaftlerin, die über den Parteien steht.

S.T.: Vielleicht rede ich wirklich an zu vielen Orten, wo es nicht notwendig wäre. Doch das ist eigentlich etwas, was ich nie wollte. Seit vier, fünf Jahren vertritt ich systematisch die Meinung, daß SprecherInnen der Bewegung nicht bestimmte Frauen sein sollen. Alle Frauen müßten aus ihrer Situation heraus reden können. Das wäre die eine Seite, die andere glaube ich auf meine Kindheit zurückführen zu können. Ich war ein Einzelkind und bin auch heute noch eine Individualistin, die die Einsamkeit liebt. Nicht nur in der Frauenbewegung, auch allgemein in der Politik gehöre ich bis heute keiner bestimmten Gruppe an. In der Frauenbewegung gab es sowieso keinen Grund dazu, denn die Frauenbewegung ist eine mehrheitliche, demokratische und bunte Bewegung,

wie sie bisher beispiellos in der Türkei ist. Wo es die Möglichkeit gab, als Individuum, alleine mitzumachen, habe ich diese gewählt. An eine Leitungsposition, wie sie im letzten Teil Ihrer Frage zum Ausdruck kommt, habe ich nicht gedacht. Sowieo habe ich nicht eine solche Stellung, und würde auch von der Frauenbewegung nicht gestattet werden.

T.I.: Sie hatten sich in der vorhergehenden Veranstaltung als "Reformistin" bezeichnet. Würden Sie das noch einmal erklären?

S.T.: Als die Frauenbewegung in den 60er Jahren neu in Erscheinung trat, gab es revolutionäre Wellen auf der ganzen Welt. Die Frauenbewegung kam als revolutionäre Bewegung, die Frauen wollten die Welt aufs Neue gründen. Im Feminismus gibt es immer noch Frauen, die dieses Projekt verteidigen. Aber ich bin wahrscheinlich nie in meinem Leben echte Revolutionärin gewesen, denn ich glaube, ich habe einen Kopf, der alles kritisch beleuchtet. Um Revolutionärin zu sein, braucht man einen Glauben, Vertrauen und die Bereitschaft, sich aufzugeben. Viele Menschen sind im Namen der Revolution, um gute Sachen zu machen, aufzubrechen, und haben Ergebnisse herbeigeführt, die sie selbst nie gewollt hatten. Wenn sie älter werden, verlieren sie die Begeisterungsfähigkeit und die Opferbereitschaft, wir wollen sagen, daß sie konservativer werden. Ich bin jetzt im mittleren Alter, in der Frauenbewegung gehöre ich zu den Ältesten. Und wo ich sowieso nie Revolutionärin war, bin ich jetzt für eine realistischere Politik, die mit den Beinen auf der Erde steht. Hier ist für mich das Wichtigste, von dem ich nie ablassen werde, den Frauenkampf bis zum Ende zu führen. Das zweite, dafür zu sorgen, daß diese Bewegung auf jeden Fall eine demokratische bleiben muß. Genauso glaube ich an den Sozialismus. Aber unter allen Umständen möchte ich einen demokratischen Sozialismus. In diesem Falle sind Sie unumgänglich Reformistin und keine Revolutionärin.

Während an der Bogazici Universität drei Rednerinnen – Nilüfer Göle, Türkan Saylan und Sibel Asna – auf dem Podium zum Thema sprachen, fand in der Yildiz Universität zu gleichen Zeit eine Veranstaltung der "Türkischen Frauenvereinigung" statt, auf der sich die Männer – İlhan Selçuk, Özer Ozankaya, Özdemir Altan, Cafi Kamhi – zum Frauenproblem im Jahre 2000 äußerten. Nilüfer Göle stellte fest, daß "wir endlich akzeptieren müssen, daß die Frauen eine schöpferische Kraft geworden sind, die Rolle der Hauptakteurinnen übernommen haben beim Verändern des gesellschaftlich-kulturellen Modells und der Lebensweise". Diese Äußerung widersprach ganz und gar dem, wie Özdemir Altan auf der anderen Veranstaltung die Frau in unterentwickelten Ländern "wie dem unserem" beschrieb: Sie beaufte man wie ein Pferd aus, sie kokettiert mit dem Polizisten, wenn sie ein Verkehrdelikt begangen hat und vollführt vor dem Spiegel Lippenübungen. Doch muß man sich seiner Meinung nach nicht darüber aufregen, da sie, außer die Frau in einem unterentwickelten Land zu sein, keine einstantige Schuld begangen hat.

Die Verschiedenen Ansichten über das Frauenproblem (Frauen werden immer noch als Problem behandelt), die jedes mal am 8. März neu belebt werden, gipfeln nicht nur in jenen beiden unterschiedlichen Auffassungen. Der Studentenverein der Bogazici Universität, der den 8. März am 7. März in einem alternativen Forum feierte, meinte, daß das "Frauenproblem" eigentlich als "Menschenproblem" behandelt werden müßte. Auf dem Forum, in dem hauptsächlich Männer das Wort führten, wurde festgestellt, daß die Diskriminierung der Frau eine Systemfrage sei, und der 8. März nicht der Tag der Feministinnen, sondern der Tag der werktätigen Frauen sei.

Auch die Sprecher aller Parteien konnten den 8. März nicht verstreichen lassen, ohne ihre obligatorischen Sonntagsreden zu halten, in denen sie darauf hinwiesen, wie wichtig die Rolle der Frau in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und im sozialen Leben sei. Wie diese Beteuerungen in die Praxis umgesetzt werden, erfahren die Frauen, wenn sie wegen Schwangerschaft aus dem Betrieb entlassen werden, wenn sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kleinkinder finden, wenn sie RichterInnen werden wollen, wo das Kontingent für Frauen von den ohnehin skandalösen 10% auf 5% runtergesetzt werden soll, wenn sie ihren Eintritt ins Berufsleben von der Erlaubnis ihres Mannes anhängig machen müssen.

Die Feministinnen waren dieses Jahr am 8. März was Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und ähnlichen anging, auffallend ruhig. Sie versammelten sich Abends vor

dem Schiffanleger in Kadıköy. Dort verkauften sie mit bunten Luftballons in der Hand und Mützen mit der Aufschrift "Weltfrauentag 8. März" auf dem Kopf, Kerzen, Blumen, Feuerzeuge, Stifte... und beglückwünschten die Frauen zum Frauentag. Danach zogen sie, unter anderem ihr Frauenlied "Die Frauen sind da, sie sind überall" singend bis nach Moda. Sie sagten, das war ihr erste Spaziergang auf dem sie unbelästigt rufend und schreiend sich auf der Straße und in der Nacht fortbewegen konnten. Im Moda-Sportclub speisten sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sangen und tanzten bis spät in die Nacht. Eine von ihnen sagte: "Heute ist unser Geburtstag".

Darüber hinaus gab es an unzähligen, auch kleineren Orten, von den verschiedensten Vereinen, Institutionen, von Stadtverwaltung und Universitäten organisierte Festlichkeiten, die dieses Jahr das erste Mal in der Türkei den 8. März in so großem Umfang und so breitgefächert feierten. Das Frauenkulturzentrum in Istanbul eröffnete eine Ausstellung zum Thema "10 Jahre Frauenbewegung", will Straßenstände und Konzerte veranstalten. Die Stadtverwaltung von Bakırköy verkündete, daß sie eine Woche lang Interviews mit SchriftstellerInnen plant, die Stadtverwaltung von Besiktas hat mit den Festlichkeiten schon begonnen. Auf dem Sultanahmetplatz veranstalteten Frauen von DEMKAD ein Fest, auf dem sie Ballons stiegen ließen und Folklore Tänze aufführten. In Izmir hat die "Frauenplattform" ein Zusammenschluß verschiedener Frauengruppen, überall in der Stadt Flugblätter verteilt, auf denen sie am 8. März zur Befreiung in Alsancaq aufriefen. Sie eröffneten in Alsancaq eine Ausstellung, auf der sie Frauenhandarbeiten, Frauenbücher usw. verkauften, zum anderen Reaktionen von regionalen Frauengruppen zum § 438 des Türkischen Strafgesetzbuches veröffentlichen, Reportagen und andere Beiträge zu Frauenthemen ausstellen. In Mugla organisierte die Menschenrechtsvereinsgruppe ein dreitägiges Programm zum 8. März, daß mit einer Podiumsdiskussion zum Thema "Was für eine Frauenorganisation?" zu Ende ging.

Doch nicht alle Frauen konnten den 8. März so feiern, wie sie es sich gedacht hatten. Scheinbar stellen selbst 8. März Feierlichkeiten eine Gefährdung des Staates in seinen Grundfesten dar, so daß er seine Macht demonstrieren müßte. Hier nur ein paar Beispiele: In Adana Regierungspräsidium die von verschiedenen Vereinen und Initiativen beantragten "8. März Festlichkeiten" verboten, mit der Begründung, daß sie die öffentliche Ordnung stören würden. In Ankara eine Kundgebung vor dem Kulturzentrum Altendag von der Polizei verhindert. In Istanbul werden 6. MitgliederInnen

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

2.3.90

- Festnahme von 50 Studenten wegen unangemeldeter Versammlung an der Universität
- Razzia im Studentenwohnheim
- Hungerstreik im Gefängnis von Ankara

3.3.90

- An den Universitäten brodelt es: Studenten der Yildiz-Universität Istanbul haben aus Protest gegen Razzien im Studentenwohnheim und Festnahme von Kommilitonen das Gebäude des Rektorats besetzt
- Von 20 000 Personen, die seit 1979 vor dem Ausnahmezustandsgesicht Diyarbakir angeklagt wurden, erhielten 113 die Todesstrafe, 115 lebenslanglich, 9 000 wurden freigesprochen.

4.3.90

- Diskussionen um Laizismus bie Parteien, Politikern und Wissenschaftlern
- Arbeiterdemonstrationen in Izmir und Ankara gegen Entlassungen
- Familienangehörige von Inhaftierten nach Protestmarsch zu Polizeipräsidium festgenommen
- Die liberale Fraktion der ANAP zog ihre Unterstützung für den Ministerpräsidenten Akbulut zurück
- 5.3.90
- Inflation von 60 % auf 59,5 % gesunken
- Özal will kleine Veränderungen am YÖK-Hochschulgesetz vornehmen
- 100 Festnahmen in Silopi (Kurdistan, - d.Ü.)
- Der Vater eines verstorbenen Inhaftierten (PKK) beschuldigt die Gefängnisleitung, verantwortlich zu sein.
- Die Universität von Ankara stellt die Wissenschaftler, die aufgrund des 1402 entlassen worden waren, wieder ein.

6.3.90

- Universitäten: Wieder Steine, wieder Knüppel. Polizei in Istanbul greift eine Studentenversammlung an und wird dabei von islamischen Fundamentalisten unterstützt.
- Arbeiter verschiedener Betriebe in Istanbul fordern mit passivem Widerstand von Arbeitern ihr Recht
- Die Arbeiter aus dem öffentlichen Dienst, die aufgrund des 1402 angeklagt und entlassen worden waren, werden trotz positiven Gerichtsentscheids nicht wieder eingestellt.

7.3.90

- Warnung an Studenten: Sowohl Regierung als auch Opposition warnen vor einer weiteren Eskalation
- Die Frau des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul wird wegen ihres Buches zur Hölle mit Dir, Pinochet? angeklagt. Ihr wird vorgeworfen, den ehemaligen Staatspräsidenten Eren beleidigt zu haben.
- Zeitschrift 2000e gegen wegen eines Artikels zur kurdischen Frage beschlagnahmt.
- Ein Offizier der dem Staatspräsidenten Özal per Telegramm kritisierte (Ich kann mich nicht an Ihre Staatspräsidentenschaft gewöhnen?) wurde vom Dienst suspendiert
- Anklage gegen 16 Polizisten wegen Mordes an 4 Linken
- Elf Arbeiter, die in einem Betrieb in Izmir eine Gewerkschaft gründen wollten, wurden von der Frau des Besitzers gehorft.
- Einige staatliche Betriebe verkaufen Fleisch, Fisch und Schafskäse auf Raten.

der Frauenkommission der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) von der Polizei dabei behindert, vor dem Freiheitsdenkmal in Bakırköy einen Kranz niederzulegen und wurden vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen.

Nichtsdestrotz scheint das Bedürfnis der Frauen, sich auf ihre Geschichte zu besinnen, ihre Stärke und ihr Selbstbewußtsein wieder zu entdecken, ihre eigene Kultur zu entwickeln, so stark zu sein, daß es durch Druck von oben nicht aufzuhalten ist. Es lebe der Tag der Frauen, der immer weniger auf einen Tag im Jahr beschränkt zu bleiben scheint!

Geschichte der Volkshäuser (in der Türkei)

Durch die rigide Einschränkung der Organisationsfreiheit in der Türkei soll verhindert werden, daß die Bevölkerung sich gegen die zunehmende Verelendung, gegen Unterdrückung und Terror des Staates in organisierter Form zur Wehr setzt. Ein anderes, ideologisches Mittel, Widerstand gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist die massive Verbreitung der "Türkisch-Islamischen Synthese" durch den Staat. Mit dieser nationalistischen, rassistischen und die Scharia vertretenden Ideologie, die in allen Bereichen - Schulen, Moscheen, Massenmedien - verbreitet wird, sollen die Köpfe der Menschen v.a. der Jugend verkleistert werden und eine reaktionäre Massenbewegung geschaffen werden.

Durch die Wiedereröffnung der Volkshäuser, einer sehr alten demokratischen Masseneinrichtung, konnte ein Ort geschaffen werden, an den diese Tendenzen entgegen gewirkt wird. Die Volkshäuser bieten die Möglichkeit zur demokratischen Organisation sämtlicher Bevölkerungsteile und sie versuchen durch Verbreitung demokratischer Volkskultur die Inhalte der Türkisch-Islamischen Synthese zu bekämpfen.

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der Geschichte, Politik und Funktion der Volkshäuser seit ihrer Gründung bis heute.

Die Volkshäuser sind die ältesten demokratischen Masseneinrichtungen, die zur Zeit in der Türkei aktiv sind.

Funktion und Struktur dieser Einrichtung, deren Geschichte ziemlich weit zurückreicht, haben sich natürlich den sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen entsprechend verändert.

Gründung der Volkshäuser durch Mustafa Kemal Atatürk

Das Gründungsdatum der Volkshäuser ist der 19. Februar 1932. Zu dieser Zeit herrschte in der Türkei ein Einparteiensystem. Als einzige Partei des Landes war die CHP (Republikanische Volkspartei) an der Macht, in der die Kemalisten ihren Einfluß ausübten. So waren es die Besonderheiten dieser Zeit, die die Gründung und Funktion der Volkshäuser bestimmten.

Ihre Gründung erfolgte unter der CHP-Regierung auf Direktive Atatürks hin, der damals Staatspräsident und die einflussreichste Persönlichkeit des Landes war. Ursprünglich waren diese eigentlich als Nebenorganisation gedacht. Vor der Gründung der Volkshäuser gab es bereits die "Türkenklubs" (türk. Ocaklar) mit einer ähnlichen Funktion wie die Volkshäuser. Diese waren geschlossen und der CHP übergeben worden. Der Grund für die Schließung der Türkenklubs war ihre zunehmend oppositionelle Haltung gegen die kemalistische CHP. Sie hatten sich zunehmend gegen den Laizismus gestellt und begannen, einen rassistischen Nationalismus zur Schau zu tragen. Da eine derartige Entwicklung in dieser Epoche von der kemalistischen Regierung nicht gern gesehen wurde, wurden auf Direktive Atatürks die Aktivitäten der Türkenklubs beendet. (*)

Basis für die kemalistische Ideen

Mit der Einrichtung der Volkshäuser bezweckte die kemalistische Führung, sich selbst in den breiten Volksmassen eine Basis zu schaffen. Außerdem waren die Volkshäuser als Mittel gedacht, den Kapitalismus zu entwickeln, entsprechend des Ansatzes der kema-

listischen Führung, der die Existenz von Klassen bestreitet und behauptet "populistisch" zu sein und die Gesellschaft zu "verwestlichen". Insbesondere bei künstlerischen und kulturellen Aktivitäten sah man in der Verbreitung von "westlichen" d.h. bürgerlichen Aktivitäten eine wirksame Funktion. Aus dieser Richtung betrachtet hatte die Veränderung der sozio-kulturellen Gesellschaftsstrukturen, in denen die feudalen und religiösen Einflüsse des Osmanischen Reiches vorherrschten, entsprechend der Epoche eine "fortschrittliche" Funktion. Mit aktiver Hilfe der kemalistischen Regierung nahmen in kürzester Zeit in allen Regierungsbezirken, Landkreisen und in vielen Dörfern die Volkshäuser ihre Aktivitäten auf und gewährleisteten als Zentrum und Verbreitungsort für Musik, Malerei, Kunsthandwerk, Ausbildung und Bildung, Sport und andere kulturelle Aktivitäten eine aktive Unterstützung für die kemalistische Führung in diesem Bereich.

Angriffe der DP Regierung (Demokratische Partei) auf die Volkshäuser

Die Volkshäuser werden wegen dieser Funktion und Aktivitäten ein Ziel der Kritik der gegen die kemalistische Regierung oppositionellen Kräfte und der reaktionären Kreise, die sich gegen den Laizismus richteten.

So waren dann auch die Volkshäuser, nach dem die Türkei zum Mehrparteiensystem übergegangen war und die CHP 1950 die Wahlen verloren hatte, ein Dorn im Auge der sich in der DP konzentrierenden herrschenden konservativen Kreise. Die DP, die mit der Forderung nach "Demokratie" zu den Wahlen angetreten war, vermaß in kürzester Zeit ihre 'Demokratie' versprechungen und verwandelte sich in eine unterdrückerische Regierung. Als erster Angriffspunkt ihrer Unterdrückungspolitik nahm sie sich die Volkshäuser zum Ziel. Die DP-Regierung schloß mit dem Gesetz vom 8. August 1951 die Volkshäuser und beschloß, deren gesamten Besitz dem Staat zu übergeben. Nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960, bei dem die Kemalisten eine wichtige Rolle spielten, wurden die Volkshäuser wieder geöffnet. Mit Unterstützung kemalistischer Kreise und der CHP wurden sie 1961 wieder aktiv, konnten aber -unter der Führung pensionierter kemalistischer Militärs- lange Zeit nicht sonderlich einflußreich werden.

Beeinflussung durch den antiimperialistischen Kampf

Die nach 1968 einsetzende schnelle Polarisierung und der sich gegen die USA entwickelnde antiimperialistische Kampf beeinflusste auch die Volkshäuser.

Die regen Aktivitäten der sich auf der Plattform des "Kampf gegen den Kommunismus-Vereins" organisierenden reaktionären, anti-laizistischen Kräfte nahmen sich vorrangig die sich im Land entwickelnden fortschrittlichen, revolutionären und antiimperialistischen Aktionen zum Ziel. Diese Polarisierung in fortschrittlich-reaktionär tat auch in den Volkshäusern ihre Wirkung. Den antiimperialistischen Kampf der fortschrittlich-revolutionären Kräfte, besonders der in dieser Epoche einflußreichsten Organisation "Devrimci Gençlik" (Revolutionäre Jugend) unterstützten auch die Volkshäuser. Die Kemalisten nahmen gegen die reaktionären, faschistischen, die Scharia vertretenden Kräfte ihren Platz neben den revolutionär-fortschrittlichen Kräf-

ten ein und unterstützten die antiimperialistischen Aktionen, wenn auch nur zögernd. Weil aber in dieser Epoche sich die Linken und Revolutionäre im ideologisch-politischen Sinne noch nicht vom Kemalismus gelöst hatten, und diese Zeit stark unter dem Einfluß der Kemalisten stand, blieben auch die Volkshäuser in erheblichem Maße unter deren Einfluß.

Aber weil die Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei den Klassenkampf verstärkte und weil die durch die Verfassung von 1961 eingeräumten demokratischen Rechte und Freiheiten die Möglichkeit boten, auf der ideologischen und auf der Organisierungsebene sozialistisch-revolutionäre Gedanken zu entwickeln, löste sich die Linke ideologisch zunehmend vom Kemalismus.

Diese Situation spiegelte sich auch in den Volkshäusern wieder. Viele Filialen der Volkshäuser begannen Aktivitäten unter dem Einfluß der revolutionären Jugendlichen. Diese Entwicklung wurde dieses Mal durch den faschistischen Putsch vom 12. März 1971 beendet. Die faschistische 12. März-Regierung versuchte alle fortschrittlichen Kräfte im Land mit Unterdrückung und Terror auszuschalten und verbot sehr viele demokratische Einrichtungen. Die Volkshäuser wurden dieses Mal nicht geschlossen, aber unter dem Druck der Regierung in einen funktionslosen Zustand versetzt.

Wenn auch der 12. März-Faschismus alles, was die 6ler Verfassung an demokratischen Rechten gebracht hatte zu beseitigen versuchte, so hatte er darin keinen Erfolg, sei es aus seinen eigenen inneren Widersprüchen, sei es aus der Opposition, auf die er in der Gesellschaft traf. Trotzdem beschnitt das 12. März-Regime demokratische Freiheiten auf vielen Gebieten.

Ausbreitung der gesellschaftlichen Opposition in den 70er Jahren

Die Phase nach dem 12. März wurde eine Phase, in der sich die gesellschaftliche Opposition mit großer Geschwindigkeit ausbreitete. Besonders nach 1975 trat die mitellosen Volksmassen, an ihrer Spitze v.a. Jugendliche, Arbeiter, Lehrer, Beamte mit zahlreichen Aktivitäten ihre Unzufriedenheit gegen die Ordnung kund und schufen sehr schnell ihre demokratischen Organisationen.

Die Antwort der imperialistischen Kräfte und der einheimischen herrschenden Klassen gegen diese sich verstärkende Volksopposition war, faschistische Abgriffe anzustacheln und zu unterstützen. Die faschistischen Verbrechen und Massaker, die sich vor dem 12. März verstärkt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen gerichtet hatten, nahmen nach 1975 eine Entwicklung an, die der ganzen politischen Epoche ihren Stempel aufdrückte.

Der faschistische Terror, der zu Beginn die fortschrittlich-demokratischen Jugendmassen an den Universitäten zum Ziel nahm, richtete sich zunehmend gegen intellektuelle, Lehrer, Arbeiter, und breitete sich in kurzer Zeit im ganzen Land aus und hatte das ganze Volk zum Ziel. Diese Terrorkampagne, die die faschistischen Banden begannen, wurde mit offener Unterstützung des Staates schnell gesteigert und die Türkei wurde zunehmend in den Zustand eines Bürgerkrieges versetzt.

Die herrschenden Kräfte, die den Weg dazu, das Land zu regieren, die ökonomischen Probleme

zu unterdrücken und die Unzufriedenheit des Volkes unwirksam zu machen, in Unterdrückung und Terror sahen, trafen unter den aktiven Bemühungen der revolutionär-fortschrittlichen Kräfte auf den aktiven Widerstand des Volkes.

Die Türkei erlebte so eine ausgedehnte Phase der Polarisierung, in der die durch den Bürgerkrieg hervorgerufene gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung zunahm.

Diese Besonderheit dieser Zeit beeinflusste die Funktion und Politik aller gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen zutiefst, am stärksten natürlich die Berufs- und Massenorganisationen, in denen sich die verschiedenen Berufsgruppen und die arbeitende Bevölkerung versammelten. Diese begannen einen Kampf, der, nach der Besonderheit und Notwendigkeit der Zeit, gegenüber dem faschistischen Terror und den Massakern den antifaschistischen Kampf in den Vordergrund stellte.

Massenhafte Organisation der antifaschistischen Kräfte

Die Volkshäuser wurden als weit verbreitete Massenorganisation in dieser Zeit zu einer Einrichtung, die antifaschistische Kräfte massenhaft organisierte. Der 1977 abgehaltene Volkshäuser-Kongress öffnete den Weg zu einer Veränderung in der Führung der Volkshäuser: Während die Kemalisten innerhalb der Organisation, wie auch allgemein in der Türkei ihren Einfluß verloren, gelangten die sozialistischen, revolutionär-demokratischen Kräfte im Vorstand in eine wichtige Position. Dieser 1977 abgehaltene Kongress wurde in gewissem Sinne der Anfang einer neuen Epoche, die in der Geschichte der Volkshäuser in Bezug auf ihre Funktion und Politik als die 3. Epoche bezeichnet werden kann.

In der ersten Epoche der Volkshäuser, von ihrer Gründung bis zu ihrer ersten Schließung 1951, hatten sie die Funktion, der kemalistischen Führung eine Unterstützung durch die Basis zu sichern. Man kann nicht behaupten, daß die Strukturen der Volkshäuser in dieser Zeit demokratisch waren. Sie waren eine von der kemalistischen CHP gegründete und geführte Organisation.

In der 2. Phase, nach dem 27. Mai 1960 wies sie den Charakter einer sie den Charakter einer CHP gerichteten "fortschrittlichen" Einrichtung unter Einfluß kemalistischer Kreise auf, waren aber noch keine aktive Massenorganisation. Gegen Ende dieser Phase jedoch, besonders durch die aktive Arbeit der Jugend in den Volkshäusern und die Verstärkung des antiimperialistischen Einflusses, gewannen die Volkshäuser an Dynamik.

Die 3. Phase der Volkshäuser ist die Zeit nach 1977, in der sich im ganzen Land zunehmend die revolutionär-fortschrittlichen Teile des Volkes massenhaft in den Volkshäusern organisierten. In dieser Zeit gewannen die Volkshäuser, sei es auf der Ebene des Kampfes, sei es auf der Ebene der Organisation eine starke Dynamik. Die Teile des Volkes, die gegen Faschismus waren, eröffnete überall im Land Zweigstellen der Volkshäuser und machten sie zu einer einflußreichen Organisation im antifaschistischen Widerstand.

Während die Volkshäuser auf der einen Seite eine Einrichtung mit kulturellen und künstlerischen Aktivitäten mit fortschrittlich-demokratischem Charakter waren, gewannen sie gleichzeitig die Eigenschaft einer antifaschistischen Massenorganisation, die einen akti-

ven Platz innerhalb des sich gegen den faschistischen Terror entwickelnden Volkswiderstandes einnahm.

Die Volkshäuser verfolgten auf der Vorstandsebene eine Politik, die jede antifaschistische Aktion im Land unterstützte. Besonders nach 1979, als die Revolutionäre im Vorstand eine wichtige Position eingenommen hatten, erreichte diese Situation das weitestgehende Ausmaß. Der Vorstand beteiligte sich nach 1977 aktiv an einer Plattform der demokratischen Massenorganisationen mit antifaschistischem Inhalt, die von den fortschrittlich-revolutionären, demokratischen Organisationen gebildet wurde und innerhalb deren sich Organisationen wie DISK (revol. Gewerkschaftsbund), TÖB-DER (Lehrergewerkschaft), TMMOB (Vereinigung der Ingenieure und Beamten Kammer), TÜM-DER, Dev-Genc (Revol. Jugend) befanden. Bei allen Aktivitäten, die diese organisierten Meetings, Podiumsdiskussionen, Demonstrationen usw. nahmen die Volkshäuser teil.

Antifaschistischer Kampf und demokratische Volkskultur

Die Aktivitäten der Volkshäuser waren in dieser Phase vom antifaschistischen Kampf geprägt. Dies bewirkte aber nicht, daß sie ihre Eigenschaft verloren, eine Einrichtung zu sein, die kulturelle und künstlerische Aktivitäten entwickelt und verbreitete.

Während die Volkshäuser in dieser Zeit einerseits die antifaschistischen Kräfte sammelten und organisierten, und den Massen durch Seminare, Veranstaltungen und Bildungsarbeit ein antifaschistisches, antiimperialistisches Bewußtsein vermittelten, wurden sie andererseits eine Einrichtung, die mit ihren kulturellen und künstlerischen Aktivitäten mit antifaschistischem demokratischem Inhalt, die Massen erreichte. Auf zentraler Ebene wie in den einzelnen Zweigstellen führten sie Folklore, Theater, musikalische Aktivitäten, Chor, verschiedene sportliche Aktivitäten, Ausbildungs- und Bildungsarbeit durch. Auf fast allen antifaschistischen Veranstaltungen und Kultur- und Kunstfestivals, traten die Folkloregruppen, Musiker, Theatergruppen und andere Künstler der Volkshäuser auf. Bei dem letzten Kongress der Volkshäuser im August 1980 waren sie zu einer demokratischen Massenorganisation geworden, die über das ganze Land verteilt über 600 aktiv arbeitende Zweigstellen mit nahezu 100.000 Mitgliedern besaß. Vor dem 12. September 1980 nahmen bei den fast überall im Land veranstalteten antifaschistischen Kundgebungen die Volkshausmitglieder mit verschiedenen Aktivitäten teil. Sie waren aktiver Teil des antifaschistischen Widerstandes im ganzen Land.

Angriffsziel der faschistischen Kräfte

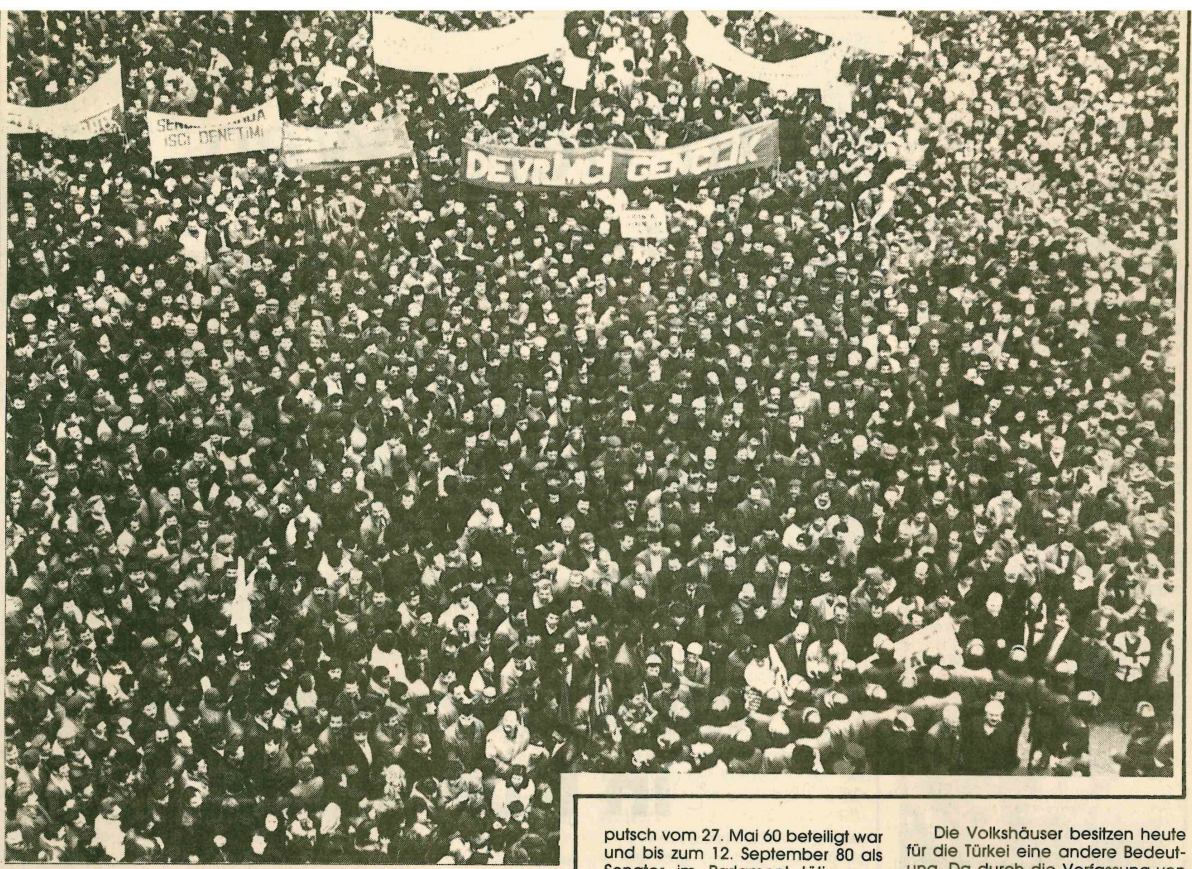
Als Ergebnis dieser Entwicklung wurden sie Angriffsziel der faschistischen Kräfte und der herrschenden reaktionären Kreise. Auf das Hauptgebäude der Volkshäuser und auf verschiedene Zweigstellen wurden mehrere Male Bombenanschläge verübt. Viele Mitglieder und Vorstandsmitglieder haben bei faschistischen Übergriffen ihr Leben verloren. Während die Volkshäuser als Massenorganisation, die ungeachtet politischer Meinungsunterschiede alle antifaschistischen Kräfte in sich sammelte, zum Angriffsziel für

faschistische Übergriffe wurden, blieben auch die militärischen Kreise nicht unfähig und übten ausgebreitete Repressionen gegen die Volkshäuser aus. In dieser Zeit wurden viele Zweigstellen der Volkshäuser von den Militärs geschlossen, die Volkshäuser wurden immer wieder den Repressionen und Verfolgungsmaßnahmen der Sicherheitskräfte ausgesetzt.

Verbot der Volkshäuser nach dem Militärputsch vom 12. September 1980

Unter diese Phase wurde mit dem faschistischen Putsch vom 12. September 1980 ein Schlußstrich gezogen und die Militärregierung griff neben allen anderen fortschrittlichen Kräften auch die Volkshäuser an. Sie schloß die Volkshäuser, beschlagnahmte ihr gesamtes Eigentum, verhaftete ihre Vorstandsmitglieder und übergab sie den Militärgerichten.

Das faschistische 12. September Regime setzte jegliches Recht und Gesetz außer Kraft, und versuchte so, die Vorstandsmitglieder der Volkshäuser ins Gefängnis zu bringen. Sie wurden außergesetzlicher Tätigkeiten angeklagt und beschuldigt, mit illegalen Organisationen, v.a. Devrimci Yol zusammengearbeitet zu haben. Zur Verdeutlichung der Herangehensweise des 12. September Regimes ist es interessant, die soziale und berufliche Stellung der Vorstandsmitglieder der Volkshäuser zu betrachten, gegen die sich diese Beschuldigungen richteten. Der angeklagte Generalvorsitzende, Ahmet Yıldız ist ein pensionierter Oberst, der am Militär-



Protestkundgebung von tausenden von ArbeiterInnen gegen den Arbeitermorde in Yeni Celtek: In den Minen von Yeni Celtek mußten 68 Arbeiter ihr Leben bei einer Explosion lassen, weil die Minenleitung sie zwang, in die Minen reinzugehen...

putsch vom 27. Mai 60 beteiligt war und bis zum 12. September 80 als Senator im Parlament tätig war. Ebenfalls angeklagte Vorstandsmitglieder waren 4 Parlamentarier der CHP. Weiter befand sich unter ihnen 2 Professoren, 1 pensionierter Gouverneur, 4 Anwälte, 2 Schriftsteller, 4 Ingenieure. Das Militärgericht klagte nur einen Teil der Vorstandsmitglieder an, die in zwei verschiedenen Perioden im Vorstand tätig waren. Warum 2 unterschiedliche Vorstände angeklagt wurden und warum einige Vorstandsmitglieder von der Anklage verschont blieben, blieb unklar. Dieser Prozeß, der insgesamt als eine politische Unterstützung des faschistischen 12. September Regimes gedacht war, endete, obwohl sämtliche rechtlichen Regelungen gebeugt wurden, mit Freispruch.

Wiederaufnahme der Aktivitäten

Die freigesprochenen Vorstandsmitglieder begannen nach Beendigung der Militärregierungszeit, daran zu arbeiten, daß die Volkshäuser ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten und riefen die Gerichte an. 1987 entschieden diese, die Volkshäuser wieder zuzulassen und den beschlagnahmten Besitz zurückzugeben. An dieser Zeit begann eine neue Phase – die vierte, für die Volkshäuser. Der Vorstand änderte in kürzester Zeit die Satzung und das Promiem und, von der ersten Gründungszeit angeregt, wurden sie am 19. Februar 1988 wiedereröffnet, und in ihrer ursprünglichen Bedeutung wieder zum Leben erweckt. Die Volkshäuser befinden sich in dieser Phase in einem großen Mangel. Das Ausmaß der Verwüstungen, die das 12. September Militärregime in den Häusern angerichtet hatte, wurde erst nach der Wiedereröffnung deutlich: Von ihren zig Wägen konnte nur noch ein einziger gefunden werden. Es konnte nicht festgestellt werden, was aus den meisten Gegenständen, einschließlich aller Dokumente, Akten, sogar Atatürk-Portraits verwestet. Trotz dieser unzureichenden Bedingungen nahmen die Volkshäuser am 19. Februar 1988 ihre Tätigkeit wieder auf und eröffneten in vielen Bezirkshauptstädten Filialen. Nach einer Vorbereitungszeit von 6 Monaten wurde auf einer Generalversammlung ein neuer Vorstand gewählt.

Neue Bedeutung für die Organisation des Volkes gegen die türkisch-islamische Synthese

Die Volkshäuser besitzen heute für die Türkei eine andere Bedeutung. Da durch die Verfassung von 1982 die Organisierungsfreiheit in weiten Bereichen stark eingeschränkt ist, bedeuten die Volkshäuser einen wichtigen demokratischen Gewinn. Da sie sich an die gesamte Bevölkerung richten, gleichgültig aus welchem sozialen Umfeld und aus welcher Berufsgruppe, sind sie für die Organisierung der Bevölkerung eine wichtige Einrichtung.

Sie können vom abgelegensten Dorf bis zu kleinen Kreisstädten, von großen Stadtzentren bis hin zu Arbeitervierteln und Gecekondu (Stums) überall Vereine eröffnen und für die breiten Volksmassen, für die Jugend eine Möglichkeit zur demokratischen Organisation, zu kulturellen und künstlerischen Aktivitäten bieten. In dieser Situation, wo demokratische Organisationen in höchstem Maße Einschränkungen unterliegen, hat dies eine große Bedeutung. Zudem haben die Volkshäuser in dieser Epoche, in der rassistische und die Scharia vertretende Gedanken und Organisationen jeder Art durch den Staat und die herrschenden Kräfte ermuntert und unterstützt werden, im Hinblick auf die antifaschistischen Kräfte eine wichtige Stellung. Den Volkshäusern fällt in dieser Phase die Aufgabe zu, gegen die rassistischen, die Scharia vertretenden Gedanken, die unter dem Namen türkisch-islamische Synthese verbreitet werden, fortschrittlich-demokratische, laizistische Kulturinhalte den Massen nahezubringen und die Schariagedanken zu isolieren.

Mit der Entwicklung, die die Volkshäuser seit ihrer Gründung bis heute durchlaufen haben, werden sie die Eigenschaft einer Einrichtung fortführen, die auch in dieser Zeit für die arbeitenden Massen wichtige Funktionen übernehmen wird.

Fußnote: (*) Als 1932 die Volkshäuser eröffnet wurden, hatten die Türkenklubs kaum Einfluß gezeigt. Erst in der Zeit nach dem 12. September Regime wurden die Türkenklubs, die in der Periode der Demokratischen Parteien (DP ab 1950) wieder eröffnet worden waren, der Führung der Personen aus der faschistischen MHP (Graue Wölfe) übergeben und als aktive Unterstützung für den Staat wieder zum Leben erweckt. Heute haben die Türkenklubs mit Hilfe der ANAP-Regierung in vielen Regierungsbezirken Vereine eröffnet. Sie sind zusammen mit den Intellektuellenklubs (Aydinlar Ocagi) die aktivsten Einrichtungen, die rassistischen Gedanken und die Scharia vertreten, genannt Türkisch-Islamische Synthese.

DIE TABAKANBAUER EROBERTEN DIE STRAßE

Die auf dem mit zweimonatiger Verspätung eröffneten ägäischen Tabakerzeugermarkt bekanntgegebenen Ankaufspreise lösten bei den Tabakbauern heftige Proteste aus. (Die Preise werden vom staatl. Monopol Tekel festgelegt.)

Am 12. Februar, dem mit Spannung erwarteten Markteröffnungstag, kamen die Bauern in großen Gruppen aus den Dörfern nach Manisa und Akhisar. Die Produzenten erfuhrten die Tabakpreise am 12. Februar aus dem Fernsehen. Die Preise, die durchschnittlich um 38% über denen der '88er Ernte lagen, blieben weit hinter der jährlichen Inflationsrate zurück, was die Erzeuger zum Protest trieb.

Die Aussage eines Beauftragten des "TEKEL" Vorstandes, daß "Tekel diese Saison nicht in den Tabakkauf einsteigt", brachte das Faß zum Überlaufen. Die Erzeuger begannen, den Tekel angestellten auszufeuern. Einige Arbeiter riefen: "So geht das nicht! Los, wir wollen die Straßen sperren, den Verkehr anhalten!" Daraufhin machten sich die Bauern auf den Weg zu der Bundesstraße Izmir - Akhisar. Sofort begannen die Bauern Slogans zu rufen, wie "Rücktritt der Regierung", "Rücktritt von Pakdemirli" (Ex-Finanzminister). Mehr als 10.000 Tabakanbauer blockierten die Straße zwischen Izmir und Akhisar. Sie liefen bis zur Tekel-Zigarettenfabrik in Akhisar, die ca. 4-5 km entfernt liegt. Die Erzeuger wurden vor der Fabrik mit einer

Gendarmerie-Barrikade empfangen. So führten die Produzenten ihren Protest als Sitzstreik auf der Straße zwischen Izmir und Manisa fort.

Als die Polizei- und Gendarmenkräfte aus Akhisar nicht mehr ausreichten, wurden aus Balıkesir und Manisa Sicherheitskräfte zur Verstärkung geholt. Verantwortliche riefen die Bauern auf, ihre Aktion zu beenden, doch diese sagten, daß sie nicht eher weggehen, bevor Pakdemirli kommt. Als die Sicherheitskräfte erkannten, daß die Bauern die Straße nicht freiwillig verlassen, begannen sie diese anzugreifen. Mit Einbruch der Dunkelheit zerstreute sich die Gruppe, die Bauern flohen Richtung Stadt.

In den Stunden, in denen der Verkehr zwischen Manisa und Akhisar gestoppt wurde, erstürmte eine Gruppe von 2.000 Bauern den Bahnhof von Akhisar und verhinderte die Abfahrt der Züge. Diese Blockade währte bis zum Einbruch der Dunkelheit.

Die beiden Gruppen, die die Straße zwischen Manisa und Akhisar und den Bahnhof von Akhisar blockiert hatten, teilten sich in kleinere Gruppen auf, und durchsteiften in der Dunkelheit die Stadt. Zuerst warfen sie die Türen und Fenster des Tekel-Gebäude ein, dann die Fenster aller Tabakhändler, -büros, -läden, -lager, die sie fanden und zuletzt die Tür und Fenster der Sümerbank.

Die Aktionen der Tabakerzeuger gehen weiter und breiten sich in den umliegenden Landkreisen

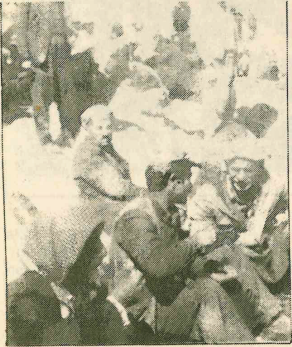
und Regierungsbezirken aus. In Kirgac haben die Tabakerzeuger die Fenster des Ortslokals der ANAP eingeworfen, die Büros der Tabakhändler angegriffen. In Manisa werden vor dem Tekel-Gebäude und vor den Büros der Tabakhändler Kundgebungen abgehalten: Bei der Protestveranstaltung vor dem Bezirkslokal der ANAP wird der Rücktritt des Finanzministers Pakdemirli gefordert. Die ca. 5.000 Bauern die sich vor dem Tekel-Gebäude in Bergama versammelt hatten, ließen auf dieses einen Regen aus Kleingeld nieder. Im Landkreis Civril, der zum Regierungsbezirk Denizli gehört, protestierten die Tabakerzeuger gegen die Tabakpolitik der Regierung und gingen für zwei Tage in den Hungerstreik. Während der Kundgebungen und Aktionen wurden viele Tabakbauern verhaftet.

Die Tabakerzeuger und die Bauern haben auf dem ägäischen Tabakerzeugermarkt, der als erster Tabakmarkt eröffnet, ihre berechtigten Forderungen mit einer Reaktion zur Sprache gebracht.

Die Tabakerzeugermärkte in Schwarzmeer- im Marmaragebiet und im Osten sind noch nicht eröffnet. Der Sturm, den die ägäischen Tabakanbauer verursacht hatten, ist vorbei. Die verschiedenen Kreise erwarten mit Spannung, wie dieser Sturm sich auf den neu zu eröffnenden Tabakerzeugermärkten gebärden wird.

Auf dem Weg zur kurdischen Intifada

Mitte März kam es in kurdischen Städten wie Nusaybin, Cizre und Silopi zu Protestaktionen eines großen Teils der Bevölkerung. Damit ist der nationale Widerstand der Guerilla in ein wichtiges Stadium getreten. Bisher hatte der Terror der türkischen Staaten dazu geführt, daß die kurdische Bevölkerung den Kopf eingezogen und sich arrangieren versucht hat. Jetzt gehen alle von 8 bis 88, Frauen, Kinder, junge Mädchen, auf die Straße und zeigen, daß es eine nationale kurdische Identität gibt. In der jüngeren Geschichte der kurdischen Befreiungskämpfe in Türkei-Kurdistan ist das die wichtigste Entwicklung. Die Kurden haben, nach Massen- und Völkermord in den ersten 20 Jahren der Republik und der darauf folgenden Phase der Passivität ihre Tradition des Widerstands wiederentdeckt.



Jede neue Lage erfordert neue Bewertungen. Die in den kurdischen Städten beginnende Volksbewegung gibt allen an einer Lösung des so. Kurdenproblems engagierten Kräften die Möglichkeit, ihre Lage und ihre Politik zu überprüfen.

1. Die Wiederentdeckung der Tradition des Widerstandes durch ein unterdrücktes Volk, das sich mit den Gegebenheiten abgefunden zu haben schien, unter den gegenwärtigen Bedingungen beweist erneut die große Bedeutung des bewaffneten Kampfes. Die bekannte Kurdenpolitik des türkischen Staates erlaubt den Kurden in keiner Weise ihre nationale Identität zu bewahren und dazu entwickeln. Alle legalen und gewaltlosen Wege in diese Richtung sind blockiert. Gewaltlos und legal gibt es nur die Alternative Unterwerfung oder Tod. Diese, durch die antikurdische Politik der türkischen Regierungen geschaffene Situation kann nur durch einen politischen Kampf überwunden werden, der auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes geführt wird. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß die jüngste Volksbewegung die Situation zu verändern beginnt.

2. Die Massendemonstrationen von Nusaybin, Cizre und Silopi, die heruntergelassenen Rolläden sind das endgültige Ende der Demagogie, der zufolge es "eine handvoll Terroristen" ist, die das Volk terrorisiert. Der Guerillakrieg hat die Grundlage für eine Massenbewegung geschaffen, die jetzt erste Erfolge zu verzeichnen beginnt. Die kurdische Massenbewegung hat dabei von den Kampfmethoden der Palästinenser gelernt und wurde in der türkischen Presse deshalb schon als kurdische Intifada bezeichnet.

Das Wort "Intifada" steht für den Kampf der Palästinenser gegen die mit modernen Waffen ausgerüsteten israelischen Sicherheitskräfte mit Knüppeln und Steinen, der den israelischen Staat durch seine offensichtliche Legitimität zunehmend in die Isolierung getrieben hat. Die Überlegenheit der Waffen verliert an

Wirkung angesichts der Legitimität der Steine.

Die kurdische Massenbewegung hätte dann entsprechend die Chance, wenn sie sich weiter auf einer legitimen Grundlage entwickelt und verbreitet, die offizielle türkische Interpretation der Ereignisse in Türkei-Kurdistan, nach der es sich hinter allem und jedem ein Komplott von ausländischen Mächten

und Terroristen verbirgt, ins Leere laufen zu lassen. Allerdings ist es auch jederzeit möglich, durch falsche Aktionen oder nicht zu verhin- dernde Provokationen, daß diese Chance sich verringert (oder gar verspielt wird). Auch dafür gab es Beispiele in den zurückliegenden Monaten.

Ein anderer wichtiger Punkt ist eine breit angelegte Bündnispolitik.

Die Kräfte, die im kurdischen nationalen Befreiungskampf eine Avantgarde übernehmen haben, sollten sich vor politischer Egozentrik und Sektierertum hüten. Nötig ist ein elastisches Bündnis, in das alle Kräfte, die das kurdische Volk unterstützen, sich mit ihren Möglichkeiten einbringen können. Es ist hinreichend bekannt, daß die PKK in dieser Hinsicht nicht besonders fortgeschritten ist...

Die Massenbewegung in den kurdischen Städten hat bei den herrschenden Kräften in der Türkei große Unruhen ausgelöst. Einschätzungen, denen zufolge die Loyalität der Kurden gegenüber dem türkischen Staat zuende gegangen und separatistische Tendenzen im Wachsen sind, das nationale Interesse der Türkei in Gefahr und es deshalb nötig sei, daß



sich alle Parteien auf eine "nationale Politik" einigen und die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze zurückstellen, bestimmen die Tagesordnung von Politikern und Kommentarspalten der Presse. "Nationaler Konsens", sonst eher weniger anzutreffen, macht sich bei den herrschenden Kräften und ihren politischen Repräsentanten in der Türkei breit, seit die nationalen Rechte der Kurden von einer breiter Massenbewegung eingefordert werden. Der Parlamentspräsident veranstaltete mit den Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien einen "Terrorgipfel". Im Anschluß daran trat der Nationale Sicherheitsrat zusammen und diskutierte das Kurdenproblem und neue Maßnahmen. Özal schlug danach ein Treffen der Parteivorsitzenden im Präsidentenpalast vor. Alle diese Einigkeitdemonstrationen sind nichts als der Ausdruck des tiefen Unbehagens, das von der Entstehung der kurdischen Volksbewegung geweckt wurde. Auch wenn Özal durch das Treffen mit den Parteivorsitzenden parteipolitische Absichten mitverfolgt hat, so zeigt sich hier doch vor allem, wie schnell bei jeder ernsthaften Bewegung in Kurdistan die türkischen Chauvinisten auf der Grundlage "der nationalen und territorialen Einheit" gemeinsame Sache machen.

Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Kräfte in der Türkei, denn dieser chauvinistische Block, der angesichts der



kurdischen Intifada nach nationaler Einheit schreit, bildet zugleich das Haupthindernis vor einer Demokratisierung der Türkei, denn ein Volk, daß ein anderes Volk unterdrückt, kann nicht demokratisch organisiert sein. Einheit kann nie auf der Verleugnung der nationalen Identität eines Volkes entstehen. Auf der Grundlage erzwungener Gleichheit von Kurden und Türken kann keine Einheit wachsen. Eine türkische Staatsräson, die es nötig machen soll, die Kurden gewaltsam zu asi-

Militärausgaben in Kurdistan

* Für militärspezifische Ausgaben in der Region wurden im Etat für 1990 Mittel in Höhe von annähernd einer Trillion TL bereitgestellt.

* Während in Kurdistan Schulen geschlossen werden, wurden 177 Polizei- und Militärposten eingerichtet.

* Die Ausgaben für Gefängnisse betragen 35 Milliarden TL.

Der Etat für das Jahr 1990 wird als der schlechteste in der Geschichte der Türkei bewertet. Er ist der Beweis dafür, daß die Inflation im vor uns liegenden Jahr noch weiter ansteigen wird. Man rechnet mit einer Deckungslücke von annähernd 10 Trillionen TL. 10% dieses offenen Betrags entfällt auf Regionalgouvernement und Gendarmerie, die in diesem Gebiet konzentriert sind.

Polizeiposten statt Schule

Für 10 neue Gefängnisse im Notstandsgebiet (Kurdistan), deren Bau noch andauert, wurden 1989 um die 35 Milliarden TL aufgewendet. Allein die Ausgaben für Gehälter der Dorfmilizen belaufen sich auf 60 Milliarden im Jahr. 11 Milliarden kosteten die 60 neuen Gendarmerieposten die Ende 1987 eingerichtet wurden.

Der Alphabetisierungsgrad liegt in Kurdistan unter 50%. Während in der Türkei durchschnittlich 21 Krankenhausbetten auf 10.000 Einwohner entfallen, sinkt diese Zahl auf 5 Betten in Bezirken wie Bitlis, Bingöl, Siirt oder Mardin. Das durchschnittliche Prokopfeinkommen in diesem Gebiet beträgt 382 Dollar. Das ist ungefähr ein Drittel des türkischen Durchschnitts.

Milizen

Im Juni 1985 wurde das System der Dorfmilizen eingeführt. Sie umfassten bis 1987 ungefähr 5.000 Personen. Nach 1987 zeigt sich jedoch ein starker Anstieg dieser Zahl. 1988 sind es 12.000 Milizionäre, Ende 1989 nach Zahlen der Regierung 20.000 nach Oppositionszahlen 30.000. Das bedeutet: Seit 1985 wurden für die Dorfmiliz 150 Milliarden TL an Gehältern gezahlt. Man erwartet, daß das Gehalt eines Milizionärs von 370.000 TL Ende 1989 auf 450.000 TL im Januar 1990 ansteigen wird.

Neben den normalen Gehalts- und Versorgungsleistungen erhalten die Milizionäre auch Schuhe, Mäntel, Hemden u.ä. Z.B. wurde allein in Siirt bis zum 30.11.1988 in einem Zeitraum von 16 Monaten für 2586 Milizionäre ein Betrag von 187 Millionen TL für Schuhe und Hemden aufgewendet. Gesundheitsausgaben für die Dorfmiliz werden aus dem Sozialfonds (Fak-Fun-Fonu) beglichen. 112 Häuser, die mit 220 Millionen TL aus dem gleichen Fonds finanziert wurden, wurden den Milizionären zur Verfügung gestellt.

Nicht genau bekannt sind Zahl und Kosten der Waffen, mit denen die Milizionäre ausgestattet werden. 1987 belief sich die Zahl der Waffen auf 6.500. 1989 betrug der für Waffenkäufe für die Dorfmilizen ausgewiesene Betrag 500 Millionen TL.

Gendarmerie in Kurdistan

Ein großer Teil der Gendarmerieeinheiten ist in Kurdistan stationiert. Ein großer Teil der im Zusammenhang mit der Verlegung von Gendarmerieeinheiten nach Kurdistan entstehenden Kosten beginnt den Gendarmerieetat zu belasten. Als 1986 der Etat der Gendarmeriegeneralkommandantur (130 Milliarden TL inklusive Zusatzzahlungen) nicht mehr ausreichte, zeigte sich ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 9 Milliarden TL um die Etatlücke zu stopfen, bekommt das Finanzministerium die Vollmacht, für Ausgaben in der Region Zusatzzahlungen zu leisten.

1988 entfallen 62% der 265 Milliarden TL des Etats der Gendarmeriegeneralkommandantur auf Ausgaben in Kurdistan. 1989 steigt dann der Gendarmerieetat um 57% auf ungefähr 135 Milliarden TL. In der Region wurden zwischen 1987 und 89 zusammen 177 neue Gendarmeriewachen eingerichtet. Der Etat für 1990: 878 Milliar-

den.

Regionalgouvernement

Das erstmalig im Haushalt 1988 auftauchende Regionalgouvernement für Kurdistan führt zum Anstieg des Etats des Innenministeriums um 432%. Die für das Regionalgouvernement ausgewiesenen Zahlungen belaufen sich auf 200 Milliarden TL. Allerdings wird dieser Betrag später um 6,5 Milliarden TL pro Jahr verringert. Während der Aufbauphase des am 14.2.1987 gegründeten Regionalgouvernements, erhält er auch breite Unterstützung von anderen Einrichtungen. Z.B. werden über die "Stiftung zur Stärkung der türkischen Polizei" 150 Landrover bezogen. (Dem damaligen Innenminister Mustafa Kalemli zufolge war diese Hilfe notwendig, weil sie noch nicht im Etat des Regionalgouvernement enthalten war.)

Zusammen mit der Einrichtung des Regionalgouvernements, mietet die Polizei der Region zu Versuchszwecken fünf Hubschrauber an - drei BK 117, einen UA 60/A und einen 2 A 330D für monatlich 73.000 DM, 680.000 Franc+700.000 Dollar für 90 Stunden bei der deutschen Firma MBB, der französischen Eure Special und der amerikanischen Socie. Nach diesem Versuch werden von der SAGEB vier Hubschrauber für 80 Millionen Francs, zahlbar über fünf Jahre, von der Firma Special angekauft. Gleichzeitig werden auch andere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Polizei getroffen. So werden 1988 für Spezialkommandos 800 Funkgeräte, 22 stationäre Funkzentralen und 100 tragbare gekauft. Die Gehälter der Spezialkommandos in Kurdistan belaufen sich auf über 1,5 Millionen pro Person.

(Quelle: 2000'e Dogru)

milieren, ist ein Widerspruch in sich selbst. Sie widerspricht, nüchtern betrachtet, sogar den Interessen der herrschenden Kräfte in der Türkei.

Der rassistische und chauvinistische Ansatz des türkischen Staates zwingt die Kurden geradezu, sich außerhalb dieses Staates zu organisieren. Wenn es wirklich um Einheit zwischen Türken und Kurden gehen soll, dann müßten deshalb zunächst Verhältnisse geschaffen werden, in denen sie Kurden unter Wahrung ihrer Identität frei organisieren könnten. Die derzeitige offizielle Kurdenpolitik trägt, so gesehen, nur zur Legitimation der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung bei; und es ist erstaunlich, daß das von den Herrschenden in der Türkei angesichts des Bankrotts ihrer Politik immer noch nicht begriffen wird.

Die herrschenden Kräfte in der Türkei suchen nach politischen Möglichkeiten und ideologischen Motiven, mit deren Hilfe die Kurden in den türkischen Staat eingebunden werden könnten, aber die Erfolgsaussichten sind gering.

Die ANAP-Regierung, verantwortlich für den Staatsterror in Kurdistan, hat nichts anzubieten außer weiteren Terror und dem GAP-Projekt, von dem keiner weiß, was es im Endeffekt der kurdischen Bevölkerung einbringen wird. Die SHP erklärt offen, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung im Falle einer Regierungsübernahme mit wirkungsvollerem Terror bekämpfen zu wollen. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß ANAP, SHP und DYP, die derzeitige Kurdenpolitik unterstützen,



zen, in Kurdistan Unterstützung finden werden.

MSP (Nationale Heilspartei) und deren Neuaufgabe RP, die anstelle der nationalen die religiöse Identität stärker betonen, haben in Kurdistan doppelt soviel Stimmen wie im Türkei-durchschnitt, was zumindest bedeutet, daß die Religion eine ideologische Rolle als Einheitskult zu spielen in der Lage ist. Es wäre deshalb der erfolgversprechendste Weg für die Herrschenden Kräfte in der Türkei, die nationale kurdische Dynamik zu bekämpfen, indem sie die gemeinsame islamische Identität fördern. "Glaubensbrüder" in

einer ideologisch vom Konzept der "Türk.-Islam. Synthese" beherrschten Türkei, könnten vielleicht ihre nationalen Anliegen eine Zeitlang hintenanstellen.

Jedenfalls werden die Herrschenden auch mit diesem Mittel langfristig keine Erfolge erzielen können: Schon bei den letzten kurdischen Aufständen in Nusaybin, Cizre und Silopi benutzten die Kurden die Moscheen zur Planung der Aufstände, die gegen die herrschende Staatsmacht die sich zunehmend entwickelnde nationale Identität des kurdischen Volkes ausdrückten. Alle Entwicklungen zeigen heute,

daß die kurdischen Volksmassen sich immer stärker und massenhafter am nationalen Unabhängigkeitskampf beteiligen werden. Die Terrorpolitik des türkischen Staates, seine Pläne zur massenhaften Massakrierung der Kurden lassen dem kurdischen Volk auch keine andere Wahl.

Den Weg des kurdischen Volkes in Richtung der nationalen Befreiung, den Weg der kurdischen Intifada werden Strategien der Herrschenden langfristig gesehen nicht mehr verhindern können. Und es ist ohnehin bekannt, daß dieser Weg kein geebener Weg ist...



Augenzeugenbericht aus Kurdistan

Am Donnerstag den 15. März fand in der an der Grenze zu Syrien gelegenen kurdischen Stadt Nusaybin die Beerdigung von Kamuran Dündar statt, einer der 13 Kurden, die am Dienstag den 13. in der Nähe von Savur (zwischen Mardin und Diyarbakir) von türkischen Militärs erschossen worden waren. Die Erschossenen selbst stammten aus verschiedenen Ortschaften der Gegend, waren dort bekannt und beliebt, Kamuran Dündar zudem Sohn des Magistrats von Nusaybin, Yusuf Dündar, was sich in der Beteiligung von 5.000 Menschen an der Beerdigung niederschlug.

Bereits während die Angehörigen die Leichen ihrer erschossenen Kinder aus Savur abgeholt hatten, waren sie von den Soldaten, -überwiegend Angehörige der berüchtigten Spezialtruppen- in ekelerregend zynischer Weise gedemütigt worden: "Ach ihr habt wohl ein Opfer geschlachtet, dann gibt es wohl morgen Fleisch" und bedroht worden: "Wenn ihr hier nicht wegzieht, werden eure Kinder irgendwo verscharrt."

Nachdem der Trauerzug den Saig zum Friedhof geleitet hatte

und den Weg zurück zur Moschee einschlug, um dort die Beerdigungsfestlichkeiten weiterzuführen, versperrte das Militär ihnen den Weg. Über Lautsprecher ertönte die Aufforderung, sich zu zerstreuen, bzw. in die Häuser zu gehen. Dies war jedoch gar nicht möglich, da das Militär selbst die Eingänge zu den Seitenstraßen besetzt hielt, und die Menge der 5.000 faktisch in der Hauptstraße eingekesselt war. Inzwischen fuhr das Militär auch mit Straßenpanzern auf. Die Soldaten begannen auf die Menge einzuprügeln und kurze Zeit später auch in die Menge zu schießen, die sich mit Steinwürfen wehrte. Augenzeugen berichten, daß einzelne Soldaten auch ganz gezielt auf ihnen bekannte Menschen im Trauerzug geschossen haben. Der 20-jährige Cemsettin Ciftci wurde erschossen, nachdem er bereits zu Boden getriggert worden war.

Bei den über 5 Stunden andauernden wurde noch ein weiterer Mann namens Oruc getötet, über 100 Personen verletzt, davon viele schwer; 6 Verwundete wurden mit schweren Verletzungen in die Universitätsklinik nach Diyarbakir gebracht, einer von ihnen

schwebt in Lebensgefahr. Viele der schwerer Verletzten konnten auch am folgenden Tag nicht behandelt werden, da das Militär faktisch eine Ausgangssperre verhängt hatte und sich niemand aus den Häusern traute. Bis zum Sonntagabend blieb die Stadt von massenhaft Soldaten, Angehörige der Spezialtruppen, besetzt, 3-4 Panzerfahrzeuge kontrollierten die Stadt, 4-500 Menschen waren am Donnerstag im Anschluß an die Auseinandersetzungen festgenommen worden, darunter 7-jährige Kinder, Frauen und Alte, die über 40 Stunden ohne Nahrung festgehalten wurden; derzeit ist nicht bekannt, wieviele von ihnen sich noch in Haft befinden.

Obwohl offiziell keine Ausgangssperre bestand, wurde jeder Bewohner, der sich auf die Straße traute, von den Soldaten bedroht, bzw. angeheulert. Menschen, die sich Brot kaufen wollten mit den Worten beleidigt "ihr seid doch Hunde, die Essen kein Brot". Bis zum Sonntagabend, als die Soldaten der Spezialteams aus der Stadt abzogen, blieben (außer einigen Zeitungskiosken) alle Läden in der Stadt geschlossen, was von den Bewohnern hinter der

Hand als "unsere Art des Generalstreiks" bezeichnet wurde. Am Samstag schlossen sich dem auch die Läden in Cizre und Silopi an. (In Silopi waren im September des vergangenen Jahres 9 Bewohner als "Terroristen" von Militärs erschossen worden, bei der Beerdigung kam es zu einem Aufstand, Besetzung des Gebäudes der türkischen Verwaltung und stundenlangen Auseinandersetzungen.)

Auch in der angrenzenden Stadt Kamisli, die auf syrischem Staatsgebiet liegt, hatten bereits am Donnerstag Tausende von Menschen demonstriert und sich an den Grenzbefestigungen aufgestellt, die den zu Syrien gehörigen Teil der eigentlich gemeinsamen kurdischen Stadt trennt.

Journalisten, die am Freitag nach Nusaybin kamen, wurde jeder Kontakt mit den Familien der Ermordeten verboten und verhindert sowie überhaupt Kontakte mit der Bevölkerung versucht zu verhindern. Filme wurden sämtlich beschlagnahmt, einige Journalisten, darunter eine ausländische Journalistin von Soldaten geschla-

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

- 10.3.90
 - Regierungspartei ANAP hat Angst vor vorgezogenen Wahlen.
 - Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten an der TU Istanbul. Die Studenten riefen: Die Universitäten sind Wissenschaftszentren, nicht Polizeireviere.?
 - Anklage zweier Polizisten wegen Folterung eines Arztes
 - Ablehnung des Antrages auf Freilassung im Kultu und Sargin Prozeß
- 11.3.90
 - Streik von 1700 Arbeitern in einer Reifenfabrik
 - Nationales Erziehungsministerium gab Schließung von 442 Schulen zu. Außerdem wurden 6 Schulen zum Zweck der Unterbringung von Soldaten geschlossen. (Alle Schulen befinden sich in Kurdistan -d.Ü.)
 - Auswanderungen aus Silopi wegen der Unterdrückung
 - SHP Bürgermeister klagen über finanziellen Druck der Regierung
 - Ca 11 000 Arbeiterinnen im Landwirtschaftssektor wollen streiken.
 - 10 000 Zementarbeiter sprachen sich für Streik aus.
- 13.3.90
 - Operation an der syrisch-türkischen Grenze: 5 Linke festgenommen
 - Verurteilungsrekord: 1989 wurden 400 Journalisten verurteilt.
 - Wasser in Istanbul ist knapp geworden.
- 14.3.90
 - 146 Offiziere aufgrund von islamisch-fundamentalistischen Aktivitäten aus der Luftwaffe entlassen
 - Der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift 2000e dogru wegen seines Artikels zur kurdischen Frage verhaftet.
 - Studenten protestierten in Bursa gegen den faschistischen Terror.
 - Drohende Streikwelle: Insgesamt 35 000 Arbeiter wollen streiken
- 15.3.90
 - Auseinandersetzung innerhalb des Kabinetts: Die Minister sind untereinander zerstritten.
 - Die Unternehmer sind besorgt: Das Parlament muß den Volkswillen widerspiegeln.
- 16.3.90
 - 108 Studenten in Bursa wegen verstoßes gegen das versammlungs- und Demonstrationsgesetz angeklagt
 - Boykottaktionen von 18 000 Zementarbeitern an 45 Arbeitsplätzen und von 10 000 Landwirtschaftsarbeiterinnen als Streikvorbereitung
- 17.3.90
 - Ausgedehnte religiöse Erziehung: Jährlich 4,5 Mio Bücher des Ministeriums für Religionsangelegenheiten kostenlos verteilt. Eröffnung und Planung neuer theologischer Hochschulen und Fakultäten. Initiative zur Einführung von Religionsunterricht im Fernsehen dauert an.
- 18.3.90
 - Journalisten, die die Vorfälle in Nusaybin vor Ort untersuchen wollten von Spezialeinheiten unter Druck gesetzt und bedroht.
- 19.3.90
 - (aus Hüriyet/Milliyet)
 - 90% der Grundschüler krank oder unterernährt
 - 20 Festnahmen in Nusaybin
 - 500 Studenten protestierten in Diyarbakir zum Jahrestag des Gistagsinsetsatzes in Halabja.
- 20.3.90
 - 10 000 Landwirtschaftsarbeiterinnen im Streik
- 21.3.90
 - Vaterlandsverräterprozeß? Der 1988 begonnene Prozeß, den der Schriftsteller Aziz Nesin gegen den ehem. Staatspräsidenten Evren wegen Beleidigung angestrengt hat, dauert an. Evren hatte gegen eine seiner Reden protestierende Intellektuelle als Vaterlandsverräter bezeichnet.
 - Leutnant Murat Baba, der Özal ein Telegramm mit dem Satz "ich kann mich nicht an Ihre Staatspräsidentenschaft gewöhnen? geschickt hatte und daraufhin ins Nervenzentrumhaus eingeliefert worden war, wird aus dem Militärarrest entlassen und erhält 28 Tage Disziplinarstrafe.
 - Ziel der islamischen Jugend: Alle Muslime in einem islamischen Staat unter der Scharia versammeln
 - Drei Tote in Cizre bei Protestdemonstration gegen Nusaybin-Vorfälle. Daraufhin wurde Ausgangssperre verhängt.
 - Zweiter Selbstmord eines Kindes innerhalb eines Jahres an der Koranschule in Denizli. Grund: Disziplinaßnahmen.
 - Als Maßnahme gegen den Zementarbeiterstreik wurden Importe von Zement beschlossen.

Freiheit für Ismail Besikci

gen. Sobald Einwohner von Nusaybin auf der Straße mit Journalisten sprachen wurde dies als "Menschenansammlung" auseinandergetrieben, bzw. gedroht "sprecht nur weiter, wenn ihr morgen hier die Leichen von Journalisten finden wollt". Auch den vier Abgeordneten des türkischen Parlaments darunter Ahmet Türk und Adnan Ekmen, die nach Nusaybin gekommen waren, wurde nicht gestattet, die Familien der Ermordeten aufzusuchen. Vor der elterlichen Wohnung des am Donnerstag erschossenen Cemsettin Ciftci wurde eine Videokamera angebracht, um Beileidsbesuche zu verhindern.

Erst am Sonntag abend verließen die Truppen der Spezialteams die Stadt.

Die militärische Besetzung Nusaybins -genauer wohl als Terroraktion der Spezialtruppen bezeichnet, findet zu einer Zeit statt, wo bereits seit Wochen weitere Zwangsumsiedlungsaktionen im türkisch-syrisch bzw. türkisch-irakischen Grenzgebiet gegenüber kurdischen Dörfern durchgeführt wurden. Die türkische Presse berichtete mehrfach, wie ganze kurdische Dörfer mitten während der Wintermonate aus ihren Häusern vertrieben wurden. Bekanntlich verfolgt auch die türkische Seite seit grauer Zeit eine Umsiedlungspolitik analog zu der des irakischen System, wo entlang der Grenze eine 30 km breite Gebiete vollständig entvölkert -kurdenfrei gemacht wurde.

Möglicherweise zielte der Terror gegen die Bewohner der 40.000 Einwohnerstadt Nusaybin auch darauf, diese zum "freiwilligen" Verlassen zu "bewegen".

Bemerkenswert für die Ereignisse der letzten Woche ist, daß die Stadt Nusaybin bzw. ihre Bewohner zu einem Zeitpunkt dem Terror der Spezialteams überlassen blieben als kein einziger Verantwortlicher an seinem Platz oder zu erreichen war: Innenminister Aksu befindet sich im Ausland, der "Supergouverneur" oder besser Kolonialminister Kozakcioglu, der seit Sommer 1987 mit umfangreichen Sondervollmachten die "unruhigen" kurdischen Provinzen verwaltet, war ebenso wenig am Platz wie sein Stellvertreter, der Gouverneur des in relativer Nähe zu Nusaybin gelegenen Diyarbakir. Selbst die örtlichen, von türkischer Seite eingesetzten Verwaltungsbeamten für Nusaybin waren nicht am Platz bzw., ließen sich verleugnen. 15 Morde, 40 Schwerverletzte, 3 Tage werden die 40.000 Bewohner dem Terror der Spezialtruppen ausgesetzt -aber kein Verantwortlicher ist auszumachen...

Die türkische Presse schwieg 3 Tage lang zu dem Vorfall, um dann auf eine "Verschlechterung der Beziehungen zu Syrien" hinzuweisen.

Bleibt in der BRD darauf hinzuweisen, daß diese Terrortruppen unter Einleitung deutscher Ausbilder von der GSG9, zum Teil sogar in der Bundesrepublik in den Kasernen der GSG 9 ausgebildet wurden, mit Hubschraubern von MBB in ihre "Einsatzgebiete" geflogen werden und mit Bundesdeutschen Waffen und Ausrüstungsmaterial bestückt sind.

Milena ERGEN

Kurdistan-Aktuell

Extra-Blatt zum Thema Inifada in Kurdistan herausgegeben von diversen Soligruppen

Bestelladresse: Türkei Info Postf. 910843 3000 Hannover 91

Der türkische Wissenschaftler Ismail Besikci, der für seine soziologischen Untersuchungen und Veröffentlichungen über Kurden und Kurdistan bekannt ist, wurde am 12.3.1990 erneut verhaftet. Die Staatsanwaltschaft fordert die Verurteilung Besikcis zu einer schweren Haftstrafe zwischen 7 1/2 und 15 Jahren. Das Staatssicherheitsgericht ordnete seine Einweisung in das Gefängnis Sagmalcilar/Istanbul an. Grund für seine Verhaftung ist sein im Alan Verlag in Istanbul vor kurzen erschienenes Buch "Internationale Kolonie Kurdistan".

Besikci mußte wegen seinen wissenschaftlichen Untersuchungen über Türkei-Kurdistan schon öfters lange Haftstrafe verbüßen. Schon 1971 ging er für 3 Jahre ins Gefängnis, weil er in seinem Buch "Die Ordnung Ost-Anatoliens" die repressive Kurdistanpolitik des türkischen Staates kritisiert hatte. 1974 in Folge einer Generalamnestie entlassen, machte Besikci sich daran, weitere wissenschaftliche Untersuchungen zu publizieren, u.a. zu der These der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung, nach der es keine Kurden, keine Zwangsumsiedlung in Kurdistan, keine neue kurdische Frage usw. gibt. 1977 mußte er für weitere 4 Jahre wegen seiner Bücher ins



Gefängnis. 1981 wird er freigelassen. Ismail Besikci schreibt 1981 einen Brief an die UNESCO und den Schriftstellerverband der Schweiz, indem er die Entscheidung der UNESCO kritisiert, das Jahr 1981 zum Atatürk-Jahr zu deklarieren. In diesem Brief führt die kemalistischen Grundlagen des staatlichen Terrors in Kurdistan aus. Auch dieser Brief hat eine Haftstrafe zugezogen. 1987 wird er freigelassen. Der zunächst für den 18. April festgesetzte Gerichtsverhandlung wurde auf Mai verschoben. (Die Verteidigungsrede von Besikci kann in türkischer Sprache von Türkei Information angefordert werden.)

Die Verhaftung Ismail Besikcis als Wissenschaftler zeigt die Entschlossenheit des türkischen Regimes, an der bisherigen Terrorpolitik in Kurdistan festzuhalten und keine demokratische Opposition zu dulden.

Wir, protestieren aufs Schärfste gegen die Verhaftung des Wissenschaftlers Besikci und fordern seine sofortige Freilassung.

Massenprozeß gegen Devrimci Sol

Lotte Incesu, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion DIE GRÜNEN, besuchte vom 31.3.-10.4. 1990 in Rahmen einer Delegationsreise die Türkei. Anlaß der Reise war der 1243 Angeklagte betreffende Devrimci Sol-Prozeß. Im folgenden Auszüge aus ihrem Delegationsbericht:

"Leider waren kurzfristig die Prozeßtermine am 3. und 6.4.90 abgesetzt worden. Am 13.4.90 wird jetzt das Gericht den Termin der Urteilsverkündung festsetzen. Eine inhaltliche Verhandlung findet nicht mehr statt. Zur Urteilsverkündung wird noch eine weitere Delegation in die Türkei reisen.

Wir haben derweil die Gelegenheit genutzt, Hintergrundinformationen zu sammeln.

Ein Gespräch mit den Rechtsanwältinnen im Dev-Sol-Verfahren ergab folgendes:

Der Prozeß wurde 1982 begonnen, nachdem seit 1980 1243 Angeklagte inhaftiert worden sind. Verhandelt wird immer noch vor dem Militärgericht. Im Verfahren hat es häufige Richterwechsel gegeben. Da es sich um ein Verfahren vor dem Militärgericht handelt, ist dies ohne weiteres willkürlich möglich. Das Recht auf einen gesetzlichen Richter existiert in diesem Verfahren praktisch nicht. Einer der Richter ist Soldat, ein weiterer ein rechtskundiger Militär, der übrige ein normaler Richter.

Es gibt mehrere Dev-Sol-Einzelverfahren, die zu einem Gesamtverfahren zusammengefaßt worden sind. Im 1. Dev-Sol-Prozeß sind 6 Angeklagte zum Tode verurteilt worden, die Strafe wurde nicht vollstreckt. In den anderen Dev-Sol-Verfahren sind noch keine Urteile ergangen. Für 182 Angeklagte hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt, für weitere sind lebenslänglich und Langzeitstrafen von 15-20 Jahren beantragt.

168 Angeklagte werden wegen § 146 tStGB angeklagt (ähnlich Hochverrat), 300 Angeklagte nach Art. 168 tStGB (Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande).

Wegen des Inhalts der Verteidigungsreden der Angeklagten vor Gericht sind auch noch zusätzliche Anklagen nach Art. 141 tStGB er-

folgt.

Anfang der 80er Jahre waren 50-60 Gefangene in einer Zelle untergebracht. Nach mehreren Hungerstreiks, bei denen 4 Gefangene ums Leben kamen, haben sich inzwischen die Haftbedingungen verbessert. Durch den Kampf der Häftlinge gegen die Einführung der Einheitskleidung wurde 2 Jahre lang der Prozeß in Abwesenheit der Angeklagten geführt. Wenn Angeklagte sich im Prozeß gegen den Staat äußerten, wurde sie von der Verhandlung ausgeschlossen.

Bis 1987 gab es bei Anwaltsbesuchen eine Trennscheibe zwischen VerteidigerInnen und Angeklagten. 1988/89 wurden Gespräche von Angeklagten mit ihren Anwältinnen an einem Tisch möglich, jedoch unter Aufsicht. Bis heute gibt es bei Besuchen von Familienangehörigen die Trennscheibe.

Die im Verfahren eingeführten Beweismittel sind den Anwältinnen häufig nicht im Original vorgelegt worden.

Bei Beginn des Dev-Sol-Verfahrens konnten nur Verwandte den Prozeß besuchen. Dabei mußten sie ihre Pässe vorlegen. Inzwischen gibt es aber keine Einschränkungen der Öffentlichkeit des Verfahrens.

Von den 1243 Angeklagten sind jedoch nur noch 48 inhaftiert. Der Rest wurde freigelassen und 4 sind geflohen.

Die Entlassung ist erfolgt, weil viele inzwischen schon 10 Jahre abgessenen haben und die zu erwartende Strafe unter Berücksichtigung von Halbstrafenregelung u.a. diese Haftdauer nicht übersteigt.

Die noch einsitzenden 48 Angeklagten sind von 10-15 Anwältinnen vertreten.

Nach Ansicht der Rechtsanwältinnen, mit denen wir sprachen, ist

mit der Verhängung von Todesstrafen nicht zu rechnen, obwohl die Staatsanwaltschaft gegen 182 diese beantragt hat. Dies ginge schon deshalb nicht, weil viele belastenden Aussagen durch Folter zustande gekommen wären.

Über diese Aussage war ich etwas überrascht. Zwar trifft es zu, daß nach der türkischen Strafprozeßordnung unter Folter erlangte Aussagen nicht verwendet werden dürfen, aber, wie aus Verfahren gegen angeklagte KurdInnen bekannt ist, spielt diese Vorschrift keine Rolle.

Dies führte uns zu der Frage, ob denn hinsichtlich der Verfahren gegen türkische und kurdische Organisationen, wie etwa die PKK, mit verschiedenem Maße gemessen werde. Diese Frage wurde von den Anwältinnen bejaht.

Die Anwältinnen führten die Freilassung der Dev-Sol-Angeklagten auf den großen politischen Druck (...) zurück.

Bezeichnend ist, daß, als ich dort war, in der Presse gemeldet wurde, daß der Nationale Sicherheitsrat der Türkei beschlossen hat, erstmals wieder Todesurteile zu vollstrecken und zwar gegen 43 PKKler!

Der Dev-Sol-Prozeß findet in einer Sporthalle statt, die voll von Wachsoldaten ist. Z.Zt. erscheinen nach Auskunft der Anwältinnen ca. 40 Angeklagte zu den Prozeßterminen. Angeklagte, die sich nicht zu Dev-Sol zugehörig fühlen, kommen nicht mehr regelmäßig zur Verhandlung.

Nach der Flucht von 4 Angeklagten wurde der Prozeß beschleunigt. Die Zahl der Prozeßtermine wurde verdoppelt, so daß das Verfahren nun früher als ursprünglich geplant zu Ende geht."

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

24.3.90

- Große Demonstration in Cizre: Tausende von Menschen demonstrierten. Streitkräfte griffen nicht an.
- Die an der syrischen Grenze festgenommenen DPK-Militanten (Rev. Kommunistische Partei - d.Ü.) wurden vor Staatssicherheitsgericht gestellt.

- Prozeßeröffnung gegen 60 TBKP-Mitglieder wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation.

- Nach 'Le Monde' hält die Türkei den Rekord an inhaftierten Journalisten.

- Große Schäden wegen Streiks in der Landwirtschaft

25.3.90

- Generalstabschef: Ich glaube nicht an den Erfolg der PKK. Wir werden neue Maßnahmen treffen.

- Im Südosten (Kurdistan - d.Ü.) ist die Arbeitslosigkeit um 33 % gestiegen. In 11 Städten wurden Investitionen gekürzt.

- Angriff der PKK auf Dorf: Lehrer getötet.

26.3.90

- In Kahramanmaraş haben PKK'ler eine Frau getötet und 9 Personen verletzt.

- Parteivorsitzende zu Kurdistan: Akbulut (ANAP): Es wird dort aufgehört. İnönü (SHP): Besorgniserregend. Demirel (DYP): Das sind Provokationen. Ecevit (DSP): Es ist eine Massenbewegung.

- Nach Ansicht der Zementunternehmer werden die Streiks von ausländischen Unternehmen angestiftet.

27.3.90

- Wieder Schule von PKK in Brand gesteckt

- Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Dorfschützern und PKK 2 PKK'ler getötet

- In Cizre ist die Spannung gestiegen, nachdem von 138 Festgenommenen der letzten großen Demonstration 49 verhaftet worden sind.

- Das ODTU Informatik-Zentrum (Mitteltos Technische Universität, - d.Ü.) und die in den USA lebenden islamischen Studenten belästern sich gegenseitig mit islamischem Gedankengut.

- Im Südosten beträgt das jährliche Prokopfeinkommen 500-600 Dollar.

- Frauenaktionen gegen Wasserknappheit in Istanbul

- Kleine Konfektionsproduzenten streiken

28.3.90

- Der Streik der Studenten in Diyarbakir geht weiter: 30 Studenten festgenommenen.

- Die in Diyarbakir, Kiziltepe, Derik, Silopi (Kurdistan - d.Ü.) festgenommenen 300 Personen wurden vor das Staatssicherheitsgericht gestellt.

- Das Nationale Sicherheitskonzil trifft sich unter Führung von Staatspräsident Özal

- Gipfeltreffen der Regierung, Gewerkschaftsdachverband Türk-Is und Arbeitgeberverbände wegen der Situation der Arbeiter

- İnönü wirft der Regierung in Sachen PKK Unfähigkeit vor.

- In Urfa wurden die Schultafeln zu Klassennummern umfunktioniert.

- Kurdischer Student in Izmir von Polizisten wegen studentischer Aktivitäten bedroht

- Gültigkeit des Reuegesetzes um 1 Jahr verlängert

- Streiks in Landwirtschaft und Zementfabriken dauern an.

29.3.90

- Gerangel in Regierungspartei ANAP

- Streik der Läden im Südosten (Kurdistan, - d.Ü.) weitet sich aus.

- In Mardin wurde ein PKK'ler getötet.

- Sicherheitsvorkehrungen vor Gymnasien (in Kurdistan - d.Ü.) verstärkt
- Zahl der Festgenommenen erhöhte sich auf 400.

- Bevölkerung im Südosten erwartet vom Fernsehen korrekte Nachrichten: Fernsehen sendete Archivrufnahmen von Bewaffneten als aktuelle Nachrichten.

- 30 Festnahmen wegen der Tötung der 9 Ingenieure in Elazig

- Streik der Glasfabrik in Denizli

- Protest der Arbeiter im Elektrizitätswerk in Istanbul

30.3.90

-In Kahramanmaraş wieder Lehrer von PKK getötet

- Regierungsumbildung: Adnan Kahveci wurde Finanzminister

- In Denizli schlug der Polizeipräsident einen Journalisten, der ihn fotografieren wollte.

- Protest der Bauern gegen Baumfällen

"Paradies zwischen Euphrat und Tigris?"



Eines der größten und ehrgeizigsten regionalen Entwicklungsprojekte, die weltweit jemals in Angriff genommen wurden, soll bis zum Jahre 2005 in Türkei-Kurdistan realisiert werden. Welche Bedeutung dieses von der Weltbank im Falle seiner Realisierung als "Paradies zwischen Euphrat und Tigris" verkaufte Riesenprojekt für das kurdische Volk hat und haben wird, welche unmittelbaren ökonomischen, politischen und militärischen Ziele mit diesem Projekt verbunden werden, welche sozialen Folgen das Projekt haben wird – das sind Fragen, die wir im Rahmen dieses Artikels erläutern werden. Zunächst aber:

Was ist GAP?

Das GAP (Güneydogu Anadolu Projesi = Südostanatolien-Projekt; von nun an nur die Abkürzung GAP) umfaßt die unteren Teile der beiden Flüsse Euphrat und Tigris und die zwischen den beiden Flüssen liegenden Ebenen. Die Projekt-Region erstreckt sich somit über sechs kurdische Provinzen: Adiyaman, Urfa, Mardin, Siirt, Diyarbakir und Gaziantep. Das Projektgebiet hat eine Fläche von 73000 qkm, ungefähr also zweieinhalb mal größer als die Fläche von Belgien. Die Gesamtplanung von GAP umfaßt 21 Staudämme, 17 Kraftwerke und ca. 30 große Bewässerungsanlagen, die in 13 einzelnen Unterprojekten zusammengefaßt sind. Laut Plan sollen nach Verwirklichung der Projekte, zusammengefaßt, eine Erhöhung des nationalen Wirtschaftseinkommens von 1 Billion 660 Milliarden Türkische Lira (1), der Baumwollproduktion von 600.000 Tonnen, der Obststränge um 660.000 Tonnen, der Gemüseproduktion um 3.513.000 Tonnen usw. erreicht 1.800.000 Ha. Land bewässert und hydroelektronische Leistung von 7557 Megawatt realisiert werden.

Zur Vorgeschichte des GAP

Die Geschichte des Südostanatolienprojekts geht bis in die 60'er Jahre zurück. Unter der Demirel-Regierung wurden damals die ersten Voruntersuchungen für das spätere GAP in Auftrag gegeben. Erst in den 70'er Jahren wurden die Pläne für einzelne Projekte zusammengefaßt und zu einem gigantischen Projekt unter dem Namen GAP ausgeweitet. Mit der Realisierung der einzelnen Teile des GAP fing man aber erst Ende der siebziger Jahre an. Nicht zufällig sind es die Jahre, in denen erste Anzeichen für das Erwachen des nationalen Bewußtseins des kurdischen Volkes zu beobachten waren. In dieser Zeit machte eine organisierte kurdische Jugendbewegung auf die "Unterentwicklung" der kurdischen Gebiete in der Türkei aufmerksam. Die jahrzehntelange Strategie der gezielten "Unterentwicklung" der "Osttürkei", die einzig und allein der Unterdrückung des kurdischen Volkes diene, das von der her-

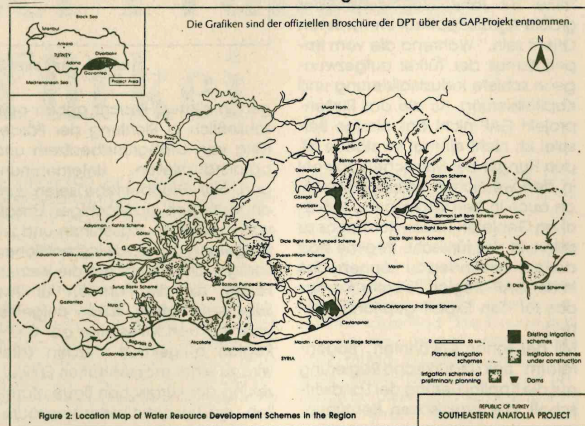
schenden offiziellen Ideologie "als Bergtürken" verleugnet wird und dessen Sprache und Kultur nach wie vor unterdrückt werden, soll nun durch ein Wirtschaftswunder – herbeigeführt durch GAP – das Land der Kurden zum "Brotkorb für den Nahen Osten" machen.

Zur ökonomischen und sozialen Lage in der GAP-Region

Laut Volkszählung von 1985 leben in der GAP-Region ca. 4,5 Millionen Menschen, d.h. weniger als die Hälfte der gesamten kurdischen Bevölkerung in Türkei-Kurdistan und ca. 8 % der Gesamtbevölkerung der Türkei. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Region beträgt nur 47 % des türkischen Durchschnittes. Ca. 45 % der Bevölkerung sind landlos, weniger als 1 % besitzt ca. 20 % des Grundbodens in der GAP-Region. Über 60 % der Bevölkerung besitzen weniger als 25 Hektar Boden. Die große Menge der Tagelöhner, die weit über 40 % der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, kommen zum großen Teil auch aus diesen Familien. Während der Mann und einige der Söhne z.B. zur Baumwollernt, Erdnußernt

oder anderen Saisonarbeiten unterwegs sind, sorgt der Rest der Familie für die Subsistenz. Von den knapp 5000 Dörfern der Provinzen Siirt, Diyarbakir, Mardin und Hakkari haben laut Statistik der türkischen staatlichen Planungsstelle von Sommer 1987 etwa 2200 Dörfer

Ärzte, in der Provinz Hakkari für etwa 183.000 Menschen 75 Krankenhausbetten und 40 Ärzte. Die Kindersterblichkeitsraten in der Region sind die höchsten in der Türkei. Ca. 10 % aller Kinder sterben in dieser Region. Auch die Mißgeburtsraten in der GAP-



keine, 1000 eine nur unzureichende Wasserversorgung. Über Stromanschluß verfügen nur ungefähr 1500 der fast 5000 Dörfer. Lediglich 737 Ortschaften sind an das Telefonnetz angeschlossen. In der Provinz Siirt gibt es für fast 525.000 Bewohner 88

Region übertreffen andere Regionen in der Türkei. Diese Zahlen drücken nur die schwere Last halbfeudaler Strukturen in der Region auf den Schultern der Frauen aus. Die gezielte Strategie der Herrschenden, die kurdischen Gebiete "unterentwickelt" zu halten, wobei die Rohstoffvorkommen der Region für im Westen der Türkei angesiedelte Industrie stark ausgebeutet werden, sollten die Entstehung eines verstärkten nationalen Bewußtseins unter Kurden verhindern. Die barbarische Ausbeutung und Unterdrückung der kurdischen Bauern durch Großgrundbesitzer, die die ökonomische und politische Stütze des kapitalistischen Systems in der GAP-Region bilden, die chauvinistische Unterdrückung seitens des türkischen Staates, die sich in offenem Terror gegen Kurden manifestiert, kurz die damit verbundenen unerträglichen Lebensbedingungen führen in der GAP-Region zu einer starken Landflucht. Diese läßt an den Rändern der Provinzhauptstädte ein gewalttätiges Arbeitslosenheer entstehen, das die türkische Regierung nicht etwa versucht, mit dem GAP aufzufangen. Im Gegenteil: Dies ist eine der Methoden, die demographische und ethnische Struktur der Region zu zerstören, sprich die unter der Armutschwelle lebenden Kurden zur "freiwilligen" Umsiedlung in den Westen der Türkei zu "überreden". Eine andere Methode sind die Pläne, wonach die über 5000 Dörfer und Ansiedlungen in der Region aufgelöst und in leichter kontrollierbaren "Wehrdörfern" zusammengefaßt werden sollen. Viehzucht und Landwirtschaft mit hauptsächlich autarkem Charakter bilden die wirtschaftliche Basis der Region. Es gibt aber auch große landwirtschaftliche Formen, die für den türkischen Binnenmarkt oder aber für den Export (z.B. Pistazien) produzieren. Die Temperaturen in diesem Gebiet sind sehr hoch, sie ähneln Steppentemperaturen, es gibt wenig Regenfälle. Dies wird auch für



Das riesige "Entwicklungsprojekt" in Kurdistan bedeutet für Kurden Zwangsumsiedlung, Entwurzelung und Vertreibung. Für die bedeutungsvollen kurdischen Kulturgüter bedeuten die Stausees im Rahmen des GAP Überschwemmung, Vernichtung und Streichung aus der Kulturgeschichte der Menschheit. So sollen die Kulturgüter in der Harranebene von m Stausee des "Atatürk"-Staudamms überschwemmt werden.

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

- 5.4.90
 - Streik der Ladenbesitzer in Lice dauert an, obwohl die Stadtverwaltung per Lautsprecherwagen zur Öffnung der Läden aufforderte.
 - Studenten vergleichen ihre Wohnheime mit Kasernen.
- 6.4.90
 - Protest wegen Pressezensur: Tageszeitung Sabah wurde daran gehindert, über einen neuen Zeugen für das Özal-Affentat (MHP'ler) zu berichten, da der Zeuge behauptet, das Attentat sei von der MHP (Graue Wölfe, -d.U.) vorbereitet worden.
 - In zwei Auseinandersetzungen mit der PKK 4 Tote
 - Streit um den 1. Mai in Türk-Is
- 7.4.90
 - Streit innerhalb der ANAP um Parteikongreß
 - Kutlu und Sargin beginnen Todesfasten, da ihr Antrag auf Freilassung abgelehnt wurde und das Verbot der KP nicht aufgehoben wird.
 - Harte Kritik des Internationalen Presse Institutes an Özal wegen Zensur und Polizeikontrolle für Journalisten
 - Bewaffnete Auseinandersetzungen in Siirt: 3 PKK'ler getötet.
 - Ausstellung über religiöse Veröffentlichungen in Ankara von Staatsminister und Kulturminister eröffnet.
 - Hungerstreik von 38 Arbeitern des Pera Palas Hotel, die wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen wurden gegen trotz Angriff der Polizei weiter.
- 8.4.90
 - Nach Einschätzung eines hohen Sicherheitsbeamten ist der Mörder des Journalisten Celin Emec ein islamischer Fundamentalist.
 - Hotelbedienstete in Istanbul im 4. Tag des Hungerstreiks
- 9.4.90
 - auf dem Parteikongreß der ANAP wurde Ministerpräsident Akbulut offen kritisiert.
 - Große Auseinandersetzung mit der PKK in Oymakkaya/Hakkari: 9 PKK'ler tot
 - Demirel: Das Dorfschützersystem ist nutzlos
 - 130 Studentinnen in Bolu festgenommen: Sie hatten auf einem Picknick den 1. Mai-Marsch gesungen.
- 10.4.90
 - Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen PKK und Dorfschützern von 2 Asirets (Clans): 21 PKK'ler tot, 15 verletzt gefangen genommen.
 - Protest von Gecekondubewohnern in Edirne gegen das Einreißen ihrer Häuser
- 11.4.90
 - Vom Ministerrat angenommenes "Vorsorgepaket" für den Südsten (Kurdistan- T.I.) wird durchgeführt: Der Gebietsgouverneur, Richter, Staatsanwälte und Militärpersonal haben u.a. folgende außerordentliche Befugnisse:
 - * Unliebsame Personen können aus dem Gebiet verbannt werden. Ein rechtlicher Einspruch dagegen ist nicht möglich.
 - * Der Gouverneur kontrolliert alle Nachrichten, die aus dem Gebiet kommen. Er kann Druckereien innerhalb und außerhalb des Gebietes schließen lassen.
 - Stimmen der Oppositionsführer zu den außerordentlichen Befugnissen:
 - Inönü: Die Zensur könne nicht akzeptiert werden. Davon sei auf dem Gipfeltreffen keine Rede gewesen. Zensur sei nur im Kriegszustand denkbar.
 - Demirel: Verbannung ist keine Lösung.
 - Der ehemalige Nationale Erziehungsminister H.C.Güzel soll Staatsgeheimnisse an eine Frau ausgeplaudert haben: Aufhebung seiner Immunität gefordert.
 - 1. Mai auf 6. Mai verschoben: Der 1. Mai soll ab diesem Jahr am 6. Mai als Kultur- und Frühlingsfest gefeiert werden, teilte das Kulturministerium mit.
 - Protest der Minenarbeiter in Yeni Celtek: Nach dem Grube-

schlechte Ernten verantwortlich gemacht.

Zur politischen Situation der GAP-Region

Die politische Hauptcharakteristik dieser Region ist wohl der Kampf zwischen der unterdrückten kurdischen Nation und den Herrschenden. Fast die ganze GAP-Region ist heute ein Schauplatz des brutalen Vernichtungskrieges der Herrschenden in der Türkei, dessen Opfer zumeist unschuldige kurdische Bauern sind. Seit die PKK (die kurdische Arbeiterpartei) den bewaffneten Kampf gegen das türkische Regime 1984 aufnahm, der bis jetzt hauptsächlich in der GAP-Region stattfindet, hat das türkische Regime über ein Drittel der türkischen Armee in der Region zusammengezogen und terrorisiert so die kurdische Bevölkerung. Von der GSG 9 ausgebildete "Spezialtruppen" machen regelrecht Jagd auf jeden Kurden und alles Kurdische. Der bewaffnete Kampf der PKK hat aber nun günstige Bedingungen für den massenhaften Kampf der Kurden gegen die nationale Unterdrückung geschaffen. Seit kurzem erproben die Kurden in dieser Region die massenhafte "Intifada" d.h. aus der potentiellen Instabilität der Region ist eine manifeste Instabilität geworden, die auch für das GAP Folgen haben dürfte.

GAP: Die Türkei erfüllt Vorgaben der Weltbank und des IWF

Die unmittelbaren ökonomischen Ziele, die von der türkischen Regierung mit dem Südanatolienprojekt verfolgt werden, dienen der Erfüllung der Vorgaben der Weltbank und des IWF, sprich einem Teil der Aufgaben, die im Rahmen der internationalen Arbeitstellung der Türkei zugewiesen werden. Schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatten IWF und Weltbank der Türkei "empfohlen", eine exportorientierte Politik zu verfolgen und die damit verbundenen ökonomischen und politischen Maßnahmen sofort einzuführen. Um einige der knallharten IWF-Forderungen zu nennen, die mit unserem Thema direkt zu tun haben:

- Steigerung der Landwirtschaftserträge, insbesondere auch durch vermehrten Einsatz von chemischen Düngemitteln.
- Ausbau der heimischen Energieproduktion, um Importe von Erdöl und Energie zu senken und damit die Zahlungsbilanz zu entlasten.
- Verbesserung der Bedingungen für ausländische Kapitalbeteiligungen und Finanzniederlassungen in der Türkei.

Diese und ähnliche Forderungen des IWF und der Weltbank (z.B. Lohnstopp usw.) konnten angesichts einer starken organisierten Volksoption nicht verwirklicht werden. Daher waren erst nach dem Militärputsch von 1980, sprich der Zerschlagung der Volksoption und der Gewerkschaften, die Bedingungen gegeben, um mit der Umsetzung der IWF-Forderungen in die Praxis zu beginnen. Die Intensivierung der Pläne zur Realisierung des GAP fällt auch in diese Zeit.

Durch die Bewässerung von 1,8 Millionen Hektar Land sollen nach Meinung türkischer Agrarexperten die Hektarerträge auf das 17,5-fache gesteigert werden. Vor allem Gemüse und Obst sollen angebaut

werden, aber auch Getreide. Die Produktion soll sich auf Märkte in der EG und vor allem im Nahen Osten orientieren. Auch die UdSSR, mit der vor kurzem ein Abkommen über Erdgaslieferungen gegen Naturalien abgeschlossen wurde, soll dem Absatz der Produkte aus der GAP-Region dienen.

Durch weitere Modernisierung der Anbaumethoden und -techniken, aber auch durch eine "Landreform", die ebenfalls im Rahmen des GAP vorgesehen ist und eine "Zentralisierung" der Landbesitze bewirken soll, soll sogar nach Meinung der GAP-Architekten eine Steigerung der Erträge auf das 50 - 60-fache möglich sein. Özal und die türkische Regierung setzen auf solche abenteuerlich überhöhten Wachstumsraten und wollen die Agrarausfuhren der Türkei von 1,7 auf 4 Milliarden Dollar steigern. Nach Meldung der FAZ "will die Türkei zur Jahrtausendwende der größte Agrarexporteur im vorderen Orient sein." Während die vom Imperialismus der Türkei aufgezwungene schiefe Industrialisierung und Kapitalisierung, für die das Riesensystem GAP nicht das einzige Beispiel ist, nicht einmal im Stande ist, den Hunger der Menschen, sowohl in den westlichen Ballungszentren, als auch in den vorwiegend ländlichen Gebieten Türkei-Kurdistans zu stillen, ist das türkische Regime stolz darauf, verkünden zu können, das in der GAP-Region "bereits Avocados für den Export gepflanzt werden."

Mit der schon erwähnten "Bodenreform" zielt die türkische Regierung auf die Kapitalisierung der Landwirtschaft, die praktischen Bemühun-

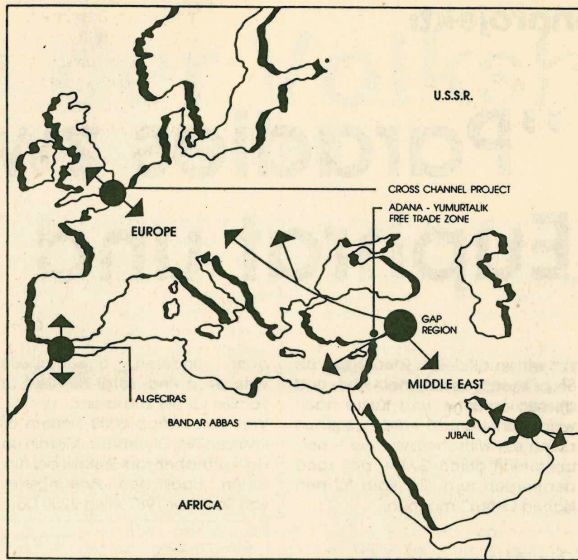


FIGURE 1: GAP'S INTERNATIONAL STRATEGIC LOCATION

gen in dieser Hinsicht gehen ausschließlich in Richtung der Förderung von Großgrundbesitzern und agrarindustriellen Unternehmungen. Nur Großbetriebe seien zum angestrebten großflächigen Einsatz von modernen Maschinen und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge fähig. Nicht nur die kleinen Felder, die die Familien für ihre Subsistenz nutzen, sollen aufgelöst und von den Investoren der GAP-Region aufgekauft werden (dies wird zu einer massenhaften Entwurzelung der kurdischen Bauernfamilien und unkontrollierter Verstädte-

rung führen), sondern auch etwa ein Viertel des Bewässerungslandes, das dem Staat gehört und etwa anderthalb mal so groß ist wie das Saarland.

"Nach Bekanntwerden der Bewässerungspläne tragen Bodenspekulanten auf, darunter Großgrundbesitzer aus der Cukurova, die für relativ geringes Geld den Landbesitz ganzer Dörfer in der Harran-Ebene erwarben." (Franz) Inzwischen ist Landerwerb in der Region genehmigungspflichtig, was die Spekulation jedoch eher einschränkt, ist die politische Unsicherheit in der Region. Der oben erwähnte Landbesitz des Staates sollte ursprünglich von der Regierung Özal an ausländische Agrobusiness-Unternehmen verkauft werden. Eine Verfassungsklage verhinderte dies. Jetzt soll das Land auf 55 bzw. 99 Jahre an ausländische Unternehmen verpachtet werden. "Ein Paradies für alle, die mit der Landwirtschaft zu tun haben", kommentierte der Abgeordnete des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, E. Klaus in der FR vom 1.12.89.

"Über 100 agroindustrielle Gesellschaften seien ins Leben gerufen worden mit Kapitalbeteiligungen aus dem Ausland, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten. Mehrere Anträge auf Kapitalinvestitionen lagen vor und werden von der Planorganisation ohne bürokratische Hemmnisse beauftragt." (BddW, 23.7.87 nach AK)

Eines der wirtschaftlichen Hauptziele des GAP ist die über den Bedarf im Inland hinausgehende Energieproduktion. Durch den Ausbau der türkischen Energieproduktion soll der Import von Erdöl und Energie aus der UdSSR und Bulgarien drastisch gesenkt werden, ja sogar nicht mehr nötig sein. Denn der Energiebedarf der Türkei beläuft sich laut des zuständigen "Amtes für Bewässerung und Wasserkraftnutzung" (DSI) auf 30 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr, aber nur 7 Milliarden werden bisher im Land produziert. Angeblich soll allein das Atatürk-Kraftwerk, an dessen Bau zur Zeit über 10.000 Menschen unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen (11 Stunden-Schicht usw.) schaffen und für dessen Fertigstellung ein Maschinenpark zusammengestellt wurde, der laut FAZ "als der größte, der jemals für ein einzelnes Bauprojekt zusammengestellt wurde" gilt, pro Jahr etwa 24 Milliarden Kilowattstunden liefern. Die Nennleistung des Atatürk-Kraftwerkes wird mit 2400 Megawatt angegeben. (Zum Vergleich: ein bundesdeutsches Standard-AKW hat 1200 Megawatt, würde in der Erstellung aber ebensoviel kosten,

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

nunglück, bei dem 68 Arbeiter getötet wurden, haben die Arbeiter nun seit 1 Monat keine Löhne und Zulagen mehr erhalten.

12.4.90

- Hasan Celal Güzel, dessen Immunität aufgehoben werden soll: "Ein politisches Komplott"

- Verstimmungen zwischen Bonn und Ankara wegen des Vorwurfs aus Bonn, 15 Diplomaten hätten in der BRD für den türkischen Geheimdienst MIT gearbeitet.

- PKK tötete 7 Personen (An dieser Stelle wollen wir anmerken, daß bereits früher solchen Meldungen zum Teil zu mißtrauen war, da sie oft vom Geheimdienst MIT lanciert werden. In diesen Tagen nach der Zensurenentscheidung der Regierung werden diese Mitteilungen noch suspekter, da Meldungen darüber, wieviele Personen das Militär ermordet, nun überhaupt nicht mehr veröffentlicht werden.-T.I.)

- Bombenanschläge auf zwei Gebäude der Regierungspartei ANAP. Slogans von Devrimci-Sol an den Wänden.

- 48-stündiger Solidaritätsschlichterstreik einer Gruppe Schriftsteller in Istanbul für Kutlu und Sargin.

13.4.90

- Auseinandersetzungen in der ANAP über die Süd-Ost-Entscheidung. 4 Abgeordnete aus dieser Gegend wollen zurücktreten, wenn die Entscheidung durchs Parlament kommt.

- Kritik der Arbeitgebervereinigung TÜSIAD an der Wirtschaftspolitik der Regierung

- Unterstützungskampagnen für Kutlu und Sargin im In- und Ausland

- Der Bürgermeister von Sanliurfa Halil Ibrahim Celik, Mitglied der islamischen Refah Partisi, wurde freigesprochen. Er war wegen seiner Äußerung: "Ich bin kein Kemalist, ich bin kein Vertreter des Laizismus, ich bin Muslim" angeklagt worden.

- Dorfwächter bei Sanliurfa getötet.

- Vorsitzender der Zementarbeitergewerkschaft Cimsis-Is: Die Regierung will den Streik brechen.

- Die Arbeiter, die wegen Mitgliedschaft in der unabhängigen Gewerkschaft Otomobil-Is entlassen und verhaftet worden waren, wurden von der politischen Polizei mit der Methode der Türkisch-Islamischen Synthese verhört: "Warum seid ihr Mitglieder einer linken Gewerkschaft? Seid ihr Muslime? Welches sind die Bedingungen des Islam? Faßt ihr?..."

14.4.90

- Weitere Auseinandersetzungen in der ANAP über Süd-Ost-Entscheidung

- Streik der Zementarbeiter von der Regierung ausgesetzt. Passiver Widerstand der Zementarbeiter: Die Arbeiter gingen in die Fabriken, aber arbeiteten nicht.

- Bewaffnete Auseinandersetzungen bei Tunceli: 2 tote "Terroristen", ein "Gefallener" bei den Sicherheitskräften.

- Staatsanwaltschaftliche Untersuchung wegen T-Shirts mit der Aufschrift "Ich kann mich nicht daran gewöhnen" eröffnet. (Gemeint ist "an die Staatspräsidentenschaft von Özal"-T.I.)

15.4.90

- Ein einziger Gouverneur für den ganzen Südosten. Befugnisse noch mehr ausgeweitet. Dem außerordentlichen Regionalgouverneur Kozakcioglu wurden sämtliche Befugnisse der Gouverneure von weiteren 11 Bezirken übertragen.

- Frauendemio in Istanbul für Kutlu und Sargin, die sich im 10. Tag ihres Todesfaßens befinden. 10 Personen, darunter ein 13-jähriges Kind festgenommen.

Politikerwitze: (aus Milliyet, 26.2.90)

Özal(*) wurde gefragt:

"Sagen Sie, verehren sie Atatürk?"

"Ja sehr, wer verehrt ihn nicht? Nur... da ist eben diese Sache mit dem Sultanat..." (Sultanat: Kaisertum im osman. Reich)

"Ja was ist denn mit dem Sultanat?"

Äh, tja, ich meine... wäre es nicht möglich gewesen, daß er es erst nach meiner Zeit aufgehoben hätte?"

Erdal İnönü (**) wurde gefragt:

"Wenn Sier morgens aufstehen, was machen Sie dann normalerweise als erstes?"

"Zuerst rasiere ich mich, dann frühstücke ich, dann gehe ich zu meiner Partei und trete zurück"

Inönü und Ecevit (***) sitzen eines Tages zusammen und spielen Karten. Einige Freunde interessieren sich für den Spielstand und fragen: "Wer gewinnt?"

Inönü antwortet: "Demirel (****)".

Demirel ist gestorben. Aber nach einem Monat taucht plötzlich der Todesengel Azrail auf und bringt Demirel zurück.

"Na sowas, werter Azrail was ist den los?" wird er gefragt.

Azrail schiebt Demirel vor sich her und meint:

"Also das habe ich vielleicht bereut, daß ich ihn mitgenommen habe. Nachdem der gekommen war, hat jeder im Jenseits angefangen, von Dingen zu reden wie 'Wahlen, Partei, Opposition, Macht, Ministerpräsident, Staatspräsident'. Wenn man das durchgehen läßt, werden sie es soweit bringen, daß sogar Gott noch mit Wahlen gestürzt wird. Am besten nehmt ihr ihn, er gehört Euch."

(*) Özal: Ehemaliger Ministerpräsident und jetziger Staatspräsident.

(**) İnönü: Vorsitzender der "Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP)", versucht seine Partei mit ständigen Rücktrittsdrohungen auf dem "rechten" Weg zu halten.

(***) Ecevit, Vorsitzender der sozialdemokratischen DSP.

(****) Demirel: Vorsitzender der konservativ-reaktionären "Partei des rechten Weges", DYP, die durch die Spaltung der "linken" Parteien zur stärksten Partei wurde, bereitet sich darauf vor, die Regierungspartei ANAP abzulösen.

«

wie das ganze Dammprojekt mit dem Atatürk-Kraftwerk) Zusätzlich zum Atatürk-Kraftwerk sollen aber im Rahmen des GAP weitere 16 Kraftwerke entstehen, bzw. sind zwei davon schon in Betrieb. Nach Beendigung des GAP, so der Plan, sollen insgesamt 7557 Megawatt pro Jahr erreicht werden, d. h. über die Hälfte der Energieproduktion soll ins Ausland gehen. Die staatliche Energiezentrale denkt schon jetzt an großangelegte Stromexporte in die arabischen Nachbarländer und selbst nach Italien. Planungen für Verbundnetz mit dem Irak, Syrien, Jordanien und Ägypten sind schon im Gange.

Auch an der Ansiedlung von verarbeitender Industrie mit modernem Marketing und Management in der GAP-Region wird gebastelt, d. h. es soll inmitten einer der ältesten Kulturlandschaften (die jetzt schon zerstört wird) ein Ballungszentrum moderner Technologie durch den Bau von Fabriken, Kühl- und Lagerhallen, Straßennetz usw. entstehen. Die Maßnahmen, mit denen die Regierung den angestrebten Strukturwandel in der Landwirtschaft durchsetzen will, "zielen in erster Linie darauf ab, die Rationalisierung voranzutreiben und die derzeit in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung in der verarbeitenden Industrie zu beschäftigen". (Nachrichten für den Außenhandel, 29.3.89) Tatsache ist schon jetzt, daß durch Entzug aller bisherigen Lebensgrundlagen für große Teile der kurdischen Bevölkerung anstelle der "versteckten Arbeitslosigkeit" in der Landwirtschaft offene Arbeitslosigkeit treten wird. Angeblich sollen durch das GAP 1 Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Nicht nur, daß diese Zahl verglichen mit über 20 % Arbeitslosen und einem großen Heer von Saisonarbeitern ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, sondern die entwurzelte kurdische Bevölkerung wird größtenteils diese Arbeitsplätze nicht bekommen. Sie werden die Kurden eher in den Westen der Türkei auf der Suche nach Arbeit vertrieben werden. Denn schon die über 10.000 Arbeiter wurden aus dem Westen der Türkei zum Bau des Atatürk-Damms geschleppt, d. h. Kurden werden grundsätzlich nicht beschäftigt.

Maximale Profite für das Auslandskapital

Schon seit längerem befinden sich die türkischen Verantwortlichen auf Weltreise, um Investoren und Kredite für das GAP anzuwerben. Denn ohne die maßgebliche Beteiligung des ausländischen Kapitals müßte die türkische Regierung das Riesenprojekt vergessen. Allein 18 Milliarden Dollar sollen die Staudammprojekte kosten. Der Finanzbedarf für das anvisierte langfristige Ausbauprogramm der Stromkapazitäten wird auf 130 bis 150 Milliarden Dollar geschätzt, so die FAZ vom 25.4.1989. Es liegt auf der Hand, daß die mit mittlerweile über 50 Milliarden Dollar verschuldete Türkei diese Summen nie selbst wird aufbringen können. Zu diesem Zwecke, d. h. um ausländisches Kapital anzuwerben, wurden viele Privilegien für Investoren in der GAP-Region geschaffen. In der GAP-Region brauchen Investoren, die in der übrigen Türkei üblich, nicht 40 % Eigenanteil sondern nur noch 30 % nachweisen, sie können 100 % der Investitionssumme absetzen, in übrigen Regionen beträgt dieser Prozentsatz 40 %. Sie dürfen über 80 % der Profite zurücktransferieren, sonst ist dies 49 % usw. usf.

All diese "Erleichterungen", sprich Maßnahmen zur Profitmaximierung, bewegen das Auslandskapital immer mehr, im GAP ein lukratives Geschäft zu entdecken. US-

Kapital, japanische Firmen, europäische Unternehmen, vor allem das BRD-Kapital versuchen sich einen erheblichen Anteil am GAP schon jetzt zu sichern. Für die elektrischen Anlagen des Atatürk-Staudamms sind z. B. die Schweizer Escher Wyss und Brown Boveri (Mannheim) Generalauftragnehmer, deutsche Unternehmen schicken Spezialfahrzeuge und -Maschinen, Siemens ist mit dem Auftrag für 640 km. Überlandleitung vom Atatürk-Kraftwerk nach Ankara dabei, die westdeutsche Philipp Holzmann bringt gemeinsam mit einer Schweizer und Belgischen Firma die notwendige Investitions-

(HAZ, 20.1.90) Seit Ende der 70er Jahre hat sich das Südostanatolienprojekt zum ersten systematischen Versuch entwickelt, die bis dahin bestehende Strategie der nackten Ausbeutung Kurdistans durch eine wirtschaftliche "Entwicklung" für die Region zu ergänzen. Der Master Plan, der im wesentlichen von einer japanischen Consulting-Firma und US-Experten entwickelt wurde, präsentiert eine "Entwicklungsregion", die zum wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Hebel gegen den kurdischen Befreiungskampf werden soll. Ohne zumindest partielle Verbesserung der miserablen sozialen

die Türkei in der Lage, die arabischen Länder, insbesondere Syrien und Irak, jeder Zeit unter Druck zu setzen. Denn 70 % der syrischen Stromversorgung hängt am Euphrat, und für den ganzen Norden des Landes ist er praktisch die einzige Bewässerungsquelle. Der Irak spricht von einer "Katastrophe", durch die Flußsperrung zur Füllung des Atatürk-Stausees seien 1,3 Mio. Hektar Ackerland von der Austrocknung bedroht. Die Türkei setzt die Waffe Wasser schon jetzt ein. Sie droht Syrien z. B., das Wasser des Euphrat zu sperren, sollte Syrien weiterhin die PKK unterstützen. Wenn die Washingtoner Prognose

hätten sie uns ohne Schwierigkeiten geben können. Dann sollten wir 3 mrd. TL. erhalten, nicht einmal die haben sie uns gegeben. Heute prozessieren wir um unserer Geld. Das sind zum Teil Leute, die 60 Jahre in ihrem Dorf gelebt haben, selbst wenn die die 3 mrd. (3 mio. DM) erhalten hätten, damit kann man sich doch heutzutage nirgendwo eine neue Existenz aufbauen.

Frage: Wo sind denn die Bewohner ihres Dorfes, heute, was machen sie?

Antwort: Gehen sie mal vor die Moschee, da wo die vielen Bettler sind, oder noch besser, vor das Kapakli Hotel, da wo sich jeden Morgen um sechs Uhr die Tagelöhner treffen, wen Sie dort auch fragen, es wird mit großer Wahrscheinlichkeit einer der Bewohner der überschwemmten Dörfer sein.

Frage: Hat man damals Druck auf sie ausgeübt, daß sie nach Aydin gehen?

Antwort: Man hat uns klipp und klar gesagt, daß wir nur Geld und Land bekommen, wenn wir nach Aydin gehen.

Frage: Wieviel Dörfer sind denn insgesamt überschwemmt?

Antwort: Das weiß ich nicht. Niemand sagt etwas genaues, damals waren es 10 Dörfer aus unserem Kreis, aber auch noch andere in den Nachbarkreisen. Die Ämter sagen ja bis zum letzten Moment nicht, was los ist.

Frage: Können denn diese Leute keine Arbeit an den GAP-Baustellen finden?

Antwort: Die nehmen uns nicht. Ich habe als Bürgermeister oft genug mit den Verantwortlichen geredet. Die sagen ganz offen, daß sie keine Arbeiter aus Urfa nehmen. Dann kommen sie hierher und kaufen ein und die Leute rennen ihnen nach, damit sie wenigstens ein bißchen Geld an ihnen verdienen. Ich habe auch einen Laden, aber ich sage denen ganz offen, entweder ihr nehmt alles von hier oder gar nichts. Wenn ihr unsere Arbeitskräfte nicht wollt, dann geht auch und kauft euren Kram woanders.

Frage: Was ist denn mit den Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des GAP?

Antwort: Von denen wissen wir nichts. Die Leute hier sollen entwurzelt werden, weiter nichts. Für uns gibt es keine Kurse oder so was. Ich sage Ihnen mal was, dieser Staudamm wird die Türkei vielleicht weiterbringen, aber uns hier nicht, das was da läuft hat nichts mit uns zu tun, wir zahlen nur dafür.

Fußnote: 1 - Mit dem Wert der türkischen Lira im Jahre 1986, auch die folgenden Lira-Angaben beziehen sich auf dieses Jahr

Verwendete Quellen:

- 1- Medico International, Report 7, GAP
- 2- Dünya, Hoffnung des Südostanatoliens: GAP, 30.4.1987, Seite 9, von Mustafa Küllu.
- 3- The Southeastern Anatolia Projekt Master Plan study, April 1989, sowie verschiedenes Werbematerial der türkischen Behörden.
- 4- Arbeiterkampf, 5. März 1990
- 5- FAZ, 25.4.1989
- 6- Frankfurter Rundschau, 2.1.90
- 7- Son Havadis, 27.4.1986
- 8- Murat Seker, GAP, Soziale und ökonomische Probleme, Verbo-Verlag, 1. Auflage, Mai 87
- 9- Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20.1.90



Die Kurden proben die Intifada: Cizre, Silopi und Nusaybin, kurdische Städte im Gebiet des Ausnahmezustands waren Schauplätze der ersten kurdischen Intifada, die vom bewaffneten Kampf der Guerilla vorbereitet wurde, der als die Hauptphase vor der Realisierung des GAP-Projekts gesehen wird.

summe für den Berecik-Dammbau auf und darf dafür 20 Jahre lang das Kraftwerk betreiben und die Gewinne abschöpfen. Kapitalkreise aus Westeuropa, Japan, USA, aber auch aus den Golfstaaten haben schon 350 Mio. Dollar in Bewässerungs- und Agrobusinessprojekte investiert. Trotzdem ist die Finanzierung des Gesamtprojektes noch nicht mal zu einem Bruchteil gewährleistet. Die Finanzierungsprobleme haben sogar inzwischen zu der Regelung geführt, daß Aufträge nur noch dann an türkische Firmen vergeben werden, wenn diese einen ausländischen Partner präsentieren können, der die Finanzierung abdeckt.

Politisches Ziel: Befriedung Kurdistans und imperialistische Interessensicherung

Die Ziele des türkischen Regimes beim GAP sind nicht nur auf ökonomische Ziele begrenzt. Erklärtes politisches Ziel ist die Befriedung Türkei-Kurdistans, "die Türkisierung des Südostens. Dazu soll die Ansiedlung hunderttausender Türken aus Westanatolien im Osten und die Umsiedlung ebenso vieler Kurden in den Westen des Landes beitragen - auf daß die Kurden nirgendwo mehr eine Mehrheit, sondern eine hoffentlich in ein, zwei Generationen assimilierte Minderheit sind."

wirtschaftlichen Lage der Region zu verbessern sehen die politisch nicht völlig bornierten Teile der Herrschenden in der Türkei, sowie ihre ausländischen "Berater" langfristig keine Chance, den Nationbildungsprozeß des kurdischen Volkes zu stoppen, ja auch nur den Krieg gegen die bewaffneten Einheiten der PKK zu gewinnen, der auch die wesentliche Gefahr für das GAP darstellt. (Siehe hierzu den Artikel "Die Kurdistanpolitik der türkischen Republik ist in einer Sackgasse: Wie weiter in T.Kurdistan?" in der Türkei-Information, Nr. 31 vom 15.1.90.)

Neben diesem wesentlichen politischen Ziel des türkischen Regimes ist mit dem GAP ein Ausbau der strategischen Rolle der Türkei für den Imperialismus, imperialistische Interessen in der Region zu sichern, in Übereinstimmung mit dem selben erzielt. Dies kann schon anhand des "Wasserstreits" zwischen Irak, Syrien und Türkei nachvollzogen werden.

In einer Studie des Washingtoner Zentrums für strategische und internationale Studien (CSIS) wird für das Jahr 2000 eine Wasserknappheit für den Nahen Osten prognostiziert. Danach wird nicht mehr das Öl dominantes Thema sein, sondern das Wasserproblem. Und genau mit der "Waffe Wasser" in der Hand ist

stimmen sollte (und sie scheint zu stimmen), dann wird die Türkei als im Interesse des Imperialismus aufsteigende Regionalmacht schon bald in der Lage sein, die ihr von den USA und Westeuropa zugewiesenen "Wächteraufgaben" im Nahen Osten effektiver als bis jetzt wahrzunehmen.

Anstelle des Schlußwortes:

Was bringt GAP den Menschen?

Interview mit dem Bürgermeister des Dorfes Cinarli, entnommen der Broschüre des Medico.

Frage: Seit wann sind sie hier in der Stadt?

Antwort: Unser Dorf ist 1983 evakuiert und dann überschwemmt worden, seitdem bin ich hier.

Frage: Was ist mit den Leuten geschehen, die aus ihrem Dorf fortgehen mußten? Haben sie Schadenersatz bekommen?

Antwort: Nein, bis heute noch nicht. Man wollte uns damals Land bei Aydin in Söke geben. Wir wollten aber hier in der Provinz Urfa bleiben, hier sind wir geboren und aufgewachsen, wir wollen hier nicht weg. Keiner aus unserem Dorf ist nach Aydin gegangen. Dort hätten wir sogar mehr Land bekommen als hier, aber sie haben sich auf keinerlei Verhandlungen eingelassen.

Frage: Warum wurde denn gerade auf Aydin bestanden?

Antwort: Unsere Dörfer sollten aufgelöst werden, wir sollten unsere Sprache, unsere Traditionen vergessen. Wir sind Kurden, sie wollen uns in den Westen schicken, damit wir uns anpassen. Wir wissen, daß es in der Nähe von Ceylanpınar hier in der Provinz Urfa brachliegendes Land in Staatsbesitz gibt. Das



diesem, das eigentlich Grund genug wäre, sich betroffen zu fühlen, hält der neue Gesetzentwurf noch eine Besonderheit für die Deutschen bereit: Er verpflichtet ein ganzes Heer von Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes zur Bespitzelung und Denunziation.

"(1) Öffentliche Stellen haben auf Ersuchen (...) den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden ihnen bekanntgewordene Umstände mitzuteilen.

(2) Öffentliche Stellen haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis von
1. dem Aufenthalt eines Ausländers, der weder eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung noch eine Duldung besitzt,
2. den Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung oder
3. einen sonstigen Ausweisungsgrund;..."

(§ 76 Ausländergesetzentwurf)
Das nähere soll in einer Rechtsverordnung des Bundesministers des Inneren geregelt werden:

"(4) Der Bundesminister des Inneren bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, daß die

1. Meldebehörden,
2. Staatsangehörigkeitsbehörden,
3. Paß- und Personalausweisbehörden,
4. Sozial- und Jugendämter,
5. Justiz-, Polizei- und Ordnungsbehörden,
6. Arbeitsämter,
7. Finanz- und Hauptzollämter und
8. Gewerbebehörden

EIN HEER VON SPITZELN UND DENUNZIAN TEN

ohne Ersuchen den Ausländerbehörden personenbezogene Informationen von Ausländern, Amtshandlungen und sonstige Maßnahmen gegenüber Ausländern und sonstige Erkenntnisse über Ausländer mitzuteilen haben, soweit diese Angaben zur Erfüllung der Aufgaben der Ausländerbehörden nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich sind." (§ 76 Abs.4 Ausländergesetzentwurf)

Was bedeutet dies nun in der Praxis? Alle irgendwo im öffentlichen Bereich arbeitenden Institutionen und Einzelpersonen sind dazu verpflichtet, auch ohne Anfrage der Ausländerbehörden selbständig alles mitzuteilen, was einen Ausweisungsgrund (dazu unten noch näheres) darstellen könnte. Zu öffentlichen Stellen zählen nach der üblichen rechtlichen Definition nicht nur Körperschaften, Anstalten, Stiftungen, sondern auch private Unter-

nehmen und Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. D.h. jeder Taxifahrer, jeder Lehrer, jede Erzieherin ist verpflichtet, zu denunzieren, sobald sie zu Erkenntnissen gelangen, die einen möglichen Ausweisungsgrund darstellen.

Ausweisungsgründe sind nach dem neuen Gesetzentwurf nicht nur beispielsweise der Bezug von Sozialhilfe, der Bezug von Arbeitslosengeld von mehr als 3 Jahren, oder die nicht ausreichende Quadratmeterzahl der Wohnung, Ausweisungsgründe sind auch folgendes:
Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt."

(§ 45 Abs.1 Ausländergesetzentwurf)
Was unter "öffentlicher Sicherheit" zu verstehen ist, darüber gibt das Polizeirecht Auskunft:
"die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte

und Rechtsgüter des Einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt."

(Drews/Wacke/Vogel/Marfens, Gefahrenabwehr, 9.Aufl., S.232)
Letztendlich ist darunter die Rechtsordnung als Ganze zu verstehen. Dementsprechend auch der § 46/2 des Entwurfes, der eine Ausweisung "insbesondere" dann vorsieht, wenn der Ausländer "einen nicht nur vereinzelt oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begangen...hat."

Nun, bei der Rechtsordnung der BRD handelt es sich allein bei den Verfassungsgesetzen und Verwaltungsgesetzen um 971 Gesetzestexte, das geschriebene Gesetzes- und Verordnungsrecht dürfte etwa das 20fache betragen.

"Der Ausländer" muß jedoch nicht nur die gesamte "öffentliche Sicherheit" in Form der deutschen Rechtsordnung beachten, um keinen Ausweisungsgrund zu liefern, er darf auch nicht gegen die "öffentliche Ordnung" verstoßen. Die öffentliche Ordnung aber ist die "Gesamtheit jener ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beobachtung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten staatsbürgerlichen Gemeinschaftslebens betrachtet wird."

(ProVG 91, 139, 140)
"Der Ausländer" hat somit nicht nur die geschriebenen, sondern auch die ungeschriebenen Verhaltensregeln zu befolgen, er hat sich ständig auf dem Laufenden zu halten, welches die jeweils gerade gültigen "herrschenden Anschauungen" sind.

Diese Vorschriften sind geeignet, jeden mißliebigen oder für ökonomische oder politische Interessen "überflüssigen", "Ausländer" willkürlich auszuweisen. Sie erhöhen den Assimilationsdruck und machen jeden Versuch, auch nur Teile der eigenen Kultur zu bewahren zu einer äußerst gefährlichen Angelegenheit.

Daß der neue Ausländergesetzentwurf in diesem Sinne "integrationsfreundlich" ist, wird auch in seiner Begründung verdeutlicht:

"Die Ausweisung wird verschiedentlich als integrationsfeindlich und den Aufenthaltsstatus der Ausländer verunsichernd kritisiert. Das Recht der Ausweisung ist indessen nicht nur ein unverzichtbares Mittel zum Schutz der Interessen der Bundesrepublik Deutschland, sondern dient zugleich der rechtlichen Absicherung des Ausländern gewährten Aufenthalts, in dem es ihnen Klarheit über die möglichen Gründe der Aufenthaltsbeendigung gibt. Dadurch wird es Ausländern möglich, ihren Aufenthalt im Bundesgebiet so zu gestalten, daß sie keinen Anlaß für eine Aufenthaltsbeendigung bieten.

Schon deshalb ist das Ausweisungsrecht nicht integrationsfeindlich, sondern eine - zumutbare - Grundlage der Integration. Wer sich innerhalb der Grenzen der Ausweisungsgründe hält, ist vor einer Ausweisung geschützt." (BT-Drucksache 11/6321, S. 49/50)

Klärung an alle hier lebenden ImmigrantInnen. Und die Aufgabe der Deutschen soll es sein, diesen "Feind" zu bespitzeln und zu denunzieren.

Daß dieses menschenverachtende Vorhaben mißlingt, dafür wird es nach Verabschiedung des Gesetzes mehr bedürfen, als nur verbal zu protestieren und zu demonstrieren. Eine unterstützens- und nachahmenswerte Aktion haben Hamburger Gruppen mit der "Hamburger Erklärung der Mitarbeiter/-innen und Angestellten in öffentlichen Stellen" initiiert. (Siehe Kasten)
(Alle Gesetzestexte und juristischen Wertungen in diesem Artikel aus dem Referat von RA Gerhard Strafe, Hamburg, gehalten auf dem Kongreß "Ausgegrenzt" am 29./30.3.90 in West-Berlin)

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

- Buch mit dem Titel 'Interstaatliche Kolonie Kurdistan' des türkischen Wissenschaftlers Ismail Besikli beschlagnahmt. Besikli festgenommen.
- Gewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter: Unsere einzige Sorge ist nicht das Geld. Zu Verhandlung stehen weitere 52 Punkte.

31.3.90

- Gerangel in der Regierung wegen Ernennung Adnan Kahveci's zum Finanzminister
- Streik der Geschäftsinhaber in Diyarbakir: 15 Festnahmen
- Studentin (Kurdin- d.Ü.) verbrannte sich selbst (aus Protest- d.Ü.)
- 4 Personen wurden wegen Nervozufuhr festgenommen
- 480 ArbeiterInnen wurden von Textilarbeitergeber nach 2-monatiger Arbeit ohne Lohn vor die Tür gesetzt.

1.4.90

- Verbotssesseln für die Jugend: Nach dem 12.September 80 wurde die Jugend mit tausenden von Verboten belegt. Kaum soziale oder kulturelle Aktivitäten möglich. Studentenwohnheime im Osten wie Konzentrationslager. Strenge Kontrolle der Eltern, um Jugendliche von Politik fernzuhalten.
- Zensur auf dem 9.Filmfestival in Istanbul. Der Film 'Verdunkelungsnächte' von Rifat Ilgaz wurde verboten.
- Unternehmer für vorgezogene Wahlen
- Unterschriftenkampagne für Ismail Besikli

2.4.90

- Der Journalist von Milliyet Prof.Dr. Mümtaz Soyas behauptet, daß die Kurden alle Rechte hätten.
- Kein konkretes Ergebnis beim Gipfeltreffen wegen Terror im Südoosten
- 33 Personen, davon ein Iraner wurden in Istanbul, Ankara und malatya wegen Zugehörigkeit zur Islamisch-Kurdischen Partei festgenommen.

3.4.90

- 9 Personen von PKK entführt
- Elektrizitätswerke werden stufenweise privatisiert.
- Streik von 735 Arbeitern in Reifenfabrik in Izmit
- Lehrer sollen dafür sorgen, daß die türkische Fahne auch am Wochenende an den Schulen hängt.

4.4.90

- Inönü: Wir vertrauen der Regierung nicht
- Nach Meinung Demirels gibt es keine staatliche Autorität in der Türkei.
- Die Streitkräfte in Batman haben die bestroffenen Läden mit Gewalt geöffnet.
- Festnahme von 21 Studenten wegen Nervozufuhr in Ankara
- Diskussion um die Vollstreckung der im Parlament noch zu bestätigenden 267 Todesstrafen
- Regierung hat innerhalb von 6 Jahren 18 000 Dorfwächter angeworben.

- Das Staatssicherheitsgericht in Ankara spricht 17 wegen unerlaubter Demonstration für das Tragen von Kopftüchern angeklagte Personen frei.
- Streik in Sodabetrieben
- Gewerkschaftsdachverband Türk-İs möchte den 1.Mai in geschlossenen Räumen feiern

Demokratie für alle!

Auf dem Kongreß "Ausgegrenzt" am 30. März 1990 verabschiedete Resolution

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Veränderungen hat die von der Bundesregierung seit Jahren betriebene "Neuregelung des Ausländerrechtes" einen neuen Stellenwert bekommen. Die vorgesehene, im gesetzgeberischen Eilverfahren betriebene Verabschiedung des "Entwurfes für ein neues Ausländergesetz" (sog. "Schäuble-Entwurf") ist zum Transmissionsriemen beim Neuaufbau eines "Staates der Deutschen" geworden:

1. Noch bevor die Diskussion über die Inhalte der Verfassung eines geeinten Deutschlands überhaupt begonnen hat, soll gesetzlich festgeschrieben werden, daß es zukünftig eine Spaltung in der Bevölkerung in zwei Gruppen geben soll: Auf der einen Seite deutsche Bürger und Bürgerinnen, die in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat leben, und auf der anderen Seite Nicht-Deutsche, die sich im "Geltungsbereich des Ausländergesetzes" aufhalten dürfen, wenn es ökonomische Erfordernisse oder politische Opportunität geboten erscheinen lassen. Der im Entwurf zum neuen Ausländergesetz vorgeschriebene Zwang zur Einbürgerung, um gleiche Rechte wie Deutsche zu erhalten, und das "Rotationsprinzip" mit der befristeten und zweckgebunden Aufenthaltsgenehmigung drücken die Zementierung dieser Spaltung in drastischer Form aus.

2. Noch bevor über föderalistische Strukturen in einem geeinten Deutschland entschieden wird, soll mit dem neuen Ausländergesetz festgeschrieben werden, daß die ausländerpolitische Zentralgewalt mit weitreichenden Kompetenzen ausschließlich bei der Bundesregierung liegt. Damit werden liberalere Regelungen, wie sie in der Vergangenheit von einzelnen Bundesländern praktiziert werden konnten oder in den "Leitlinien für die Ausländerpolitik" des zentralen Runden Tisches in der DDR vorgesehen sind, zukünftig ausgeschlossen.

3. Angesichts der im Zusammenhang mit der Einigung Deutschlands zu erwartenden sozialen Spannungen und Konflikten sollen durch die Zementierung der politischen, rechtlichen und sozialen Ungleichheit hier lebende ImmigrantInnen und Flüchtlinge schon vorab als Objekte von Vorurteilen festgelegt werden. Mit der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes werden durch Ausgrenzung jetzt die "Sündenböcke" geschaffen, auf die zukünftig Spannungen abgeleitet werden sollen.

In der aktuellen Situation weiter die Verabschiedung des Ausländergesetzes zu betreiben, bedeutet deshalb, daß friedliche Zusammenleben aller zukünftig in dieser Gesellschaft lebenden Menschen zu verhindern und Nationalismus und Rassismus zu fördern.

Unabhängig von allen grundsätzlichen Bedenken gegen ein Ausländergesetz fordern wir aufgrund der aktuellen Situation

- den Bundestag und besonders die Bundestagspräsidentin auf, das Gesetzgebungsverfahren zum neuen Ausländergesetz sofort auszusetzen,
- dem Bundestag und vor allem die im Innenausschuß des Bundesrates die Mehrheit bildenden SPD-geführten Bundesländer auf, alle Möglichkeiten zur Verhinderung der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes im Eilverfahren auszunutzen,
- den Bundespräsidenten auf, seine Amtautorität in Verantwortung für den inneren Frieden dafür einzusetzen, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzes, das auf Widerstand und Bedenken bei allen in der Ausländerarbeit engagierten gesellschaftlichen Gruppen stößt, das gesetzgeberische Eilverfahren gestoppt wird.

Anstatt eine Politik der Verschärfung von Nationalismus und nationalstaatlichem Egoismus zu betreiben, fordern wir die Bundesregierung auf, den vorliegenden "Entwurf zu einem neuen Ausländerrecht" ersatzlos zurückzuziehen.

Um zukünftig das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, ist es notwendig,

- einen Schlußstrich unter die bisherige, an ökonomischen und nationalstaatlichen Interessen orientierte "Ausländer- und Asylpolitik" zu ziehen,
- auf eine nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen diskriminierende und ausgrenzende Sondergesetzgebung zu verzichten,
- weder die BRD noch Europa zu einer Festung auszubauen, sondern die Grenzen für Asylsuchende und Flüchtlinge offenzuhalten; alle in Europa lebenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge müssen gleichberechtigt sein,
- einer an den Grund- und Menschenrechten orientierten Politik der politischen, rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen uneingeschränkt Geltung zu verschaffen.

Kongreß "Ausgegrenzt" am 29/30. 3. 1990 in Westberlin

Diese Vorschriften sind nichts anderes als eine innerstaatliche Feinder-

hauptung gestoppt wird, Religion bedeute Liebe und Brüderlichkeit, eine "Denkweise" entsteht, die gegen jegliches fortschrittliche Denken eingestellt ist. Die Verstärkung dieser Geisteshaltung wird in der "laizistischen" Mittelstufe dank der "muslimischen" Lehrer des nationalen Erziehungsministeriums nicht nur im Religionsunterricht sondern auch in Fächern wie Biologie, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften immer ausgedehnter. Die vom Ministerium für Religionsangelegenheiten eingesetzten offiziellen "Korankurse", und an Stellen, wo diese nicht ausreichen die "privaten" Korankurse, zeigen, bis wohin diese indoktrinierte Politik reicht.

Die staatliche Politik der religiösen Indoktrination bleibt nicht im Rahmen der Erziehungseinrichtungen stehen. In jedem Stadtviertel, in jedem Dorf richtet sich eine Moschee neben der anderen auf und die Imams, die Beamten, des Staates lehren dort Menschen jeden Alters "Religion". Die kleinen Moscheen dagegen, die von den staatlichen Ämtern getrennt sind, zeigen den Beamten lebendig den konkreten Zusammenhang zwischen religiös sein und "vom Segen des Staates profitieren können". Die "Islamischen Stiftungen", die überall wie Plize aus dem Boden schießen, wetzeln darum, der Religion zu dienen. Die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt, die sich zusätzlich in dieser Politik einfügt, dagegen verbreitet in den Sendungen außerhalb der Religions-sendungen -gespräche, Kindererziehung usw. - in zunehmend höheren Dosen religiöse Botschaften.

Diese von der Hand des Staates geführte Politik der "religiösen Indoktrination" schafft, "konservative Geisteshaltungen" die neben dem Sozialismus sogar gegen den Laizismus Reaktionen hervorrufen können, der eigentlich geschichtlich gesehen ein Element des Liberalismus ist, und zielt darauf ab, die Entwicklung fortschrittlicher Gedanken, noch bevor sie in den Köpfen der Menschen entstanden sind, zu unterbinden. Das größte ideologische Hindernis, das vor den Sozialismus gestellt werden kann, ist eine zunehmend größer werdende "konservative" Masse.

Und dieser "religiöse" Konservatismus wird nur für die Kinder aus dem Volk als geeignet angesehen. Sektenanhänger wie Adnan Hoca, der versuchte, Kindern von Reichen religiöse Gedanken einzupflanzen, wird als jemand angesehen, der seine Grenzen überschreitet.

Demokratie- und Antimperialismusbehauptungen im Islam

Die islamische Bewegung in der Türkei nur als eine Entwicklung zu zeigen, die mit der Hand des Staates von oben eingeführt wird, reicht nicht aus, die ganze Wahrheit zu begreifen. Obwohl der Islam, der als Volksreligion seit Jahrhunderten existierten und der sich meistens in Form von Dervischorden organisierte, eigentlich eine Bewegung ist, die von der Basis kommt, ist er heute eine der wichtigsten Stützen der politischen Machthaber. Eine für die Türkei der 80er Jahre neue "Ideologie außerhalb von Orden", die versucht, den Islam zu erneuern, indem sie ihn mit aktuellen ideologischen Aussagen ausstattet, hat sich von einem unterschiedlichen Punkt aus in den Verlauf eingemischt.

Der "Islam außerhalb von Orden" bemüht sich, sich die Unter-

stützung der gewünschten sozialen Schichten zu sichern, indem die Religion in eine politische Ideologie umgewandelt wird. Diese Art islamische Ideologie besitzt ein theokratisches politisches Machtmodell, das die Scharia zur Grundlage nimmt, eine soziale Utopie, die das Gesellschaftsmodell (den ersten Islam) aus der Zeit Mohammeds als Ideal annimmt. Mit dieser Form hat die neue islamische Ideologie "außerhalb von Orden" einen radikalen und gegen den Status Quo stehenden äußeren Schein erreicht. Die politischen Machthaber werden kritisiert, weil sie die Regeln der Scharia nicht ganz genau anwenden, und wenn es wird behauptet, daß mit der Schaffung eines "richtigen" Islam der Gedanke einer freien und gerechten Gesellschaft verwirklicht wird. Diese Ideologie zielt darauf ab, ohne die Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen des Kapitalismus in ihrem Wesen anzugreifen, in diese Produktionsform einen zum Westen unterschiedlichen Überbau zu integrieren.



Von ihren Ideologen aufgebrachte Scharia-Anhänger: Sie sind das Haupthindernis der Zukunft vor jeglichem Fortschritt in der Türkei...

Die sozialen Gruppen, die die Unterstützer der islamischen Bewegung in der Türkei darstellen, sind die traditionelle Mittelklasse und ferner kleine Bourgeoisiegruppchen, die bis heute innerhalb der Macht keinen sicheren Platz gewinnen konnten. Der Teil dagegen, der versucht, die Ideologie durch Mobilisierung in den Zustand einer "Macht der Straße" zu versetzen, ist der Teil, der, vom Land in die Stadt gewandert und dort in die marginalen Gebiete gedrängt, die traditionelle ländliche Kultur auf städtischem Feld - wenn auch mit unterschiedlichem Inhalt - von neuem aufleben lassen will.

Die in solch einer Zusammensetzung entstehende neue islamische Ideologie ist mit der Notwendigkeit konfrontiert, daß sie neue ideologische Erklärungen entwickeln muß, die Ziele haben, die der Ideologie nicht entsprechen. Diese Notwendigkeit zwingt dazu, sich in der Form einer politischen Oppositionsideologie zu sehen, die einerseits sich selbst in der Macht eine Plattform öffnen wird -oder, wenn sie erfolgreich ist, selbst an der Macht sein wird. Andererseits versucht man, um die Massen als Unterstützung in diese Richtung zu mobilisieren, "Demokratie" und "Anti-Imperialismus" Erklärungen der eigenen Ideologie hinzuzufügen. In der Bemühung, eine politische Oppositionsideologie darzustellen, hat der Islam bei dem Versuch die Massen zu erreichen mit Botschaften wie "antimperialistisch" und "auf der Seite der Demokratie zu sein", unter den Sozialisten in der Türkei eine ernsthafte politische Verwirrung verursacht.

Mit der These, daß der Islam mit "Demokratie" zu vereinbaren sei, versucht man zu beweisen, indem man den "Toleranz"grundsatz des Islam hervorzieht. Ohne daß die

"Toleranz", mit der der Islam sich auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Individuen beschäftigt, in irgendeiner Form untersucht wird, wird dieser Grundsatz in Demokratie, die ja eine politische Regierungsform ist, umgewandelt. Aber jede islamische Ideologie verteidigt, in ihrem Wesen von "Gott" festgelegt, die "absoluten", "unveränderlichen" Wahrheiten. Diese "göttlichen Wahrheiten" zu kennen, ist nicht Sache der Menschen, sondern ausschließlich Sache der Geistlichen. Die Wahrheiten werden nicht vom Individuum, von Klassen oder gar vom Volk, sondern nur von Gott geregelt. Gegen den, der sich gegen diese Wahrheiten stellt, gibt es nur eine Sache zu sagen: "Der Finger, den die Scharia abschneidet, tut nicht weh!" Wenn die in der Gesellschaft lebenden Arbeiter und Werktätigen, das Volk nicht das Recht besitzen, neue "Wahrheiten" in ihrem eigenen Interesse festzulegen, was ist das dann für eine "Demokratie"?

Unter den politischen Botschaften der islamischen Ideologie gibt es ein anderes wichtiges Thema, den "Antimperialismus". Der Antimperialismus dieser Ideologie ist eigentlich eine Verteidigungsreaktion, die gegen die westliche Kultur entwickelt wurde. Was der Islam Imperialismus nennt, sind kulturelle Elemente, die mit der westlichen Zivilisation gleichgesetzt werden, wie Materialismus, Sittenlosigkeit, Prostitution, Niedergang der Familie, Anbetung von Geld. Die westliche Lebensweise zu übernehmen heißt, diese aufgezählten Dinge zu übernehmen. Von seinen klassenmäßigen Grundlagen abstrahiert, ganz einfach in einen Westen-Islam Gegensatz umgewandelt, wird dieser kulturelle Gegensatz als "Antimperialismus" charakterisiert. Der Imperialismus wird auf eine einfache kulturelle Expansionspolitik reduziert, in dem er aus der Organisationsform des unterentwickelten Kapitalismus mit dem innerhalb der Produktionsentwicklung entwickelten Kapitalismus herausgelöst wird und somit aus seinen Ausbeutungsbeziehungen. Auf diese Weise wurde der "Antimperialismus" des Islam vom "Antikapitalismus" abstrahiert/losgelöst und zu einem auf eine Herrschaftsbeziehung zwischen den Kulturen reduzierter "West-Gegensatz". Die Bemühungen der islamischen Ideologie, ihr "Demokratie"- und "Antimperialismus"verständnis und ihre eigenen Erklärungen aufeinander abzustimmen, nur als Bemühungen zu charakterisieren, die dazu dienen, sich die Unterstützung der Massen zu sichern, wäre eine unzureichende und noch mehr, eine gefährliche Bewertung. Denn ein nur auf dieser Ebene definierter Islam könnte mit Leichtigkeit in die Lage eines natürlichen Verbündeten der sozialistischen Ideologie kommen.

Die politische Organisation der islamischen Bewegung

Wie die politische Ideologie der islamischen Bewegung, so nimmt auch ihr politisches Organisationsverständnis in einer "modernen" Bedingungen geeigneten Form neue Ausmaße an. Das Ziel der Organisation ist es ohnehin, das traditionelle islamische Glaubenssystem, das im täglichen Leben der Massen, in ihrer Kultur enthalten ist, in eine politische Ideologie umzuwandeln. Das Bemühen, dieses Ziel durch die Schaffung einer politischen Partei zu verwirklichen, findet heute wenig Anklang. Soviele Islamanhänger auch in der Wohlstandspartei (Refah Partisi) und in der Mutterlandspartei (ANAP) organisiert sind, wird doch die parteimäßige Organisation ziemlich kritisch gesehen. Anstelle dessen ist

gewöhnlich das Bemühen verbreitet, eigene Mittel zu entwickeln, die den "Muslimen" leichter erreichen und die Verbreitung der islamischen Kultur in eine politische Organisation umwandeln können. Die geeigneten Mittel zu diesem Zweck sind sicherlich die Einrichtungen mit dem Ziel der Gottesverehrung, Erziehung und sozialen Hilfestellung, die durch die Geschichte und Kultur des Islam selbst entstanden sind. Diese Einrichtungen werden, mit neuen Inhalten ausgestattet, in den Dienst des politischen Zieles gestellt. D.h., die Moscheen, in denen die "Muslime" in jedem Stadtviertel, in jedem Dorf jeden Tag zusammenkommen, die Korankurse, in die die "Gläubigen" ihre Kinder schicken, die Imam Hatip-Gymnasien, Hilfseinrichtungen wie Stiftungen und Heime schaffen die Grundlage der politischen Organisation der islamischen Bewegung. Hierbei kann einem die Frage in den Sinn kommen, wie diese Organisation zu verwirklichen ist, wo es sich doch um Einrichtungen handelt, von denen die meisten vom Staat betrieben werden können, und deshalb Ideologien, die dem Staat nicht genehm sind, nicht ohne weiteres einfließen können. Aber ist es nicht sowieso das Ziel der unter der Kontrolle des Staates stehenden Bef., Erziehungs- und sozialen Hilfseinrichtungen, die religiöse Ideologie in einer für die Vorteile des Staates geeignet formulierte Form zu lehren/übermitteln? So ist der zu betonende Punkt der, ob es zwischen der religiösen Ideologie, die der Staat übermittelt und der Ideologie der islamischen Bewegung nicht zu vereinbarende Gegensätze gibt. Der sicherste Weg, auf diese Frage eine Antwort zu geben, ist, die konkrete Entwicklung zu beobachten. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß es

nicht sehr schwirrig ist, diese beiden Arten von islamischer Ideologie miteinander zu verbinden. Was aus der Sicht der islamischen Bewegung getan werden muß, ist, die in jeder Straße, in jedem Dorf vorhandenen Moscheen, in denen die "Muslime" jeden Tag zusammenkommen, zu einem Zentrum zu machen, das die religiöse Ideologie verbreitet und organisiert. Und in der Tat, kann eine bestens organisierte politische Partei den Massen so nah sein, wie die "Moscheefesteln", die wie ein Spinnennetz bis in die entlegendsten Ecken reichen?

Eine der dieser Bewegung eigenen Seiten ist ihr Bemühen, die traditionellen religiösen Einrichtungen mit "neuem" politischen Inhalt zu gebrauchen. Es wäre ein ernsthafter Fehler, zu denken, daß dieses Organisationsverständnis sich nur mit den formalen Strukturen der religiösen Einrichtungen beschäftigt. Indem die zwischenmenschlichen Beziehungen, die, dank der innerhalb dieses Organisationsverständnisses wichtigen traditionellen religiösen Einrichtungen entstanden sind, nach außen getragen werden, wird versucht, innerhalb des informellen persönlichen Beziehungssystems die islamische Ideologie auf außenstehende Personen und Bereiche auszudehnen. Die in der Moschee beginnende Beziehung auf "muslimische Art" versucht man auf Zusammenkünften zu Hause in politische Beziehung zu verwandeln. Als Resultat können wir sagen, daß die nach dem kemalistischen Laizismusverständnis mit der Perspektive der Kontrolle der Religion durch den Staat gegründeten religiösen Einrichtungen zur Folge haben, daß, indem sie mit der ideologischen Legitimitätskrise der Machthaber zusammentreffen, von oben nach unten religiöse Gedankengut in die Köpfe der Massen eingepflanzt wird. Die islamische Bewegung übernimmt in ihren Bemühungen, die Unterstützung der Massen zu gewinnen, diese Strukturen und knetet/formt mit der darauf aufbauenden politischen Strategie die religiöse Ideologie neu. Am Ende taucht eine reaktionäre religiö-politische Bewegung auf, die in der Türkei im Klassenkampf jede Art von Konservatismus unterstützen kann.

Ümit Deniz

Berichtigung

In der letzten Nummer der T.I. (32) haben wir einen Artikel mit dem Titel "Wir leben hier wie Flüchtlinge im eigenen Land" abgedruckt. Aufgrund eines Übermittlungsfehlers und eines durch den Zeitdruck entstandenen Fehlers der Redaktion haben wir es leider versäumt, einige Angaben zu dem Artikel zu machen, was wir hiermit nachholen möchten:

Der Artikel von Hans Rimscha (Mitarbeiter von medico international) faßt die Ergebnisse einer Reise nach Kurdistan im Januar 90 zusammen. Die Reise wurde auf Initiative von medico international durchgeführt.

Durch einen Layout-Fehler wurde außerdem versäumt auf die Fortsetzung des Artikels einige Seiten weiter hinzuweisen.

Wir bedanken uns bei dem Autor für die Zurverfügungstellung des Artikels und entschuldigen uns bei medico für die gemachten Versäumnisse.

Der Massenzulauf, den die islamischen Fundamentalisten in den letzten Jahren in der Türkei und in Europa verbuchen, ist kein Zufall.

Welche Kreise hinter der Ausbreitung des Fundamentalismus stecken, weshalb der Zulauf so groß ist, welche Ziele und Inhalte hinter diesen Tendenzen stecken, d.h. auch welche Gefahren für eine linke Bewegung damit verbunden sind, dies analysiert der folgende Artikel, den wir aus der Märzausgabe der in der Türkei neu erscheinenden Zeitschrift "Devrimci Gençlik" (Revolutionäre Jugend) entnommen haben.

Die 80er Jahre waren in den islamischen Ländern und gleichzeitig in der Türkei Jahre, in denen reaktionäre politische Bewegungen mit einer religiösen Ideologie auftauchten und stark wurden. Obgleich in diesen Ländern die religiöse Ideologie auf einer gewissen Stufe immer existierte, sehen wir, daß die derzeit auflebende islamische Bewegung stärker geworden ist, weil sie im Vergleich zur Vergangenheit einige unterschiedliche Eigenschaften gewonnen hat.

In der ersten Hälfte des 20ten Jahrhunderts wurde die religiöse Anschauung mehr als ein Glaubenssystem angesehen, das durch die vor kapitalistischen Gesellschaftsformen entstanden ist; sie wurde -gebaut auf die Schwäche des Individuums innerhalb der Beziehung Mensch/Gott, seinen Fatalismus, seinen Glauben an das "Jenseits"- als Archaismus bewertet. Man meinte, daß die in diesem Rahmen stehende Religion mit der Zeit -mit der Entwicklung des Kapitalismus- ihren Platz anderen Glaubenssystemen überlassen würde. Und in der Tat verliert die religiöse Anschauung in dem definierten Rahmen ihre Wirkung, aber dieses Mal lassen die neuen Widersprüche, die die Entwicklung des Kapitalismus geschaffen hat, die religiöse Anschauung auf einer unterschiedlichen Stufe in einer unterschiedlichen Form von neuem entstehen. Die religiöse Überzeugung ist nun nicht mehr nur eine Ideologie, die die vorkapitalistische Lebensweise auf dem Lande erzeugt hat; an den Orten, wo der Kapitalismus sich am ungleichmäßigsten entwickelt hat wird die religiöse Überzeugung für die sozialen Klassen, die in ihrer Welt des Heiligen eingezwängt geblieben sind, zu einem Glaubenssystem, zu dem sich diese Klassen hinwenden, um ihre Lage zum Ausdruck zu bringen. Auf dieser neuen Stufe beschäftigt sich die auf das Jenseits gerichtete fatalistische religiöse Ideologie nunmehr mit der Neuordnung der erlebten Welt. Die Religion ist nun nicht mehr nur ein Glaubenssystem, sie verwandelt sich in ein Gesellschaftsmodell, in eine politische Machtdoktrin. Diese Doktrin sieht vor, zu einer Gesellschaft zu gelangen, deren Grundlage die Scharia ist, nicht auf dem Wege einer zufälligen Entwicklung, sondern dadurch, daß die religiösen Elemente innerhalb der traditionellen Beziehungen in der gesamten Gesellschaft vorherrschend werden. Ideologische Aussagen, die "das Nachahfen des Westens" angreifen und rufen, "zur Religion zurückzukehren", sind eben ein Produkt dieses Verständnisses.

Die neue islamische Ideologie findet ihr Lebensfeld in den in der Religiosität befangenen unterentwickelten gesellschaftlichen Strukturen, dort wo die Widersprüche des unterentwickelten Kapitalismus am stärksten sind, nämlich in den gesellschaftlichen Strukturen der unterentwickelten Städte. Diese Ideologie wird so mit ihrer Unter-

stützung in den Massen und mit der in ihrem Wesen "konservativen" Geisteshaltung für autoritäre politische Regime und Diktaturen zu einem attraktiven politischen Mittel. In jedem islamischen Land befinden sich die politischen Machthaber in ernsthaften ideologischen Legitimitätskrisen. Nahezu keiner von ihnen konnte einen anderen Weg der Regierungsform finden als autoritäre, unterdrückerische Diktaturen. Einer der plausibelsten Wege für die Diktaturen in diesen Ländern, ihre gesellschaftliche Unterstützung auszuweiten, ist, den Islam in die offizielle Ideologie einzubeziehen. Auf diese Weise werden die Auseinandersetzungen den Klassen in einen Widerspruch islamisch/westlich umgewandelt und so wird mit den noch "islamisierten" Regimen ein Ausweg aus den Kreisen des Kapitalismus gesucht.

ganz allgemein eine Krise der herrschenden Klassen, die nicht mehr regieren können, d.h. die ihre ideologisch-politische Vorherrschaft nicht wiederherstellen können. Der "Kemalismus" ist weder eine offizielle Ideologie mehr, die die herrschenden Klassen zusammenhalten kann, noch ein ausreichender Grund für die Regierten sich zu unterwerfen. Ein Anzeichen dafür ist, daß man die zunehmend stärkere Volksopposition vor 80 nicht mehr auf den Wegen der legalen politischen Beteiligung (wie z.B. Parteimitgliedschaft) halten konnte, und daß sich mit zunehmender Geschwindigkeit revolutionäre Oppositionsformen zu entwickeln begannen, die die Grundlage der politischen Macht in Frage stellen. D.h., die Krise, die der Entstehung des 12. September den Weg bereitet, ist die Weigerung eines

und des Zwangs in der wirkungsvollsten Form anwenden kann; die zweite ist, neue ideologische Stützen zu finden, durch die die Autorität der herrschenden Kräfte freiwillig akzeptiert und weiterverbreitet wird. Man versuchte, die Unterdrückungs- und Gewaltpolitik mit den Veränderungen, die das 12. September-Regime im Aufbau des Staates geschaffen hatte, zu institutionalisieren. Aber in dem Wissen, daß dies keine endgültige Lösung ist, beschleunigte man die Suche nach ideologischen Kontrollmitteln.

Was konnten wohl die ideologischen Mittel sein, die den Klassenkampf in der Türkei neutralisieren würden, indem sie ihn auf die Stufe von gemäßigten Reibungen reduzierten, und die auf diese Weise die politische Volksopposition allge-

schon Oberflächlichkeit in den Massen Wurzeln zu schlagen und so den "Sozialismus" einzudämmen. So kann man nicht umhin, anstelle der unwirksamen Waffe eine neue und wirkungsvollere Waffe einzusetzen. Obgleich der Islam in dieser Beziehung keine sehr neue Waffe ist -die Religion war schon immer eine wirkungsvolle Waffe autoritärer Regime- sah man es als geeignet an, sich mit der Anwendung neuer Methoden auf unterschiedlichen Ebenen zu behelfen. (Die MHP hatte sich deshalb vordringlich islamischer Motive bedient.) Was macht den Islam als ideologisches Mittel wirksam, dem Einschwenken der Massen auf eine radikale d.h. linke Opposition vorzubeugen? Zu allererst besitzt der Islam ein 13 hundert-jähriges Erbe. Es ist möglich, innerhalb der Gesetze Auswirkungen dieses Erbes zu finden. Darüberhinaus ist er mit seiner sehr inhaltsreichen Philosophie/seiner doktrinareren Struktur für ideologische Zugfügungen geeignet. Außerdem hat er sowohl kulturelle Dimensionen, die in die persönliche Welt des Individuums einfließen können, als auch Eigenschaften, die dem gesellschaftlichen System eine Form geben können. Was man noch braucht, sind Machtssysteme, die die Benutzung solch eines geeigneten ideologischen Mittels organisieren können. Und die stehen dank der Politik des "kemalistischen" Laizismusverständnis, die die religiösen Einrichtungen in den Zustand eines Staatssystems gebracht hat, sowieso bereit. Nachdem nun Mehl, Zucker und Eier bereitgestellt sind, muß der Kuchen nur noch gebacken werden und das 12. September-Regime hat diese Rolle des Kochs freiwillig übernommen.

Es wäre ungerecht, zu behaupten, daß es eine Entdeckung unserer örtlichen Herrscher ist, die Religion für die Rolle als "Wellenbrecher" einzusetzen, der es verhindern kann, daß die breiten Massen in dem sich schnell radikalisierenden Klassenkampf in der Türkei sich die organisierende und führende Rolle der "Linken" aneignen. Die Sache, die seit Jahren von US-Ideologen wie Brezinski vertreten wird, nämlich die "Grüne-Ordnung-Doktrin" (Grün = Farbe des Islam -T.I.), ist nichts anderes, als die Entwicklung des Sozialismus mit dem Islam fest einzuschnüren und zu ersticken. Wenn wir uns noch die Rolle vor Augen halten, die das Saudische Kapital gespielt hat, als es mit Mitteln wie Rabita (Islamische Kapitaleinrichtung aus Saudi-Arabien die islamische Einrichtungen im Ausland finanziert, T.I.) auftrat, werden die internationalen Ausmaße dieses Projektes deutlich.

Mit welchen Mitteln nun wird in der Türkei der "von oben" durch die Hand des Staates geförderte Islam in die Praxis umgesetzt?

Zuallererst organisiert und finanziert der Staat die religiöse Erziehung. Der bekannte formelle Weg dafür sind die ca. 300 Imam-Hatip-Gymnasien (ähnlich den Priester-schulen, T.I.) und die an jeder Universität gegründeten theologischen Fakultäten. Das Ziel, mit dem diese Art Erziehung eingerichtet wird, ist nicht, Geistliche auszubilden, sondern die Zahl der mit religiöser Ideologie ausgestatteten Studenten zu erhöhen. Daß die Anhänger der Imam-Hatip-Gymnasien das Recht haben, auf jeder Universität zu studieren, ist auch eine Verlängerung dieser Politik. Und damit nicht genug. Mit der Verfassung von '82 wurde an den Grundschulen Pflicht-Religionsunterricht eingefügt. Es wurde versucht, zu garantieren, daß mit dem metaphysischen und dogmatischen Wissen, das den Kindern im Grundschulalter zwischen die Be-

Die Ideologie der Scharia in den 80er Jahren



Protestaktionen von Studenten gegen die massive Polizeianwesenheit in den Istanbul Unis und Studentenwohnheimen und gegen die Festnahmen von Studenten. Die Polizei griff mit Knüppeln und Wasserwerfern an. Unterstützt wurden die Polizisten dabei von Schariaanhängern, die die Studenten mit Steinen bewarfen....

Die islamische Bewegung in der Türkei

Die schnelle Entwicklung der islamischen Bewegung in der Türkei in den 80er Jahren ist nicht das Werk von Zufällen. Um die Dynamik dieser Entwicklung zu begreifen, muß man sich die Krise vor Augen führen, die dem faschistischen Militärschub vom 12. September 1980 den Weg bereitet hat. Diese Krise ist

zunehmenden Teiles des Volkes, sich der Autorität der politischen Machthaber freiwillig zu unterwerfen. Dieser Widerspruch ist eigentlich der Klassenkampf in seiner ureigensten Form, der sich in der Form der Volk/Machthaber Auseinandersetzung konkretisiert. Um diese Auseinandersetzung zu lösen, ist der Staat als Organ, der die Machtbeziehungen der herrschenden Klassen organisiert, gezwungen, zwei grundlegende Politikformen anzuwenden. Die erste ist die Diktatur, die eine Politik der Unterdrückung

mein in eine konservative (rechte) Form bringen würden, indem sie sie vom Ziel des Sozialismus entfernten? Die Antwort auf dieses Problem war für die Türkei der 80er Jahre klar: der Islam.

Die ideologischen Waffen (Türkentum usw.), die in der Türkei vor 1980 mit dem gleichen Ziel angewendet werden sollten und sich in der zivilfaschistischen Bewegung konkretisierten, haben sich gegen diese gewendet, der Faschismus war nicht genügend erfolgreich in dem Versuch, mit dieser ideologi-